Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/Masterarbeit ist in der Hauptbibliothek der Technischen Universität Wien aufgestellt und zugänglich.
http://www.ub.tuwien.ac.at

The approved original version of this diploma or master thesis is available at the main library of the Vienna University of Technology.
http://www.ub.tuwien.ac.at/eng

TECHNISCHE UNIVERSITÄT WIEN
Vienna University of Technology

Diplomarbeit

Architektur und Ideologie

Wohnbau im Austrofaschismus

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades
eines Diplom-Ingenieurs
unter der Leitung von

Ao.Univ.Prof. Dr.phil. Sabine Plakolm

E251
Institut für Kunstgeschichte, Bauforschung und Denkmalpflege
Abteilung Kunstgeschichte

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung
von

Markus Mistelbauer
0725564

Wien, am 8. Jänner 2015

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von politischer Ideologie und Architektur anhand der kommunalen Wohnbautätigkeit der Stadt Wien der Zwischenkriegszeit.

Als nach den dramatischen Ereignissen des Februar 1934 in Wien die demokratische Regierung durch ein autoritäres bzw. faschistisches System ersetzt wurde, hatte dies schwerwiegende Auswirkungen auf die Sozialpolitik der Stadt.

Im Sinne der austrofaschistischen Ideologie wurde der Wohnbau weitgehend in die Hand privater Bauherren übergeben. Die Regierung selbst unternahm nur mehr das Notwendigste zur Bekämpfung von Wohnungsmangel und Obdachlosigkeit. Da trotz der Bemühungen von Seiten der Stadt der private Wohnbau nicht imstande war ausreichend Wohnraum zu schaffen, musste die Gemeinde am Ende doch wieder selbst als Bauherr auftreten.

Im Vergleich zum Wohnbauprogramm des Roten Wien war die Bautätigkeit des austrofaschistischen Wien sehr bescheiden. Da sich aber gerade im sozialen Wohnbau viele Aspekte eines politischen Programmes widerspiegeln eignet er sich besonders gut als Forschungsgegenstand.

Ein Überblick über die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse im „ständestaatlichen“ Österreich bzw. Wien soll die Ideologie des Austrofaschismus veranschaulichen. Die Auseinandersetzung mit den architektonischen Tendenzen in anderen faschistischen Staaten und der Architektur des Roten Wien sowie eine detaillierte, vergleichende Betrachtung der ausgeführten Wohnbauten, unterstützen die Beurteilung und Bewertung der kommunalen Wohnbautätigkeit der Jahre 1934-1938.

The following work deals with the connection of political ideology and architecture on the basis of municipal housing construction by the City of Vienna during the interwar period.

Following the dramatic occurrences in February 1934, when a democratic government was substituted by a dictatorial regime, certain impacts on welfare policy happened.

Housing construction was done almost exclusively by private investors in terms of the austro-fascist regime. The government put only little effort in reducing housing shortage and homelessness. Despite the efforts by the City of Vienna to force new housing by private investors, the municipal housing program began constructing again in the end.

The building activity of the austro-fascist regime was quite humble, compared to housing realized during the period of „Red Vienna“ (Rotes Wien). Due to the fact that many aspects of the political program are reflected in social housing, which happened in this period, it is eligible as an object of research.

A survey concerning the political, social, economic and cultural conditions in Austria and Vienna respectively is an approach to demonstrate the austro-fascistic ideology. Architectural tendencies in different fascist states and during the period of „Red Vienna“ as well as a detailed examination on housing built in this time are discussed to evaluate and review housing constructed in 1934-1938.

In dieser Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit bei Gruppenbezeichnungen auf maskuline und feminine Formen und Binnenmajuskel verzichtet. Alle Begriffe sind trotz grammatikalisch männlicher Schreibweise auf beide Geschlechter gleichermaßen zu beziehen.

Ich danke meinen Eltern dafür, dass sie mir den Weg zum Studium ermöglicht haben und meinem Bruder Daniel für das lektorieren dieser Arbeit.

Ganz besonderer Dank an Tuna!

Ein herzliches Danke auch an Alice, Gregor, Joscha, Jörg, Nici und allen Freunden aus den Zeichensälen die mich durch meine Studienzeit begleitet und inspiriert haben.

Weiters danke ich Frau Ao.Univ.Prof. Dr.phil. Sabine Plakolm für ihre motivierende und aufbauende Betreuung im Verlauf dieser Arbeit.

Außerdem möchte ich mich bei Herrn DI Dr. Wolfgang Sengelin und seinen Mitarbeitern der Reprographie der MA 21, bei Frau Mag. Dr. Karin Zauner von Wiener Wohnen sowie Herrn DI Oliver Schreiber vom Bundesdenkmalamt für ihre wertvolle Unterstützung bedanken.

Inhalt

Einleitung 9

Politik 13

Wien nach dem 12. Februar 1934 14
Ideologie des Austrofaschismus 20
Kultur- und Kunstpolitik des Austrofaschismus 28
„Wir müssen bauen“ – Bauen als Arbeitsbeschaffungsprogramm 32

Architektur 37

Architektur des Roten Wien 38
Architektur und Faschismus 48
Sozialer Wohnbau nach 1934 56
Die austrofaschistischen Gemeindebauten 66

Resümee 115

Quellenverzeichnis 119

Einleitung

Einleitung

Wie in keiner anderen Stadt Europas prägen Wohnbauten der Gemeinde das Stadtbild wie in Wien. Sie sind ob ihrer Größe omnipräsent und die meisten Personen verbinden mit ihnen die große Zeit der Sozialdemokratie und ihrer Vision einer sozialistischen Gesellschaft. Aber auch die Bauten des kommunalen Wohnbauprogramms der Nachkriegszeit sind in jedem Winkel der Stadt zu sehen. Wien und die Gemeindebauten stehen in aller Welt für eines der herausragendsten Sozialprogramme, das von einer Stadt in Angriff genommen wurde. Noch heute ist die Stadt Wien mit ca. 220.000 Wohnungen einer der größten Wohnungseigentümer Europas und jeder vierte Wiener wohnt in einer Gemeindewohnung.[1]

Weniger bekannt zu sein scheint, dass aber auch zu einer Zeit als die Demokratie in Österreich ausgeschaltet wurde und an ihre Stelle ein autoritäres und faschistisches Regime getreten ist, der soziale Wohnbau in Wien nicht völlig zum Erliegen kam. Trotzdem liegt der Fokus bei der Erforschung des sozialen Wohnbaus im Wien der Zwischenkriegszeit eindeutig auf den Bauten des Roten Wien, wie anhand von Publikationen und sonstigen wissenschaftlichen Arbeiten ersichtlich ist. Die wissenschaftliche Betrachtung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im selbsternannten „Ständestaat" ist ebenfalls sehr ausführlich und umfangreich, doch die architektonische Bewertung des sozialen Wohnbaus dieser Zeit ist äußerst spärlich bzw. nicht vorhanden. Es gibt zwar Arbeiten zur Architektur im „Ständestaat", doch beschäftigen sich diese zumeist mit repräsentativen Bauvorhaben der Austrofaschisten, wie z.B. mit den österreichischen Pavillons für die Weltausstellungen in Brüssel und Paris oder mit der Errichtung der Höhenstraße in Wien und der Großglockner Hochalpenstraße, dem Sakralbau oder mit privat in Auftrag gegebenen Bauten.

Wenn über die Wohnbautätigkeiten der Stadt Wien im Zeitraum von 1934-38 berichtet wird, betrifft dies im überwiegenden Fall die berüchtigten Familienasyle und fallweise das Siedlungswesen. Friedrich Achleitner beschreibt in seinem mehrteiligen Werk „Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert" (1980) in kurzen Absätzen die Familienasyle der Stadt Wien. Die allgemeine Situation der Architektur der Zwischenkriegszeit beschreibt er in „Wiener Architektur" (1996). Auch Helmut Weihsmann, der mit seinem Buch „Das Rote Wien" (1985) ein Standardwerk zur Geschichte und Architektur Wien von 1919-1934 verfasst hat, erwähnt der Vollständigkeit halber Familienasyle und Kleinwohnungshäuser der Stadt, die unter der Regierung von Bürgermeister Richard Schmitz geplant bzw. errichtet wurden, ohne jedoch ins Detail zu gehen. Sehr detailliert und umfangreich sind die Arbeiten von Barbara Feller und Stefan Plischke zu den Themen Familienasyle, Siedlungsbau sowie Sakralbau und der Assanierungsfonds und dessen Umsetzung. Zu finden sind diese u.a. in „Kunst und Diktatur" (1994) von Jan Tabor. Dieser Ausstellungskatalog bietet zudem einen guten Überblick über das Kunst- und Kulturgeschehen im Austrofaschismus.

[1] Vgl. http://www.wienerwohnen.at/ueber-uns/ueber.html

Ziel dieser Arbeit ist es, die vorhandene Lücke in der architektonischen Aufarbeitung des Gemeindebaus dieser Zeit zu schließen und somit einen kleinen Beitrag zur Erforschung dieser Periode der Architekturgeschichte zu leisten. Die Frage mit der sich diese Arbeit beschäftigt ist, ob und wie sich die architektonische Ausformung der Gemeindebauten im Zeichen des politischen Wandels von Demokratie zu Diktatur verändert hat.

Um diese Frage beantworten zu können, war es notwendig, neben der Untersuchung der einzelnen Bauwerke vor allem die Ideologie des Austrofaschismus zu betrachten, da sie das Fundament für die Sozialpolitik des Regimes war. Dementsprechend gliedert sich die Arbeit auch in zwei große thematische Abschnitte. Der erste Abschnitt zur Politik des Austrofaschismus geht auf die politischen Umwälzungen im Februar 1934 ein und zeigt anhand des infolge dieser entstandenen politischen Programmes in den Bereichen Kultur, Kunst, Arbeit, Wirtschaft und Soziales sowie des ideologischen Selbstbildes in Form der Verfassung und ihrer realpolitischen Umsetzung das Fundament der Wohnbaupolitik des austrofaschistischen Wien.

Der zweite Abschnitt widmet sich der Architektur des Austrofaschismus. Bevor man überhaupt die Entwicklung der Architektur im untersuchten Zeitraum beurteilen kann, ist es notwendig einen Vergleich mit dem vorhergehenden System und ihrer architektonischen Ausformung anzustellen. Auch der Vergleich mit den architektonischen Strömungen in vergleichbaren politischen Systemen dieser Zeit, in diesem Falle jener in Italien und Deutschland, hilft die Entwicklungen und Umsetzungen in der Architektur des Austrofaschismus zu verstehen. Die wohnbaupolitischen Grundsätze und ihre Umsetzung bilden den Ausgangspunkt für die abschließende architektonische Beschreibung des sozialen Wohnbaus im „ständestaatlichen" Wien. Abschließend werden die Ergebnisse der Objektbeschreibung mit den Wohnbauten des Roten Wien verglichen und interpretiert sowie versucht die Frage, ob die Ideologie Einfluss auf die architektonische Umsetzung hatte zu beantworten.

Da eine Gesamtbetrachtung sämtlicher, in diesem Zeitraum ausgeführten und geplanten Bauwerke den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, erfolgt eine gezielte Fokussierung auf das Kleinwohnungshausprogramm der Jahre 1937 und 1938. Auch der gewählte Zeitraum dient einer klaren Abgrenzung zum Wohnbauprogramm der Nationalsozialisten, das zudem auch schon in mehreren wissenschaftlichen Publikationen aufgearbeitet wurde.

Als grundlegende Quelle für diese Arbeit dienen für den Bereich der Architektur die Originalpläne der einzelnen Kleinwohnungshäuser, die im Planarchiv der Wiener Baupolizei (MA 37) ausgehoben und digitalisiert wurden. Eine photographische Dokumentation der Bauten, wie sie im Roten Wien von Martin Gerlach jun. durchgeführt wurde, gibt es für den untersuchten Zeitraum nicht. Periodika zu den Themen Kunst und Architektur, wie „profil", „Österreichische Kunst" und „Die Baugenossenschaft" zeichnen ein Bild der damaligen Bautätigkeit und ihrer Protagonisten.

Für den politischen und sozialgeschichtlichen Teil sind die Eigenpublikationen der Stadt Wien mit der 18-teiligen Reihe „Wien im Aufbau" von 1937, hier allen voran die Ausgaben

„Drei Jahre neues Wien“, „Kunstförderung“, „Wohnungswesen“, „Assanierungsfonds“, Hausreparaturfonds“ und „Familienasyle“, die wichtigsten Quellen, um das Selbstbild der Regierung zu erkennen. Zeitgenössische Zeitungsartikel und die Hetzschrift „Der Fall der roten Festung“ (1934) von J. Schneider und C. Zell dokumentieren die öffentliche Meinung der Zeit gut. Eine historische Publikation mit dem bezeichnenden Titel „Wir müssen bauen“ (1937) des Vereins „Der blaue Adler“, der sich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Ziel setzte, zeigt, wie eng die Verbindung von (Wohn)Bau und Politik war.

Die immer wiederkehrende Diskussion um die Bezeichnung der Herrschaftsform Österreichs in den Jahren 1934-38 kann hier mangels Expertise bestimmt nicht beantwortet werden. Schon gar nicht wenn man bedenkt, dass dies nicht einmal der einschlägigen Geschichtsforschung gelingt.[2] Trotzdem wird hier in dieser Arbeit der Begriff des Austrofaschismus als Bezeichnung für die Regierung von Dollfuß und später von Schuschnigg verwendet, wie es auch Emmerich Tálos in seinem Buch „Austrofaschismus“ definiert[3]. Trotz aller Unterschiede zum italienischen und deutschen Faschismus beschreibt dieser Begriff meines Erachtens nach am treffendsten die Regierung Dollfuß’ und Schuschniggs. Die Selbstbezeichnung „Ständestaat“ wird unter Anführungszeichen benutzt, da sie eine Gesellschaftsstruktur vorgibt, die maximal in Ansätzen vorhanden war und zudem das wahre Gesicht der Politik hinter einem harmlos wirkenden Begriff versteckt.

[2] Vgl. E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 413ff.

[3] Vgl. ebenda, S. 417.

Politik

Wien nach dem 12. Februar 1934

Der 12. Februar 1934 markiert einen Wendepunkt in der Ersten Republik. Der bewaffnete Aufstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Wien und anderen Industriezentren Österreichs (u. a. Linz, Graz, Steyr,…) läutete das letzte Aufbäumen einer demokratisch gesinnten Gruppe der Bevölkerung gegen eine autoritäre bzw. faschistische Bundesregierung unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ein. Mit der endgültigen Niederschlagung des Aufstandes am 15. Februar 1934 endete nicht nur die Regierung der SDAP im Bundesland Wien, sondern mit ihr auch ein großes soziales „Experiment", welches seither als „Das Rote Wien" bekannt ist.

Um die politische und soziale Bedeutung dieses Umbruches aber besser beurteilen zu können, ist es erforderlich einen Blick auf die Geschehnisse vor dem Bürgerkrieg in Österreich werfen.

Aus den ersten Parlamentswahlen für das nach dem 1. Weltkrieg auf republikanischer Basis neu entstandene (Deutsch-)Österreich am 16. Februar 1919 ging eine Koalitionsregierung aus den beiden stimmenstärksten Parteien (Christlichsoziale und SDAP) hervor.[4] Bis zum Austritt der SDAP aus der Regierung im Jahre 1920 regierten diese beiden Parteien Österreich. Zwar konnte die SDAP bis zum Ende der Ersten Republik bei allen darauffolgenden Wahlen die Mehrheit der Wähler auf sich vereinen (die Christlichsozialen konnten nur mit Wahlbündnissen mit anderen konservativen Gruppierungen das stimmenstärkste Bündnis im Parlament stellen), doch gelang es ihnen nicht mehr an die Regierung zu kommen. Die Stärke der SDAP und die labilen Bündniskonstrukte der konservativen Regierung sorgten für eine ungewollte Abhängigkeit dieser bei großen Vorhaben (z. B. Arbeitsrecht, Mieterschutz, etc.). Das führte zu Bestrebungen im bürgerlichen Lager, die Machtverhältnisse im Staat vom Parlament in Richtung Staatsoberhaupt zu verlagern.[5]

Verfassungsreform 1929

Mit der Verfassungsreform von 1929 wurde noch nicht der große Schritt in Richtung autoritärer Herrschaft gemacht, doch gab es mit der Erweiterung der Befugnisse des Bundespräsidenten (Entlassung der Regierung, Auflösung des Nationalrates, Oberbefehl über das Bundesheer, etc.) eine starke Verschiebung der politischen Macht vom Parlament hin zum Staatsoberhaupt.[6] Auch die Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk wurde durch diese Änderung eingeführt.

Das Ziel der Schwächung der Sozialdemokratie, die durch ihre Mandatsstärke im Parlament Vorhaben der Regierung blockieren konnten gelang nur mit dem Kompromiss, den Einfluss der

---

[4] Die erste Wahl zur österreichischen Nationalversammlung beinhaltet auch die abgegebenen Stimmen der wahlberechtigten Bevölkerungen in den von Österreich beanspruchten (und kontrollierten) Gebiete des ehem. Österreich-Ungarn, welche aber nach dem Friedensvertrag von Saint Germain abgetreten werden mussten bzw. ohne dem Gebiet des heutigen Burgenland. Die erste Wahl auf dem endgültigen Staatsgebiet fand am 17. Oktober 1920 statt.

[5] Vgl. E. Tálos/W. Manoschek, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 7.

[6] Vgl. ebenda, S. 9f.

Heimwehren, welche mittels Heer und Exekutive einen gewaltsamen Sturz der demokratischen Ordnung geplant hatten, einzuschränken.[7]

Ausschaltung des Parlaments

Die immer stärkeren Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die ab 1929 ausgehend von den USA auf die Wirtschaft hereinbrach, wurden nun auch in Österreich immer spürbarer (Konkurs der Bodencreditanstalt[8] 1931, mehr als 700.000 Arbeitslose). Da Österreich durch aufgenommene Anleihen beim Völkerbund gezwungen war das Budget zu sanieren, musste man immer mehr und auch neue Steuern einheben und gleichzeitig Sozialleistungen extrem kürzen, was zu einer weiteren Radikalisierung der Politik führte.

Gleichzeitig wurde die Mandatsmehrheit der Regierung unter Engelbert Dollfuß immer knapper, da sich bei umstrittenen Vorhaben, wie Sparmaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung, oder Kürzungen der Notstandshilfe auch innerhalb der Regierung Widerstand regte. Die Gefahr, die nötige Stimmenmehrheit im Parlament nicht mehr aufrecht halten zu können, sowie die in konservativen Kreisen verbreitete Meinung, dass parlamentarische Willensbildungsprozesse in Zeiten wirtschaftlicher Not schnelle Entscheidungen behindern, führten zu zwei möglichen Szenarien: Einerseits eine Regierung, die auf Basis von Notverordnungen am Parlament vorbei regiert oder andererseits die Ausschaltung des Parlaments.[9]

Bis zur endgültigen Abkehr vom Parlamentarismus stützte sich Dollfuß auf Verordnungen aufgrund des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ von 1917, welches eigentlich in den Jahren des ersten Weltkrieges zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens gedacht war, aber in die Verfassung der Ersten Republik Eingang gefunden hat.[10] Weiters wurden Bürgerrechte beschnitten (z. B. Einführung der Präventivzensur durch Justizminister Kurt Schuschnigg) und die SDAP immer weiter bekämpft, indem der Republikanische Schutzbund und Aufmärsche der Partei verboten wurden.

Als es am 4. März 1933, bei einer außerordentlichen Nationalratssitzung im Zuge einer fehlerhaften Abstimmung zu Geschäftsordnungsproblemen kam, legten die drei Nationalratspräsidenten ihre Ämter zurück und machten das Parlament damit handlungsunfähig.[11] Nach einer Sitzungsunterbrechung hinderte die Polizei auf Anordnung der Regierung die Oppositionsparteien am Betreten des Parlaments. Damit nutzte sie die unerwartete Gelegenheit auf juristische Weise einen Staatsstreich zu begehen, mittels Notverordnungen zu regieren und Österreich auf diesem Weg in ein autoritäres Regime zu überführen.

---

7 Vgl. E. Tálos/W. Manoschek, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 10.

8 Die Bodencreditanstalt war eine der größten Banken Mitteleuropas und für den Staat und die österreichische Wirtschaft von enormer Bedeutung.

9 Vgl. E. Tálos/W. Manoschek, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 13.

10 Vgl. BGBl. 2 vom 1. Oktober 1920

11 Vgl. E. Tálos/W. Manoschek, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 13.

Streik- und Versammlungsverbote, Pressezensur und die Einführung des Standrechtes sollten die Macht des Dollfuß-Regimes festigen. Nach dem Verbot der SDAP (NSDAP und KPÖ waren schon vor dem 4. März verboten worden) und der Auflösung bzw. der Überführung der Christlichsozialen Partei in die neu gegründete Vaterländische Front als Einheitspartei nach faschistischem italienischen Vorbild, waren die letzte demokratischen Hürden für den Austrofaschismus beseitigt.[12]

Bürgerkrieg

Bevor die Sozialdemokratie endgültig verboten wurde, gab es noch ein letztes Aufbäumen gegen die antidemokratischen Umwälzungen im Land.

Nachdem der Schutzbund im Mai 1933 verboten wurde, gab es immer wieder Durchsuchungen der Polizei in Partei- und Arbeiterheimen der SDAP. Es war die Taktik der autoritären Regierung die Sozialdemokratie nach und nach auszuschalten und *„Glied für Glied zum Krüppel"* [13] zu schlagen.

Auslöser für die Eskalation im Februar 1934 war eine polizeiliche Durchsuchung des sozialdemokratischen Parteiheims im Hotel Schiff in Linz am 12. Februar, bei dem Schutzbündler das Feuer auf die Polizei eröffneten. Gleichzeitig erhoben sich Sozialdemokraten in Wien und anderen Industriezentren Österreichs (u. a. Steyr, St. Pölten, Graz, Kapfenberg,…), doch konnten die schlecht organisierten Schutzbundeinheiten bis zum 15. Februar von Polizei, Bundesheer und Heimwehrverbänden ausgeschaltet werden. In Wien konnten die sozialdemokratischen Einheiten am längsten Widerstand leisten. Erst der Artilleriebeschuss des Bundesheeres auf Gemeindebauten brachte die darin verschanzten Kämpfer zur Aufgabe.

Der Umstand, dass gerade Gemeindebauten wie z.B. der Karl-Marx-Hof, der Sandleitenhof, der Reumann-Hof oder auch der Schlingerhof die Stützpunkte der Schutzbundkämpfer waren, brachte ihnen die Diffamierung in der austrofaschistischen Propaganda als bewusst an strategisch wichtigen Punkten der Stadt platzierte Wehrbauten ein.[14]

Nach dem Ende des Bürgerkriegs wurde die Sozialdemokratie endgültig verboten.

Auswirkungen auf Wien

Im Gegensatz zum restlichen Bundesgebiet wurde Wien seit der Gründung der Republik sozialdemokratisch regiert. Ab 1920 herrschte im Bund eine konservative Regierung, welche mit allen erdenklichen Mitteln versuchte jegliche sozialistische Einflüsse auszulöschen. Somit blieb den Sozialdemokraten einzig und allein Wien zur Durchführung ihrer austromarxistischen Politik.

Der Umstand, dass Wien seit 1922 ein eigenständiges Bundesland war, erleichterte die Umsetzung der politischen Ziele der Sozialdemokratie, trotz finanzieller und legistischer Gegenmaßnahmen der Bundesregierung, die der Wiener Kommunalpolitik entgegenstand.[15]

---

[12] Vgl. E. Tálos/W. Manoschek, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 18ff.

[13] C. Vaugoin, Ministerratsprotokoll Nr. 880, S. 490 zit. nach E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 18.

[14] Vgl. J. Schneider/C. Zell, Der Fall der Roten Festung, Wien 1934, S 12ff.

[15] Vgl. H. Weihsmann, Das Rote Wien, Wien 2002, S. 24.

Abb. 01: Straßensperre am Ring durch das Bundesheer, 1. Mai 1933

Abb. 02: Schlingerhof nach Artilleriebeschuss, Februar 1934

Wichtigste Ziele der Austromarxisten waren eine Sozialpolitik mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendfürsorge (*„Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder"*, Julius Tandler), Gesundheitspolitik (öffentliche Bäder, Vorsorgemedizin, Erholungs- und Sportstätten, etc.), Schulpolitik mit kostenlosem Unterrichtsmaterial, Kultur- und Erziehungspolitik (Volksbibliotheken, Kulturvereine,…) und vor allem eine Wohnbaupolitik, die jedem Arbeiter eine gesunde und preiswerte Wohnung zur Verfügung stellen sollte.[16]

Finanziert wurde dieses ambitionierte Programm durch ein progressives Steuersystem nach sozialen Punkten, eine Wohnbausteuer, die direkt dem Bau von Gemeindewohnungen zugute kam und Luxussteuern, die vorrangig die Vermögenden belastete.[17] Für diese Umverteilungspolitik wurde Finanzrat Hugo Breitner von konservativer Seite massiv kritisiert. („Breitner-Steuern")

Nach der Niederschlagung des sozialistischen Aufstandes und dem Verbot der SDAP war der Weg bereitet, die Wiener Kommunalpolitik an den Rest Österreichs anzupassen. Wien wurde als eigenständiges Bundesland aufgelassen und war ab sofort „bundesunmittelbare Stadt" und somit der Bundesregierung direkt unterstellt. Der neue Bürgermeister, Bundeskommissär Richard Schmitz, wurde nicht mehr gewählt, sondern durch die Regierung ernannt. Anstatt des Gemeinderates trat eine Bürgerschaft, die ebenfalls nicht gewählt, sondern von der Regierung (nach berufsständischen Prinzipien) eingesetzt wurde.[18] Die Wiener Bürgerschaft war nur mehr ein beratendes Organ des Bürgermeisters und hatte keinerlei Kontrollrechte.[19]

Die wirtschaftlichen Prinzipien folgten nicht mehr der Idee einer Umverteilung zu Gunsten der armen Bevölkerungsschichten, sondern den Interessen des Kapitals. Dies hatte massive Einschnitte in der Sozial- und Fürsorgepolitik zur Folge, wie sie schon im restlichen Bundesgebiet spürbar waren (siehe Kapitel „Ideologie des Austrofaschismus") und brachte das Wohnbauprogramm der Gemeinde beinahe zum vollständigen Stillstand. (siehe Kapitel „Sozialer Wohnbau nach 1934")

---

16 Vgl. H. Weihsmann, Das Rote Wien, Wien 2002, S. 25f.

17 Vgl. ebenda, S. 27ff.

18 Vgl. M. Seliger, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 169f.

19 Vgl. ebenda, S. 174f.

Abb. 03: Denkmal der Republik, 1934

Ideologie des Austrofaschismus

Die „Maiverfassung“

„Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.“ [20]

Schon der erste Absatz der ersten Verfassung des „ständestaatlichen“ Österreichs zeigt die neue ideologische Ausrichtung der Politik. Das Recht ging nunmehr von Gott aus und nicht mehr vom Volk. Gott und Kirche nahmen eine zentrale Rolle in der austrofaschistischen Politik ein. Der berufsständische Aufbau des Staates, eines der zentralen Vorhaben der Regierung (welches aber nie vollendet und eigentlich nie wirklich umgesetzt wurde) hatte seine Wurzeln in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ von Papst Pius XI. aus dem Jahre 1931. Sie war auch das ideologische Fundament der Sozial- und Fürsorgepolitik im Sinne einer christlichen Soziallehre.

Weiters legte Bundeskanzler Dollfuß die politischen Grundsätze seiner Regierung bei seiner Rede am 11. September 1933 („Trabrennplatzrede“), als autoritär, elitär, antimarxistisch, antidemokratisch und antiparlamentarisch dar.[21]

Die Vormachtstellung des Bundeskanzlers zeigt sich in seiner Vorrangstellung gegenüber allen anderen Regierungsmitgliedern und seiner weitreichenden Befugnisse, Personen in Ämter zu berufen oder vorgeschlagene Personen abzulehnen.[22]

Das Amt des Bundespräsidenten war zwar formal nochmals gegenüber seiner schon starken Stellung in der Verfassung von 1929 aufgewertet worden, doch hatte es realpolitisch kaum Einfluss.[23]

Wie auch in anderen faschistischen Staaten dieser Zeit (Deutschland, Italien) gab es auch im austrofaschistischen Österreich eine politische Monopolorganisation in Form der Vaterländischen Front (VF). Im Gegensatz zur italienischen PNF und der deutschen NSDAP war sie aber keine politische Bewegung der Basis sondern *„…ein von oben eingesetztes organisatorisches Konstrukt* [, um] *die Verschmelzung der traditionellen bürgerlichen Parteien zu erreichen.“* [24] Die Mitgliedschaft in der Vaterländischen Front war offiziell freiwillig, doch war sie für viele Funktionen im Staat Voraussetzung und sollte die „vaterländische Gesinnung“ von Personen und auch von Firmen, die öffentliche Aufträge erhalten wollten, bezeugen.

Zwar war die VF die einzige politische Organisation im Land, doch hatte sie durch den auf den Bundeskanzler bzw. Regierung zentrierten Aufbau des Staates nicht mehr als die Funktion eines *„…Träger*[s]*der politischen Willensbildung…“* [25] inne.

---

[20] BGBl. 239 vom 30. April 1934

[21] Vgl. E. Tálos/W. Manoschek, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 125.

[22] Vgl. ebenda, S. 126ff.

[23] Vgl. ebenda, S. 126.

[24] ebenda, S. 144.

[25] ebenda, S. 157.

437

Bundesgesetzblatt

für die Republik Österreich

ahrgang 1934 Ausgegeben am 30. April 1934 70. Stück

39. Verordnung: Verfassung des Bundesstaates Österreich.

39. Verordnung der Bundesregierung vom 4. April 1934 über die Verfassung des Bundesstaates Österreich.

Auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, G. Bl. Nr. 307, wird verordnet:

Die Bestimmungen der in der Anlage kundmachten Verfassungsurkunde bilden die Verfassung s Bundesstaates Österreich.

ollsuß Fey Schuschnigg Neustädter-Stürmer ıresch Stockinger Schönburg Ender Kerber Schmitz

Anlage.

Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk r seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese

Verfassung.

Erstes Hauptstück.

Grundsätzliche Bestimmungen.

Artikel 1. Österreich ist ein Bundesstaat.

Artikel 2. Der Bundesstaat ist ständisch ɔrdnet und besteht aus der bundesunmittelbaren ıdt Wien und den Ländern: Burgenland, Kärnten, ɔderösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, ol, Vorarlberg.

Artikel 3. (1) Die Farben Österreichs sind rot-weiß-rot.

(2) Das Staatswappen Österreichs besteht aus einem freischwebenden, doppelköpfigen, schwarzen, golden nimbierten und ebenso gewaffneten, rotbezungten Adler, dessen Brust mit einem roten, von einem silbernen Querbalken durchzogenen Schilde belegt ist.

(3) Das Staatssiegel des Bundesstaates Österreich weist das im Absatz 2 beschriebene Staatswappen mit der Umschrift „Österreich" auf.

Artikel 4. (1) Das Bundesgebiet umfaßt das Gebiet der Stadt Wien und die Gebiete der Länder.

(2) Eine Änderung des Bundesgebietes, die zugleich Änderung eines Landesgebietes ist, ebenso die Änderung von Landesgrenzen innerhalb des Bundesgebietes kann — abgesehen von Friedensverträgen — nur durch übereinstimmende Verfassungsgesetze des Bundes und der Länder erfolgen, deren Gebiet geändert wird. Diese Bestimmungen sind auf das Gebiet der Stadt Wien sinngemäß anzuwenden.

Artikel 5. (1) Das Bundesgebiet bildet ein einheitliches Währungs-, Wirtschafts- und Zollgebiet.

(2) Zwischenzollinien dürfen innerhalb des Bundesgebietes nicht errichtet, sonstige Verkehrsbeschränkungen nur durch Bundesgesetz eingeführt werden.

Artikel 6. (1) Bundeshauptstadt und Sitz der obersten Organe des Bundes ist Wien.

(2) Für die Dauer außergewöhnlicher Verhältnisse kann der Bundespräsident den Sitz oberster Organe des Bundes an einen anderen Ort des Bundesgebietes verlegen.

Artikel 7. Die deutsche Sprache ist die Staatssprache. Die den sprachlichen Minderheiten eingeräumten Rechte werden dadurch nicht berührt.

Abb. 04: Bundesgesetzblatt vom 30. April 1934

Österreich-Ideololgie

Wie bei beinahe allen politischen Gruppierungen der Zwischenkriegszeit, war auch in konservativen Kreisen der Wunsch nach einem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich vorherrschend. Dieser Wunsch zeigte sich sehr deutlich am ursprünglichen Namen des neuen Staates „Deutschösterreich", der im Zuge des Anschlussverbotes im Friedensvertrag von Versailles verboten wurde.

Erst die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland führte zu einem Umdenken, wobei zu Beginn Österreich als ein autonomer Teil im Großdeutschen Reich gesehen wurde und erst später als souveräner Staat.

Das Anschlussverbot hatte eine starke Auswirkung auf das österreichische Selbstbild. Niemand konnte sich vorstellen, wie dieser „Rumpfstaat" überleben könnte, da sämtliche Industrie und ein Großteil der Agrarbetriebe in den Nachfolgestaaten, wie Ungarn oder der Tschechoslowakei lagen.

Es gab aber eine Vielzahl von gedanklichen Konstrukten, um die fehlende territoriale Größe zu kompensieren. Die Grundlagen für diese Ideen entstammten vor allem der katholischen Rechten. Eine davon war die Idee der „Reaktivierung" des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Österreich sollte die religiöse Führung der christlich-abendländischen Kultur in einem Bund eigenständiger Staaten übernehmen und somit seiner Tradition als Großmacht gerecht werden.[26] Auch im Zusammenhang mit dem ehemaligen Herrscherhaus der Habsburger sah sich Österreich als legitimer Nachfolger und Führer eines Wirtschaftsraumes, dem die ehemaligen slawischen Kronländer angehören sollten. Dieser Legitimismus hatte zudem den Zweck Anhänger monarchistischer Ideen für das neue, autoritäre Österreich zu begeistern.[27]

Zwar war Antisemitismus offiziell kein Bestandteil der „Österreich-Ideologie", doch war er durch die katholische Kirche konfessionell legitimiert. Man versuchte sich zwar vom nationalsozialistischen „Rassenantisemitismus" abzugrenzen, wollte der (illegalen) NSDAP aber nicht das Feld für antisemitische Propaganda alleine überlassen, da diese Ideen in der damaligen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fielen.

Zeit seines Bestehens war das austrofaschistische Österreich bemüht sich ideologisch von Deutschland abzugrenzen. Doch hatte der *„…von Staats wegen verordnete österreichischePatriotismus…"*[28] immer das Problem einer massiven Überschneidung mit der Gesamtdeutschen Idee des Nationalsozialismus und hatte der von ihm, für viele Menschen, ausgehenden Faszination nichts oder nur sehr wenig entgegen zu setzen.

Gesellschaftspolitische Ziele und die Rolle der Kirche

Die Kirche spielte als maßgeblicher Träger der Ideologie des Austrofaschismus in gesellschaftspolitischen Themen eine dementsprechend große Rolle. Sie war bereits vor dem

[26] Vgl. A. Staudinger, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 33ff.
[27] Vgl. ebenda, S. 41f.
[28] ebenda, S. 28.

Sturz der Demokratie eine große Unterstützerin des Weges in die autoritäre Zukunft und hegte große Hoffnung in einem „christlich-deutschen" Österreich, die immer weiter fortschreitende Säkularisierung der Gesellschaft „gegenreformatorisch" umkehren zu können.

Mit dem Konkordat von 1934 zeigte sich die wieder gewonnene Macht der katholischen Kirche, welche ihr mit dem Ende der Monarchie verloren gegangen war. Der Austritt aus der Kirche wurde erheblich erschwert und der Austretende musst seinen Geistes- und Gemütszustand vor einer Kommission beurteilen lassen. Durch das Konkordat stieg der kirchliche Einfluss in den Schulen. Lehrer waren verpflichtet an kirchlichen Feiern teil zu nehmen und die (Oster-)beichte der Schulkinder zu überwachen. Schuldirektoren mussten Katholiken sein.[29] Schon vor dem Konkordat, am 10. April 1933, hob die Regierung Dollfuß den so genannten „Glöckelerlass" auf, der verhindern sollte, dass in den Schulen Druck auf die Kinder ausgeübt werden durfte, die Sonntagsmesse zu besuchen.

Allgemein war das Schulwesen geprägt vom ständigen Kampf gegen marxistische und nationalsozialistische Tendenzen in der Schülerschaft aber auch im Lehrkörper. Die Schüler sollten zu Vaterlandstreue, Religiosität und der vollen Hingabe zu Volk und Staat erzogen werden.[30] Die schulische Erziehung sollte im Rahmen einer vaterländischen Erziehung die neuen Machtverhältnisse legitimieren und die tragende Staatsidee vermitteln.[31] Ein weiterer schulischer Schwerpunkt lag auf der Vermittlung eines „Massengefühls", wie es der Nationalsozialismus in Deutschland vormachte. Dies geschah mit patriotischen und religiös-traditionellen Feiern und Gedenkveranstaltungen, Aufmärschen, Treugelöbnissen u.v.m.[32]

Das gesellschaftliche Bild der Frau war ein zutiefst konservatives. Viele Errungenschaften der emanzipatorischen Bewegungen der 1920er Jahre wurden zurück gedrängt. Frauen wurden durch das „Doppelverdienergesetz" aktiv aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen.[33] Das Gesetz sah vor, dass Frauen nach ihrer Heirat aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden mussten. Eine Lebensgemeinschaft ohne Eheschließung war zudem verboten und wurde mit Entlassung geahndet.[34] Argumentiert hat man diese Maßnahmen damit, dass Frauen durch den Verdienst des Mannes abgesichert sind und somit die Stellen für andere Arbeitslose frei wurden. Von kirchlicher Seite wurde eine *„gottgewollte, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung"*[35] propagiert, die die Arbeit der Frau auf das häusliche Umfeld und die Kindererziehung reduzierte. Prinzipiell wurde die Frau als Rettungsanker für die vom Niedergang bedrohte traditionelle Familie gesehen. Mütterlichkeit und die demonstrative öffentliche Betonung der Wichtigkeit von Nachwuchs für das Vaterland waren von zentraler Bedeutung für das Regime,

---

29 Vgl. E. Hanisch, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 76.
30 Vgl. H. Dachs, in: ebenda, S. 290.
31 Vgl. A. Staudinger, in: ebenda, S. 41f.
32 Vgl. H. Dachs, in: ebenda, S. 293.
33 Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Drei Jahre neues Wien, Wien 1937, S. 49.
34 Vgl. ebenda, S. 51.
35 I. Bandhauer-Schöffmann, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 257f.

welches in ständiger Sorge vor einem Aussterben Österreichs war. Diese Sorge begründete sich auf der Tatsache, dass ein stetiger Geburtenrückgang zu beobachten war. Ein Grund hierfür lag in dem Umstand, dass viele verheiratete Paare aufgrund fehlender Wohnungen keine Familie gründen konnten oder wollten.[36]

Wie schon im Kapitel „Wien nach dem 12. februar 1934" kurz angeschnitten, hatte die Weltwirtschaftskrise großen Einfluss auf Österreichs Sozial- und Fürsorgepolitik. Es gab empfindliche Einschnitte bei staatlichen und kommunalen Sozialleistungen, da aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit immer weniger Beschäftigte Sozialversicherungsbeiträge zahlten. Dadurch mussten die Sozialversicherungsträger mit immer weniger Geld eine steigende Anzahl von Menschen unterstützen. So wurden im Jahr 1935 u.a. das Krankengeld und Pensionen gekürzt sowie der Zugang zur Alters- und Arbeitslosenfürsorge erschwert.[37] Neben der durch Wirtschaftskrise und dem Spardruck der Regierung (es galt das Dogma des ausgeglichenen Budgets zur Bewältigung der Krise) verursachten Verwerfungen in der Sozialpolitik gab es auch noch ideologische Faktoren, welche die Fürsorge beeinflussten.

Aus dem Recht auf Unterstützung wurde das Gewähren von Almosen. Hinter dem Programm der *„…individuelle*[n]*, den einzelnen Menschen erfassende*[n] *Fürsorge…"* [38] verbarg sich die Haltung, dass der rechtmäßige Anspruch auf Sozialleistungen eine *„…staatssozialistische Idee…"* [39] sei, die es zu bekämpfen galt. Man müsse verhindern, *„…bei den Bedürftigen die Vorstellung zu erwecken, als ob mit den regelmäßigen Zuwendungen der städtischen Fürsorge gleichsam als etwas Selbstverständlichem zu rechnen wäre, ohne daß der einzelne* [sic!] *mehr irgendwelche Bemühungen zu seiner Selbsterhaltung notwendig hätte."* [40]

Ganz im Sinne der Enzyklika „Quadragesima anno" waren die Hauptanliegen der „ständestaatlichen" Sozialpolitik Förderung, Erhalt und Schutz der „christlich-deutschen" Familie. Hierfür wurde ein eigenes Referat im Wohlfahrtsamt gegründet. Mutterschutzwerk, Mütterschulungen und Schwangerenberatungsstellen sollten werdenden Müttern zur Seite stehen und durch gesundheitliche Maßnahmen die Kindersterblichkeit senken. Zudem gab es Eheanbahnungsstellen für die *„…ehebereite Jugend…"* [41] und Eheschlichtungsstellen für gefährdete Ehen. Alle diese Beratungsstellen wurden natürlich in katholisch-christlichem Sinne geführt. In der *„…gesundheitliche*[n] *Ehetauglichkeitsprüfung…"* [42] zeigte sich der damalige Stellenwert der Eugenik.[43]

Menschen die gänzlich durch das soziale Netz fielen und zum Überleben auf Betteln angewiesen waren kamen oft ins Visier der Polizei. Gesetze gegen „gewohnheitsmäßige" Bettler sollten das

36 Vgl. J. Peßl, in: Der Blaue Adler (Hg.), Wir müssen Bauen, Wien 1937, S. 25.
37 Vgl. E. Tálos, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 228f.
38 Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, Wien 1937, S. 8.
39 ebenda, S. 8.
40 ebenda, S. 8.
41 Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, Wien 1937, S. 10.
42 ebenda, S.10.
43 Vgl. ebenda, S. 10f.

Abb. 05: Bundeskanzler Dollfuß und Kardinal Innitzer

„Bettlerunwesen“ bekämpfen. Arbeitsfähige Bettler wurde im Rahmen dieser Gesetze in eine eigene Beschäftigungsanstalt eingewiesen, wo sie zur Arbeit (z. B.: Säckekleben oder Hausarbeit) gegen eine geringe Entschädigung verpflichtet wurden.[44]

Blut und Boden

Eines der zentralen Anliegen des Austrofaschismus war der berufsständische Aufbau der Bevölkerung. Durch diesen sollte der Klassenkampf beseitigt werden und an seine Stelle gesellschaftliche Harmonie treten.

Anstelle einer komplexen, komplizierten und industrialisierten Welt sollte eine (vorgeblich) einfachere, vorindustrielle Agrargesellschaft verwirklicht werden. Engelbert Dollfuß veranschaulichte sein gesellschaftspolitisches Weltbild gerne mit einem Bauernhaus „*wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe ißt […]*“.[45] Die Menschen sollten ihren Platz in einer natürlichen, harmonischen, organischen Gesellschaft kennen und akzeptieren.[46]

Verbundenheit mit der Natur, verwurzelt mit Blut und Boden der Heimat, die Urbarmachung der eigenen Scholle mit den eigenen Händen und ein gottesfürchtiges Leben waren das Ideal und die Gegenbilder zur verhassten Großstadt, mit all ihren hedonistischen und kapitalistischen Versuchungen.

---

44 Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, Wien 1937, S 29.

45 E. Weber (Hg.), Dollfuß an Österreich. Eines Mannes Wort und Ziel, Wien 1935, S. 32 zit. nach E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 81.

46 Vgl. E. Hanisch, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 81.

Abb. 06: Bauernfamilie beim Mittagstisch

Kultur- und Kunstpolitik des Austrofaschismus

Kultur- und Kunstpolitik

Ausgehend von der propagierten „Österreich-Ideologie" war auch in den Bereichen Kunst und Kultur die Hingabe zum österreichischen Vaterland, aber auch die Verbundenheit zur deutschen Kultur der ideologische Leitfaden. Staatssekretär Hans Pernter beschrieb die österreichische Kulturpolitik in seiner Rede vor der katholischen Akademikergesellschaft wie folgt: *„Unsere Kulturpolitik muß glaubensverbunden, also christlich, sie muß heimatverbunden, also vor allem österreichisch, volksverbunden, also deutsch von eigener Prägung und schließlich muß sie weltverbunden, also universal und europäisch sein."* [47] Die Ambivalenz zwischen österreichischer Eigenstaatlichkeit einerseits und der betonten Zugehörigkeit zur deutschen Nation auf der anderen Seite verhinderte, so wie in allen anderen politischen Bereichen, auch in Kunst- und Kultur eine effektive Abgrenzung vom deutschen Nationalsozialismus.

Man wollte mit einer volksnahen und bodenständigen Kultur zu einem österreichischen Bewusstsein beitragen. Außerdem sollte das Hinweisen auf die historische Bedeutung und den historischen Stellenwert der österreichischen Kunst den Glanz sowie die Größe der eigenen Vergangenheit zeigen und die tatsächliche Kleinheit des Staates kompensieren. Es wurde das Bild des Österreichers als Kulturmensch dem preußisch-militaristischen Deutschen gegenüber gestellt und auf die Aufgabe Österreichs, das als (angeblich) überlegene Kulturnation auf diesem Feld Europa in „kulturimperialistischem" Sinne die Vormachtstellung einnehmen müsste, hingewiesen.

Zwar gab es dieses vorhin genannte Ideal, an dem sich die Künstler orientieren sollten, doch eine einheitliche Kulturpolitik in einem faschistischen Verständnis, wie in Italien oder Deutschland, gab es nicht.[48] Das Hauptaugenmerk der „ständestaatlichen" Kulturpolitik lag auf der Ausschaltung der sozialistischen Arbeiterkultur.[49] Es gab auch keine öffentliche Diffamierung bestimmter Stile oder die gezielte Verfolgung von Künstlerinnen und Künstlern, solange ihre Werke dem gewünschten Ideal entsprachen bzw. sich nicht als offensichtlich „links" herausstellten. Hinter verschlossenen Türen wurde jedoch in äußerst ähnlicher Weise wie bei den Nationalsozialisten eine bestimmte Kunst als „entartet" oder „intellektualistisch" bezeichnet.[50] Wiens Bürgermeister Richard Schmitz wiederum unterstellte, dass die bisherige Kunst „volksfremd" war und wieder an die Bevölkerung herangeführt werden müsste.[51]

Am Versuch kirchliche Kunst als „Staatskunst" zu etablieren sieht man auch den starken Einfluss der Kirche. Die Zeit des Barocks, in der die katholische Kirche mit Gegenreformation und

---

47 Neue Freie Presse vom 16. Oktober. 1935

48 Vgl. E. Klamper, in: J. Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Baden 1994, S. 124f.

49 Vgl. A. Pfoser/G. Renner, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 339.

50 Vgl. E. Klammer, in: J. Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Baden 1994, S. 127f.

51 Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Kunstförderung durch die Stadt Wien, Wien 1937, S. 5.

Abb. 07: Huldigung der Stände

unglaublich verschwenderischem Prunk an einem Höhepunkt ihrer weltlichen Macht war, wurde als der österreichische Kunststil schlechthin dargestellt.

Das staatliche Instrument österreichischer Kulturpolitik war der Bundeskulturrat. Er wurde aus Mitgliedern der Kirche, des Bildungswesens und Wissenschaft und Kunst durch den Bundeskanzler besetzt. Die Kirche hatte in diesem Gremium, das zu Gesetzesvorschlägen Stellung nehmen sollte, die von kulturellem Belang waren, acht von vierzig Sitzen inne. Wichtigste Vertreter des Bereiches Wissenschaft und Kunst im Bundeskulturrat waren für die darstellenden Künste der Schriftsteller Rudolf Henz und für die bildenden Künste der Architekt Clemens Holzmeister.

Clemens Holzmeister war als Rektor der Akademie der bildenden Künste in Wien, als Staatsrat und als Rat der Wiener Bürgerschaft eine der einflussreichsten Personen der ständischen Kulturpolitik. Schon vor der Zeit des Austrofaschismus war er aufgrund seiner Mitgliedschaften in katholischen Schüler- und Studentenverbindungen ideologisch stark christlich geprägt und mit Vertretern der „ständestaatlichen" Führungsschicht bestens bekannt.[52] Seine Arbeit als Präsident des österreichischen Katholikentages im Mai 1933 zeigte seine starke Verbundenheit mit der katholischen Kirche.

Als Architekt vieler öffentlicher und repräsentativer Bauten für Österreich (u.a. Seipel-Dollfuß Gedächtniskirche, österreichische Gesandtschaft in Ankara, RAVAG-Gebäude,…) konnte er nicht nur politisch sondern auch künstlerisch die kulturelle Ideologie des Austrofaschismus mitgestalten.

Kunstförderung der Stadt Wien

Da der private Kunstmarkt durch die wirtschaftliche Krise der 1930er Jahre eingebrochen war und somit Aufträge aus privater Hand ausblieben, waren viele Künstlerinnen und Künstler in ihrer Existenz bedroht.

Die Kunstförderung der Stadt Wien unter Bürgermeister Richard Schmitz und Kunstbeirat Fritz Lahr war nicht nur dazu gedacht arbeitslose Künstler finanziell zu unterstützen, sondern auch ihre Arbeit ideologisch zu lenken.[53] Die Förderung richtete sich an Architekten, Bildhauer, Maler und das Kunstgewerbe. Sie erfolgte durch Ankäufe, direkte Aufträge, Auslobung von Wettbewerben und finanzielle Unterstützung privater Kunstaufträge (Planungen, Restaurierungen…) durch die öffentliche Hand.[54]

Anhand der Aufträge und Ankäufe durch die Stadt lässt sich ein deutliches Bild der gewünschten und verfolgten Kunstpolitik aufzeigen. Es wurden vor allem sakrale Werke oder Werke mit historischem Österreichbezug angekauft, wie z.B. das Gemälde „Wiener Madonna" von CarryHauser, ein Portrait Kardinal Theodor Innitzers von Anton Karlinsky oder die Gemälde „Defilierung der Deutschmeister" von Alexander Pock und „Der Letzte" von Karl Friedrich Gsur.

---

52 Vgl. W. Posch, Clemens Holzmeister - Architekt zwischen Kunst und Politik, Salzburg 2010, S. 25ff.

53 Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Kunstförderung durch die Stadt Wien, Wien 1937, S. 5.

54 Vgl. ebenda, S. 5.

Unter den in Auftrag gegebenen Arbeiten fanden sich auch sehr viele sakrale Werke, wie das Freskogemälde „Die Auferstehung“ von Richard Teschner, das Standbild des Hl. Engelbert von Rudolf Schmidt und Alexander Popp oder politische Werke, wie der Gobelin „Die Huldigung der Stände Wiens“ von Hans Andre Kosak und Viktor Kosak sowie die historisierenden Wandmalereien von L. Schmidt im Speisesaal des neu errichteten Restaurants am Kahlenberg.

Dieses Restaurant wurde wiederum auch von der Stadt Wien in Form eines Wettbewerbs in Auftrag gegeben, den der Architekt Erich Boltenstern gewann. Das Gebäude ist Teil der Wiener Höhenstraße, die ebenfalls, neben ihrem touristischen Zweck, zur Beschäftigung von Künstlern und zur generellen Arbeitsbeschaffung erbaut wurde.

Ein weiteres Betätigungsfeld für Künstler war die Anfertigung von Hauszeichen (meist Darstellung von Heiligen oder geschichtliche Darstellungen) für Gebäude der Stadt Wien sowie die Herstellung von Markierungssteinen an den nach Wien führenden Hauptstraßen.[55]

[55] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Kunstförderung durch die Stadt Wien, Wien 1937, S. 6ff.

„Wir müssen bauen“ – Bauen als Arbeitsbeschaffungsprogramm

Durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise kam es zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Sie lag im Jahr 1920 noch bei 4,2 % und stieg bis 1929 kaum über 10 %. Doch ab 1930 ging die Zahl der Arbeitslosen von 11,2% bis zu ihrem Höhepunkt 1933 auf 26% und fiel bis 1937 nicht mehr unter 21,7%.[56]

Einer der Hauptgründe für diese extreme Entwicklung lag im Rückgang der Aufträge für die Industriebetriebe Österreichs. Die Industrie war einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Zwischenkriegszeit und büßte in Folge der Krise bis zu 80% ihres Auftragsvolumens ein. Ein zweiter Aspekt war die starke Exportorientierung der österreichischen Wirtschaft, welche durch fehlende Abnehmer im Ausland einbrach. Durch die Auflagen die mit dem Erhalt von Völkerbundanleihen einher gingen das Budget zu sanieren und die Staatsverschuldung zu senken, war der Staat nicht oder nur in sehr geringem Umfang imstande mittels Investitionen die Wirtschaft zu stützen. Die fehlende Nachfrage im Inland durch die Bevölkerung infolge von Arbeitslosigkeit, gekürzten staatlichen Unterstützungen bis hin zur „Aussteuerung“ [57] trugen ebenfalls ihren Teil zur stagnierenden bzw. schrumpfenden österreichischen Wirtschaft bei.

Die fehlenden staatlichen Investitionen versuchte man durch das Auflegen von Anleihen auszugleichen. Die so genannte „Trefferanleihe“ von 1933 mit einem Volumen von 220 Millionen Schilling, die 1935 aufgelegte „Arbeitsanleihe“ in der Höhe von 155 Millionen Schilling und die „Investitionsanleihe“ mit 125 Millionen Schilling aus dem Jahre 1937 sollten die Wirtschaft beleben. Doch bei allen Anleihen wurde die Hälfte der Erlöse und mehr eher zur Sanierung des Staatshaushaltes verwendet, anstatt sie in die schwache Wirtschaft zu investieren.[58]

„Österreichische Arbeitsschlacht 1935“

Neben der Industrie spielte auch die Bauwirtschaft mit ca. 145.000 Beschäftigten eine sehr bedeutende Rolle in der österreichischen Wirtschaft. Um die Bauwirtschaft zu stärken, versuchte man die fehlenden Investitionen des Staates durch private Investitionen (vor allem im Wohnbau – siehe Kapitel „Sozialer Wohnbau nach 1934“) zu kompensieren. Der Staat und die Gemeinde Wien versuchten vorrangig im Infrastrukturbereich durch Bauprojekte (z.B. Straßen- und Brückenbau) Arbeitsplätze zu schaffen. Der Straßenbau mit prestigeträchtigen Bauten wie der Großglockner Hochalpenstraße oder der Wiener Höhenstraße diente vornehmlich dem Zweck Österreich touristisch zu erschließen und war Teil einer großen Tourismusoffensive, die sich auch am nach außen transportierten Bild Österreichs auf verschiedensten internationalen Ausstellungen, wie z. B. „Austria in London“ (1934) oder den Weltausstellungen in Brüssel (1935) und Paris (1937), zeigte.

---

[56] Vgl. E. Tálos, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 232.

[57] Als ausgesteuert bezeichnet man Menschen die keinen Anspruch mehr auf Sozialleistungen durch den Staat haben. Der Anteil an ausgesteuerten Personen stieg im gleichen Maße wie die Zahl der Arbeitslosen.

[58] Vgl. S. Mattl, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Wien 2014, S. 206.

Abb. 08: Plakat „Österreichische Arbeitsschlacht“

Unter dem martialischen Titel „Österreichische Arbeitsschlacht 1935 – Frontabschnitt Wien“ wurden von Bürgermeister Schmitz die Projekte zur Arbeitsbeschaffung für die Stadt Wien vorgestellt. Aufgrund der höheren Lohnquote im Tiefbau wurde dieser Art von Projekten der Vorzug gegenüber Hochbauprojekten gegeben.[59] Die wichtigsten Maßnahmen waren die Errichtung der Höhenstraße und der Wientalstraße, der Neubau der Schlachthausbrücke und der Rotundenbrücke, der Wasserbehälter im Lainzer Tiergarten sowie diverser Kanalbauten. Ein wesentlich geringerer Anteil an den Investitionen der Stadt fiel auf Hochbaumaßnahmen. Hier wurden großteils Sanierungen und Instandsetzungen von gemeindeeigenen Gebäuden beauftragt. Zur Förderung der Wohnbautätigkeit gab es den Assanierungsfonds und den Hausreparaturfonds, die private Bauvorhaben oder Instandsetzungen durch öffentliche Gelder unterstützen sollten.[60]

Ein wichtiger Aspekt der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lag, wie schon bei der kommunalen Wohnbautätigkeit des Roten Wien, in der Bevorzugung personenintensiver Bauweisen (Ziegelbau anstelle industrieller Bauweisen) mit hohem handwerklichen Anteil, um möglichst viele Menschen zu beschäftigen. Einzelne Forderungen gingen sogar soweit Firmen, die Arbeiter durch Maschinen ersetzten, bei Aufträgen auszuschließen bzw. Strafzahlungen in Form einer „Maschinensteuer“ einzuführen.[61] Außerdem wurde kritisiert, dass zwar im Tiefbau eine höhere Lohnquote zu erwarten war als im Wohnungsbau, doch bei letzterem wesentlich größere Effekte für das, am Wohnbau beteiligte, Gewerbe entstehen würden und somit mehr Menschen wieder beschäftigt werden könnten.[62]

Arbeitsbeschaffung für Architekten

Die Krise der Bauwirtschaft war natürlich auch zugleich eine Krise für die Architektenschaft. Die fehlenden Investitionen in Bauvorhaben zeigte sich gleichermaßen im Ausbleiben von Planungsaufträgen. Um auf ihre Lage aufmerksam zu machen überreichte die Zentralvereinigung der Architekten Österreichs[63] schon im Jänner 1934 Bundeskanzler Dollfuß eine Liste mit Vorschlägen und Maßnahmen zur Besserung der Situation der Architekten.[64]

Neben sehr allgemeinen Forderungen, wie einer erhöhten Bautätigkeit im Wohnbereich (Kleinstwohnungen, Siedlungen und Eigenheime), Modernisierung von Bestandsgebäuden und der Vereinfachung von Investitionen, gab es auch sehr konkrete Vorschläge für diverse Bauvorhaben. Diese waren z. B. ein Zentralbahnhof für Wien, eine Kongresshalle, ein Hauptpostgebäude uvm. Dem Wiener Bürgermeister wurden konkret die Umgestaltung des Karlsplatzes, die Errichtung

[59] Vgl. Reichspost vom 14. April 1935 und Neue Freie Presse vom 14. April 1935

[60] Vgl. ebenda

[61] Vgl. O. Troidl, in: Der Blaue Adler (Hg.), Wir müssen Bauen, Wien 1937, S. 13f.

[62] Vgl. R. Kafka, in: ebenda, S. 28f.

[63] Die Zentralvereinigung der Architekten Österreichs ist eine Interessensvertretung der österreichischen Architekten und nicht zu verwechseln mit der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, der gesetzlichen Berufsvertretung der Ziviltechniker.

[64] Vgl. N.N., Arbeitsbeschaffungsplan der Architekten, in: profil, 3. Jahrgang, Heft 1, 1935, S. 13ff.

eines ständigen Ausstellungsgeländes im Prater, diverse Platzgestaltungen, aber auch Kleinigkeiten wie die Errichtung von Telefonzellen, Haltestellen und dergleichen vorgeschlagen.[65] Die meisten dieser Vorschläge wurden, bis auf die schon erwähnte Höhenstraße samt Restaurant am Kahlenberg und die Westeinfahrt, größtenteils nicht umgesetzt. Auch hier lässt sich wieder die Bevorzugung des Tiefbaus gut erkennen, welcher von der Zentralvereinigung auch mit Sorge betrachtet wurde, da das Betätigungsfeld der Architekten der Hochbau war. Zusätzlich beanstandete man, dass die große Zahl hochqualifizierter Arbeiter, welche durch den Hochbau beschäftig werden könnten, kaum zu neuer Arbeit kamen, weil im Tiefbau meist angelernte Arbeiter zum Einsatz kamen.[66]

Man forderte zudem auch, dass es beamteten Architekten verboten werden sollte für private Auftraggeber zu arbeiten und dass die öffentliche Hand bei Planungen freischaffende Architekten zum Zuge kommen lassen müsste. Letzteres verband man auch mit dem Verbot von Planungsaufgaben durch Baumeister, da diese aus Sicht der Architekten mangels fehlender Ausbildung keine Befähigung zur Planung hätten. Die gleichzeitige Ausführung des Baues und dessen Kontrolle (welchem dem Planer obliegen sollte) würden einem Interessenskonflikt unterliegen und dies wäre somit zum Nachteil des Auftraggebers.[67]

Wie schwierig die wirtschaftliche Lage für die Architekten war zeigte, sich zuletzt auch darin, dass man sogar Arbeiten zur Aufarbeitung von Planmaterial öffentlicher Einrichtungen als mögliches Betätigungsfeld für auftragslose Architekten sah.

---

[65] Vgl. N.N., Arbeitsbeschaffungsplan der Architekten, in: profil, 3. Jahrgang, Heft 1, 1935, S. 14.

[66] Vgl. ebenda, S.17.

[67] Vgl. F. Kuhn, Die Lage der Architektenschaft in Österreich, in: profil, 3. Jahrgang, Heft 3, 1935, S. 108ff..

Architektur

Architektur des Roten Wien

Um eine Aussage über die Architektur des austrofaschistischen Wohnbauprogramms und ihrer (eventuellen)Veränderung gegenüber ihrem Vorgängern tätigen zu können, ist es notwendig einen Blick auf die Architektur des Roten Wien zu werfen.

Das Hauptaugenmerk sollte auch hierbei auf dem Gebiet des kommunalen Wohnbaus liegen. Obwohl natürlich daneben viele andere Bauten durch die Gemeinde errichtet wurden, wie Arbeiterheime, Badeanstalten, Bibliotheken, Schulen, uvm. hinterließen die „Roten" Gemeindebauten durch ihre große Anzahl den nachhaltigsten Eindruck im Bereich der Architektur der Zwischenkriegszeit.

Ideologie

Bis zum Beginn des sozialdemokratischen Wohnbauprogramms war die typische Arbeiterwohnung klein (meist nicht mehr als ein Zimmer und eine Gangküche) und oft überbelegt, mit WC am Gang, welches von mehreren Parteien genutzt wurde, sowie einer gemeinschaftlichen Wasserentnahmestelle (Bassena) für das gesamte Stockwerk. In typischer Blockrandverbauung, mit einer der Spekulation geschuldeten Grundstücksausnutzung von bis zu 85%, prägten diese Zinshäuser das gründerzeitliche Raster der typischen Arbeiterbezirke außerhalb des Gürtels. Durch die extreme Verdichtung waren die Wohnungen dunkel und nur durch Lichthöfe unzureichend belüftet. Ihre oftmals mit billiger Massenware übermäßig verzierten Fassaden sollten das Elend, welches hinter diesen herrschte, für den Außenstehenden verschleiern und kaschieren.

Diese so genannten Bassena- oder Gangküchenhäuser standen für Kapitalismus und Spekulation, für unhygienische Wohnverhältnisse und die Ohnmacht des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie.

Die Sozialdemokratie sah es nun als ihre Aufgabe diese Missstände zu beseitigen und dem Proletariat ein besseres, vor allem gesünderes und menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen. Ein Teil des ideologischen Konzeptes war es, den Menschen durch Ausstellungen und Publikationen das „neue Wohnen" näher zu bringen. Broschüren mit „zweckmäßigen Möbeln", entworfen von Architekten, sollten dabei helfen die neue Wohnung kostengünstig einzurichten, da viele der neuen Gemeindebaubewohner nie zuvor eigene Möbel hatten. Eine Dauerausstellung der Beratungsstelle für Inneneinrichtung und Wohnungshygiene (BEST) im Karl-Marx-Hof zeigte eine komplette Musterwohnung für Wohnungsinteressenten.[68] Trotz der Bemühungen eine eigenständige proletarische Kultur zu entwickeln, war die Masse mehr daran interessiert sich dem Bürgertum anzupassen, was zu durchaus abfälligen Äußerungen seitens der Partei gegenüber ihrer Hauptwählerschaft führte.[69]

Ein großes Augenmerk bei den neuen Wohnbauten lag auf deren Gemeinschaftseinrichtungen. Badeanstalten, Waschküchen, Kindergärten, Ärzte, Veranstaltungs- bzw. Versammlungsräume

[68] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 221ff.
[69] Vgl. ebenda, S. 228f.

Abb. 09: Plakat „Breitner-Steuern“

und Bibliotheken sind nur einige der Wohnfolgeeinrichtungen, die in den meisten Bauten in unterschiedlicher Anzahl vorhanden waren. Neben der Erleichterung des Alltages dienten sie auch der Gemeinschaftsbildung bei der Arbeiterschaft. Zwar waren viele dieser Einrichtungen ein Mittel zur Erleichterung der Hausarbeit und mit der „taylorisierten" Spülküche[70] auch in jeder Wohnung eine spürbare Arbeitserleichterung, doch war sie trotz allem die Arbeit der Frau und trug nicht zu ihrer Emanzipierung bei. Auch die damalige Sozialdemokratie sah die Frau vorrangig als Hausfrau, Ehefrau und Mutter.[71]

Dass die Wiener Stadtregierung nur sehr wenige „radikalere" Ideen in ihrem Wohnbauprogramm verfolgte (Einküchenhaus[72], Verwendung von Einbaumöbeln[73]), lag wohl an der Eigenansicht des Austromarxismus. Dieser verstand sich als reformistisch und nicht revolutionär.[74]

Typologie und Städtebau

Die bauliche Umsetzung des ideologischen Programmes erstreckte sich über mehrere Ebenen. Ausgehend von der kleinsten Einheit, der Wohnung, über den einzelnen Wohnbau bis hin zu der städtebaulichen Komponente soll hier ein Überblick über die „gebaute Politik" gegeben werden.

1919 beschrieb man den anzustrebenden Idealtyp der neuen Arbeiterwohnung in einer Gemeinderatssitzung. Die Wohnungen sollten mindestens zwei große Zimmer inkl. Wohnküche, Bad und WC im Wohnungsverband, Gas, Wasser, elektrisches Licht sowie ausreichend Licht und Luft haben.[75] Aufgrund der angespannten Finanzlage war solch eine „luxuriöse" Ausführung aber nicht umzusetzen.

1923 erstellte das Wiener Stadtbauamt Planungsrichtlinien für die „Gemeinde-Wien-Typ"-Wohnungen. Diese Wohnungen waren je nach Typ 38 m² (Vorzimmer, WC, Wohnküche, Zimmer), oder 48 m² (Vorzimmer, WC, Wohnküche, Zimmer, Kabinett) groß. Durch die am internationalen Städtebaukongress, der 1926 in Wien statt fand, stärker werdende Kritik an der geringen Größe der Wohnungen, entschloss man sich ab 1927 vier neue Wohnungstypen mit 40 bis 57 m² und Einraumwohnungen mit 21 m² zu errichten. [76] Die neuen Wohnungstypen waren somit durchwegs größer, aber ein entscheidendes Merkmal der Proletarierwohnung, die Wohnküche, fiel der Aufteilung in ein eigenes Wohnzimmer mit abgetrennter Küche zum Opfer. Hierfür gab es große Kritik an der „Verwestlichung" der Arbeiterwohnung und Imitation bürgerlicher Wohnungen[77], wie sie auch

[70] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 215ff.

[71] Vgl. ebenda, S. 280.

[72] Der Heimhof (15. Bezirk) war ein Gemeindebau mit großer Gemeinschaftsküche samt Personal vorwiegend für Alleinstehende.

[73] Die Wohnungen des Wohnbaus in der Rauchfangkehrergasse 26 (15. Bezirk) von Arch. Anton Brenner wurden durchgehend mit Einbaumöbeln ausgeführt.

[74] Vgl. H. Weihsmann, Das Rote Wien, Wien 2002, S. 51.

[75] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 207.

[76] Vgl. H. Weihsmann, Das Rote Wien, Wien 2002, S. 40.

[77] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 266.

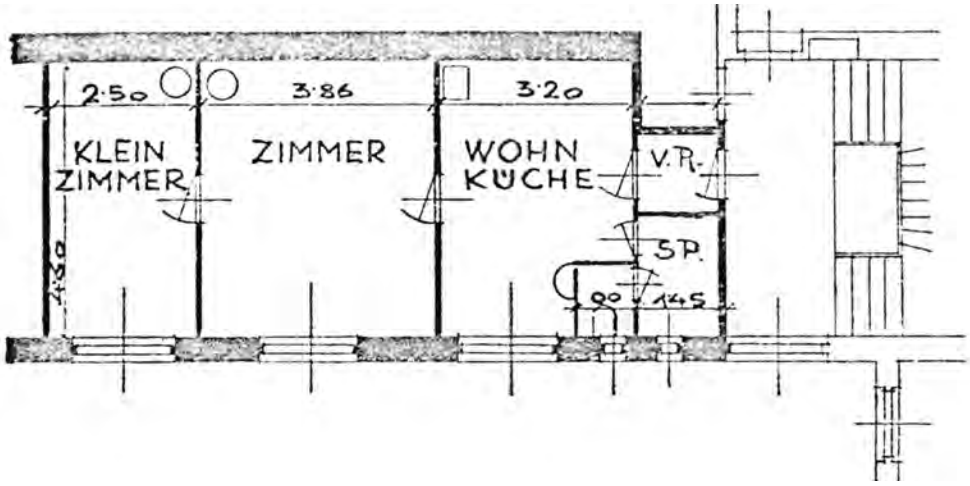


Abb. 10: „Gemeinde-Wien-Typ“ 48 m²

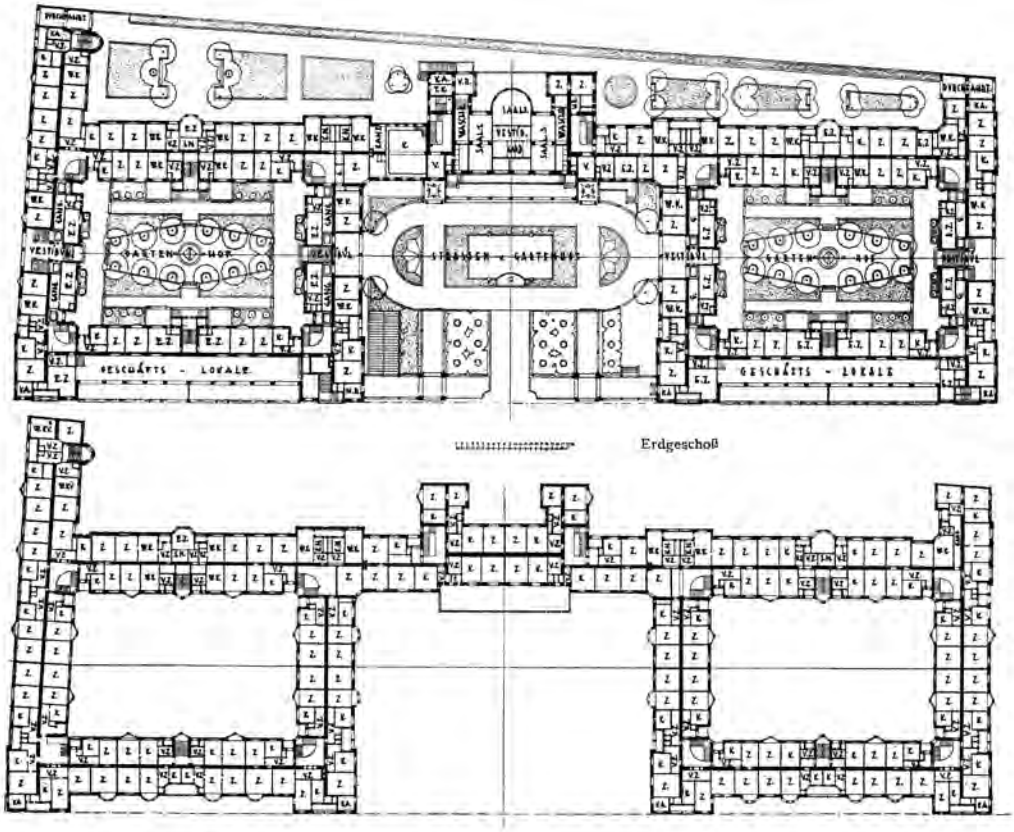


Abb. 11: Reumannhof - Erdgeschoss und Regelgeschoss (Arch. H. Gessner)

schon zuvor durch die Anordnung eines Vorzimmers (als Element der bürgerlichen Wohnungen) hervorgerufen wurde.

Im Gegensatz zu den Wohnhäusern der Gründerzeit lag die bebaute Fläche bei den Gemeindebauten bei maximal 50% des Grundstückes. Anstelle von kleinen Lichthöfen wurden großzügige, begrünte Höfe geplant. Jeder Aufenthaltsraum einer Wohnung war nun direkt belichtet. Sogar die WCs bekamen kleine, teils auffällig gestaltete, Fenster an der „Schauseite" des Gebäudes, das zu spöttischer Kritik der bürgerlichen Opposition[78], aber auch zu bewusster Fehlpropaganda einer „Wehrarchitektur" führte.[79]

Da die Wohnungen nun nicht mehr nur an einer Seite des Gebäudes angeordnet waren gab es keine klassische Unterteilung in repräsentative Straßenfassade und untergeordnete Hoffassade mehr. Die Fassaden in Richtung der großen Innenhöfe waren wie die jene zur Straße gestaltet. Die beidseitige Situierung der Wohnungen ergab sich durch eine geänderte Erschließung des Gebäudes. Die „verhassten" einseitigen Gänge der Gründerzeithäuser, in denen sich der Küchendunst sammelte, wurden durch eine punktförmige Erschließung mittels Stiegenhaus ersetzt, wobei pro Geschoss maximal vier Wohnungen sein sollten.[80] Die Geschosshöhe reduzierte sich, von den damals üblichen 3,50 m und mehr in den Gemeindebauten auf 2,80 m, wodurch bei gleicher Bauhöhe mehr Stockwerke errichtet werden konnten und so bei geringerer Dichte die gleiche Anzahl an Wohnungen möglich waren.

Der typologische Ursprung der Wiener Gemeindebauten liegt in den traditionellen Wohnhöfen des Bürgertums, aber auch in den Klosterhöfen und Bauten des Adels.[81] Doch gerade in der Funktion des namensgebenden Hofes liegt der große Unterschied zwischen den Gemeindebauten und ihren historischen Vorbildern. Die Höfe früherer Anlagen waren privates Refugium des Eigentümers, welches nicht einmal von den Mietern des Wohnhauses genutzt werden durfte und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Im Gemeindebau dagegen waren die Höfe eine Mischung aus öffentlichem und halböffentlichem Raum, der durch großzügige Ein- und Durchgänge ein Teil des Stadtraumes und der Öffentlichkeit wurde. [82]

Aus städtebaulicher Sicht standen sich zu Beginn des Roten Wiens mit der Siedler- und Gartenstadtbewegung einerseits, und den Befürwortern innerstädtischer Großwohnhausanlagen andererseits, zwei absolut gegensätzliche Ansichten gegenüber. Es gab eine starke Siedlerbewegung in der Arbeiterschaft, die sich aus den Barackensiedlungen der Kriegsjahre entwickelte. Später wurde sie durch die Gründung von Siedlungsgemeinschaften institutionalisiert und das Siedlungsamt ins Leben gerufen. Trotz prominenter Befürworter in der Architektenschaft (Adolf Loos war ab 1919

[78] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 276.
[79] Vgl. J. Schneider/C. Zell, Der Fall der Roten Festung, Wien 1934, S 18.
[80] Vgl. H. Weihsmann, Das Rote Wien, Wien 2002, S. 39.
[81] Vgl. ebenda, S. 71ff.
[82] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 294.

Leiter des Siedlungsamtes, Josef Frank, Franz Schuster, etc.) und der Politik (Otto Neurath), war die Siedlerbewegung der Partei suspekt. Man befürchtete die Entstehung einer unkontrollierbaren Massenbewegung.[83]

Da die Stadt nicht im Besitz der Fläche für Siedlungsprojekte im gleichen Ausmaß wie das letztendlich umgesetzte Wohnbauprogramm mittels Großwohnhäusern war und auch die erforderlichen Aufschließungskosten die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde bei weitem überstiegen[84], scheint eine ideologische Begründung für den Hochbau eine eher untergeordnete Rolle gespielt zu haben.[85] Die vier Grundtypen des Wiener Gemeindebaus waren eine am Raster des Regulierungsplan angepasste, sich oft über mehrere Baublocks erstreckende, Blockrandverbauung, Lückenverbauungen, „Superblocks", die mehrere (nicht zusammenhängende) Grundstücke erfassten, und periphere „Superblocks" am Stadtrand als eine Art Ausgangspunkt für eine Urbanisierung des umliegenden Gebietes.

Obwohl der Schwerpunkt des Wohnbauprogramms auf Mehrfamilienhäusern lag, gab es vereinzelte Siedlungsprojekte (u. a. Erwerbslosensiedlungen), welche als Zugeständnis für die immer unzufriedener werdende Arbeiterbewegung errichtet wurden, als sich das nahe Ende des Roten Wiens immer deutlicher abzeichnete.[86]

Protagonisten/Architekten

Alleine schon die große Anzahl an städtischen Wohnbauten lässt auf eine ebenso große Anzahl verschiedenster Architekten für die Planung dieser schließen. Aus diesem Grund soll hier nur auf ein paar der wichtigsten Vertreter exemplarisch eingegangen werden, die in besonderer Beziehung zum Bauprogramm des Roten Wien standen. In den 15 Jahren sozialdemokratischer Regierung in Wien wurden ca. 400 Wohnhausanlagen mit mehr als 60.000 Wohnungen neu errichtet. Die Planung erfolgte hierfür von ca. 200 Architekten, die zu einem Viertel direkt bei der Stadt Wien im Stadtbauamt als Beamte beschäftigt waren und einer Mehrheit von „privaten" Architekten.[87] Vor allem am Beginn des groß angelegten Wohnbauprogramms in den Jahren 1919 bis 1923 wurden ausschließlich beamtete Architekten mit der Planung betraut und erst ab dem Jahr 1924 verstärkt „private" Architekten beauftragt. Die Beauftragung selbst erfolgte meist direkt durch die Gemeinde. Nur in seltenen Ausnahmen erfolgte die Auswahl durch entsprechende Wettbewerbe.

Da schon vor dem Austrofaschismus das Rote Wien sein Bauprogramm neben der Schaffung von leistbarem Wohnraum für die Arbeiter und andere finanzschwache Schichten auch als Arbeitsbeschaffungsprogramm angelegt hatte, schien die politische Einstellung der Architekten keinen Einfluss darauf gehabt zu haben, ob sie von der Gemeinde Aufträge erhielten. Das politische

[83] Vgl. H. Weihsmann, Das Rote Wien, Wien 2002, S. 104.
[84] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 188.
[85] Vgl. ebenda, S. 190f.
[86] Vgl. H. Weihsmann, Das Rote Wien, Wien 2002, S. 108f.
[87] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 174.

Spektrum reichte von konservativen Personen wie Clemens Holzmeister, der später der einflussreichste Architekt im „Ständestaat“ wurde und Karl Holey, Rektor der Technischen Hochschule Wien von 1937 bis 1938 bis zur weit „links“ stehenden Architektin Margarete Schütte-Lihotzky. Sie und die Architektin Ella Briggs-Baumfeld waren übrigens die beiden einzigen Frauen, die im Zuge des kommunalen Wohnbauprogramms den Auftrag zur Planung einer Wohnanlage bekamen. Margarete Schütte-Lihotzky plante einen Bauteil des Otto-Haas-Hofs (20. Bezirk) gemeinsam mit Adolf Loos und Franz Schuster. Ella Briggs-Baumfeld war Architektin des Pestalozzi-Hof im 19. Bezirk.

Neben Karl Ehn, der mit dem Karl-Marx-Hof in Döbling den wohl bekanntesten aller Wiener Gemeindebauten plante, war Hubert Gessner einer der wichtigsten Architekten des Roten Wien. Gessner baute schon vor dem Ersten Weltkrieg für die SDAP. Das Arbeiterheim in Favoriten war sein erstes großes Projekt für die Partei. Dadurch lernte er auch deren Gründer, Viktor Adler, kennen. Diese Beziehung band ihn eng an die SDAP, ohne jemals Parteimitglied zu werden[88] und bescherte ihm weitere Aufträge, wie das Büro- und Verlagsgebäude „Vorwärts“ der Arbeiterzeitung an der „Rechten Wienzeile“ und Bauten für die sozialdemokratischen Konsumvereine.[89] Zu seinen wichtigsten Werken für die Stadt zählten der Metzleinstaler Hof, der Jakob-Reumann-Hof und der Karl-Seitz-Hof bei den Gemeindebauten, sowie das Umspannwerk Favoriten und die Augartenbrücke. Karl Ehn selbst war kurze Zeit Mitglied in der SDAP [90], doch viel interessanter war seine lange Zeit beim Wiener Stadtbauamt, die allen wechselnden politischen Verhältnissen zum Trotz von der Monarchie über die sozialdemokratische und austrofaschistische Zwischenkriegszeit, den Nationalsozialisten während des zweiten Weltkrieges bis in die 2. Republik hinein überdauerte. Sowohl Gessner als auch Ehn planten auch noch nach den politischen Umbrüchen des Februar 1934 kommunale Wohnbauten für die Stadt Wien.

Adolf Loos war bestimmt einer der bekanntesten österreichischen Architekten der Zwischenkriegszeit, doch plante er nur einen einzigen Gemeindebau (Otto-Haas-Hof). Er war ein vehementer Verfechter der Gartenstadtbewegung und stand dem eingeschlagenen Weg der Großwohnbauten sehr kritisch gegenüber.[91]

Ein sehr ambivalentes Verhältnis zum kommunalen Wohnbauprogramm hatte der Architekt Josef Frank. Wie Loos war er dem Modell der Gartenstadt näher als den tatsächlich umgesetzten Wohnbauten. Trotzdem plante er mehrere Gemeindebauten (z. B. Winarsky-Hof, Wohnhausanlage Sebastian-Kelch-Gasse 1-3,…). Seine Kritik betraf nicht nur die städtebauliche Komponente der Gemeindebauten, sondern auch die *„…Verkleinbürgerlichung des Volkswohnbaus…“* [92], der sich

[88] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 290f.

[89] Konsumvereine waren Genossenschaften die Artikel des täglichen Gebrauchs in großen Mengen einkauften und durch die so erzielten niedrigen Einkaufspreise diese günstig an die Arbeiter weitergeben konnten.

[90] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 338.

[91] Vgl. ebenda, S. 446f.

[92] F. Achleitner, Wiener Architektur, Wien 1996, S. 83.

seiner Meinung nach durch den Ersatz der Wohnküche durch eine getrennte Küche und eigenes Wohnzimmer sowie dem vorhandenen Vorzimmer manifestierte.

Semantik

Die sozialdemokratische Regierung hatte niemals ein eigenes Programm für die Architektur ihrer Wohnbauten ausgearbeitet, was sich in der vielfältigen Gestaltung der Gebäude zeigte.[93] Am ehesten beschreiben die Worte von Stadtrat Franz Siegel die Vorstellungen der Regierung von der Architektur der Gemeindebauten:

> *„Die äußere Gestaltung der Fassaden wird frei an Alt-Wiener Bauformen modelliert; einfachen, für die Wohnungen des Volkes angemessenen Formen."* [94]

Ob dieses Fehlen eines eindeutigen architektonischen Programmes an der Geringschätzung der Architekten durch die führenden Politiker lag[95] oder daran, dass das äußere Erscheinungsbild einfach als eher nebensächlich betrachtet wurde, ist bis heute noch umstritten.[96]

Wie oben schon erwähnt, lag das primäre Ziel des Wohnbauprogramms darin bessere Wohnungen für die arme Bevölkerung zu schaffen, als sie die hochkapitalistische Phase der Gründerzeit hervor brachte. Die Architektur des Gebäudes hing stark vom planenden Architekten ab. Es gab keinen direkten Einfluss der Politik oder des Stadtbauamtes auf die Gestaltung.[97] Vergleicht man die Bauten von 1919 bis 1923 mit denen von nach 1923, als großteils nur mehr selbständige Architekten für die Planung verantwortlich waren, bestätigt sich diese Annahme. Die Entwürfe der beamteten Architekten des Stadtbauamtes waren durchwegs konservativ und der Architektur des Biedermeier nahe stehend sowie oftmals an der Fassade mit Ornamenten versehen. Ein Grund hierfür könnte die konservative Einstellung der Beamten, die oftmals keine Architekturausbildung hatten, aber auch das durchwegs konservative Kulturverständnis der führenden Politiker sein.[98] Die späteren Entwürfe waren zwar kaum mit den funktionalistischen Tendenzen des Bauhauses in Deutschland vergleichbar, doch in ihrer Erscheinung nicht rückwärtsgewandt. Man sah die Verwendung von Ornamenten nicht als eine Nachahmung der Gründerzeit, da sie weder damals, noch zur Zeit des Roten Wiens etwas über die Qualität der Wohnungen des Gebäudes aussagten. Auch ein rein auf Funktionalität fußender Entwurf war kein ein Qualitätsmerkmal, da ganz andere Parameter die neuen Volkswohnungen definieren sollten. Diese Merkmale waren allen voran Licht und Freiraum.

Die meisten der im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Architekten waren Schüler Otto

---

93 Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 416.

94 F. Siegel, Gemeinderatssitzung vom 25. Jänner 1924, Stenographische Protokolle (B29/19):206, zit. nach E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 416.

95 Vgl. F. Achleitner, Wiener Architektur, Wien 1996, S. 65.

96 Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 416f.

97 Vgl. ebenda, S. 421f.

98 Vgl. ebenda, S. 414.

Wagners. Überhaupt hatten seine Architektur und die Absolventen seiner Meisterschule an der Akademie der Bildenden Künste aufgrund ihrer Anzahl sehr großen Einfluss auf die Architektur der Gemeindebauten. Seine Schüler waren stark von der Monumentalität der Entwürfe ihres Lehrmeisters geprägt. Diese fand sich auch unzweifelhaft in den größten Wohnanlagen wieder, die durchaus gewollt von der (neuen) Macht des Proletariats künden sollten. Ein Grund für die häufige Beauftragung von Wagner-Schülern könnte auch in ihrem *„…Anknüpfen an Traditionen des Wiener Biedermeiers* [als] *einer Art von Verankerung moderner Architektur…"*[99] sein, die wie vorhin erwähnt, den allgemeinen Geschmack des beginnenden 20. Jahrhundert und auch jenen der Entscheidungsträger in der Stadtverwaltung traf. Ein weiterer Grund liegt auch bestimmt in ihrer Ausbildung, die sich stark mit der Großstadt und den dafür notwendigen großmaßstäblichen Bauaufgaben beschäftigte und durch Otto Wagner eine positive Einstellung zu dieser vermittelt wurde. Diese positive Sicht auf die Stadt war für die Sozialdemokraten sehr wichtig und zeigte sich in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber weiträumigen Siedlungsprojekten.

Das Vorherrschen eher aufwendig gestalteter Fassaden mit Erkern, Bögen usw. gegenüber schlichter Moderne scheint doch einer gewissen „Steuerung" durch das Stadtbauamt geschuldet zu sein, weniger durch direktes Eingreifen in den Entwurf als durch die gezielte Bevorzugung bestimmter Architekten. Franz Siegel setzte sich etwa beim Wettbewerb für den Lassallehof über die Entscheidung der Jury hinweg und vergab den Auftrag an den von ihm wegen seines Stiles bevorzugten Hubert Gessner. Auch der Karl-Marx-Hof sollte ursprünglich von Clemens Holzmeister geplant werden, wurde dann aber von Karl Ehn abgelöst.[100]

Die in den späteren Gemeindebauten einkehrende „Beruhigung" der Fassadegestaltung lässt sich wohl eher durch die neue Bauordnung von 1929 erklären, als durch eine geänderte Haltung der Stadt zu moderner Architektur.[101]

Trotz ihrer vielfältigen Gestalt sind die Gemeindebauten des Roten Wien durch den Einsatz standardisierter Elemente wie Fenster, Beleuchtungskörper, Türen, etc. als ihresgleichen erkennbar. Denn um die Kosten für die Errichtung günstig zu halten wurden diese Bauteile in großer Menge in Auftrag gegeben und bestimmen somit auch den Charakter der Bauwerke.[102]

---

[99] E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014 S. 428.
[100] Vgl. ebenda, S. 423.
[101] Vgl. H. Weihsmann, Das Rote Wien, Wien 2002, S. 128ff.
[102] Vgl. E. Blau, Rotes Wien, Wien 2014, S. 456ff.

Abb. 12: Rabenhof (Arch. H. Aichinger und H. Schmid)

Abb. 13: Wiedenhoferhof (Arch. J. Frank)

Architektur und Faschismus

In Österreich kam es erst relativ spät in der Zwischenkriegszeit zu einem autoritären bzw. faschistischen Machtwechsel. In Deutschland (1933) und vor allem Italien (1922) waren solche Systeme schon länger etabliert und dienten somit der österreichischen Führung nicht nur in politischer Hinsicht als Vorbild, sondern auch in den Formen der Repräsentation sowohl nach Innen wie auch nach Außen.

Gerade Architektur und Städtebau als Mittel der Repräsentation dienten oft als gute Möglichkeiten, sich von den durch den Faschismus gestürzten Systemen und Machthabern zu distanzieren und die Stärke der neuen Machthaber zu zeigen.[103]

Deutschland

Im Gegensatz zur gängigen (populärwissenschaftlichen) Darstellung war das architektonische Repertoire des nationalsozialistischen Bauprogramms durchaus vielschichtig. Der Grund für die einseitige Betrachtung dürfte die Fixierung auf die repräsentativen Bauten der Partei und der Verwaltung in Berlin, Nürnberg und München, die im neoklassizistischen Stil erbaut wurden, sein.

Die öffentliche Diffamierung seitens der nationalsozialistischen Propaganda gegen das „Neue bauen“ und dem Zentrum des Bauhauses in Dessau, als „undeutsche“ Baukunst oder „Baubolschewismus“, diente allem voran der Distanzierung gegenüber der bürgerlich-liberalen Zeit der Weimarer Republik.[104]

Die Verwendung neoklassizistischer Elemente war jedoch keineswegs eine Eigenheit der Nationalsozialisten, denn auch in demokratischen Ländern wie den USA, Frankreich oder Finnland wurden im selben Zeitraum neoklassizistische Gebäude vom Staat errichtet. Außerdem gab es neben dem Neoklassizismus noch weitere Architekturstile, die je nach Bauaufgabe und deren Bedeutung angewandt wurden. Diese Unterteilung war streng hierarchisch und somit ein Ebenbild des politischen Systems.[105] Innerhalb der Grenzen dieses Systems war eine gewissegestalterische Freiheit gegeben, doch durfte keinesfalls eine Durchmischung von Baustil und Bauaufgabe erfolgen.

An oberster Stelle dieser Hierarchie standen Bauten der Partei und des Staates. Für sie war ausschließlich der schon angesprochene Neoklassizismus anzuwenden. Keine andere Bauaufgabe durfte in diesem Stil errichtet werden. Traditionalismus und Heimatstil war der angemessene Stil für Gebäude, die Zwecken wie Wohnen, Freizeit und Erholung dienten. Am Ende der Ordnung stand eine funktionalistische Moderne, die bei Zweckbauten für Industrie und Militär gebräuchlich war. Neben dieser Unterteilung in Funktion und Stil gab es

[103] Vgl. H. Bodenschatz, in: H. Czech (Hg.), Kunst und Propaganda, Dresden 2007, S. 54.
[104] Vgl. G. Fehl, in: H. Frank (Hg.), Faschistische Architekturen, Hamburg 1985, S. 100.
[105] Vgl. ebenda, S. 94.

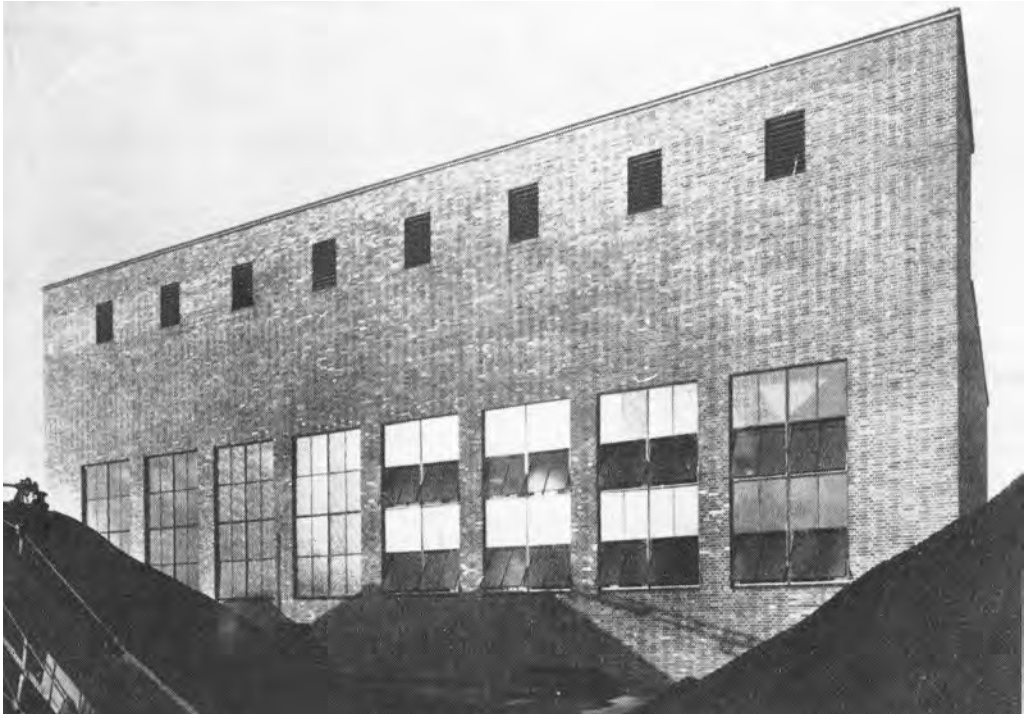


Abb. 14: Deutsche versuchsanstalt für Luftfahrt . Heizwerk (Arch. H. Brenner und W. Deutschmann)

Abb. 15: Casa del Fascio, Como (Arch. G. Terragni)

noch eine Unterscheidung, je nachdem an welchem Ort gebaut wurde. Ein städtischer Wohnbau hatte somit ein anderes Aussehen als ein Wohnbau am Land.[106]

Hintergrund dieser strikten Unterteilung war die Verknüpfung von Gebäude und Stil als eine Art allgemeinverständliches Symbol zum Transport einer Botschaft. Da diese Symbole aber nur ihre Wirkung erzielen konnten, wenn ihre Bedeutung allgemein bekannt war, war es einfacher auf bereits bestehende Stile zurückzugreifen, als einen eigenen neuen Stil erst zu erfinden.[107] So wie sich der Nationalsozialismus für sein politisches Programm selektiv unterschiedlichster politischer Strömungen bedient (z. B. Nationalismus und Sozialismus), geschah dies auch in der Architektur im Rahmen eines *„programmatischen Eklektizismus“* [108] und einer dadurch notwendigen Trennung von Baukörper und Hülle. Aufgrund dieser Trennung war es möglich trotz funktionalistischer Grundsätze[109] jedes einzelne Bauwerk entsprechend seiner Funktion mit der erwünschten äußeren Erscheinung (Fassade) zu überziehen.[110]

Auch städtebaulich wollte man eine Abgrenzung zum vorhergehenden politischen System schaffen. Dies geschah durch *„…monumentalste städtebauliche Inszenierung…“*.[111] Gigantische Straßenachsen und Aufmarschplätze, gesäumt von überdimensionalen Repräsentationsbauten prägten die Entwürfe für Berlin, welche durch eine zentralisierte Planungsbehörde, die nur Adolf Hitler verantwortlich war, und durch Vertreibung, Enteignung und Zwangsarbeit erst möglich waren. Einen Bezug auf die historische Stadt zur Legitimierung der eigenen Herrschaft gab es, im Gegensatz zu Italien und Österreich, nicht.[112]

Italien

Wie vorhin erwähnt benutzte das faschistische Italien die Geschichte des römischen Imperiums zur eigenen Legitimation. Freilegungen antiker Bauwerke und die bewusste Anordnung von Bauwerken der faschistischen Partei in deren Umgebung sollte eine Kontinuität und Verbindung mit der Vergangenheit vermitteln. Sie war auch in der traditionellen Ausrichtung des Städtebaus ersichtlich.[113]

In der Architektur wiederum lag der Fokus auf der Moderne als *die* faschistische Architektur. Benito Mussolini war zwar der Überzeugung, der Faschismus muss *„… eine neue Kunst […], eine Kunst unserer Zeit, eine faschistische Kunst…“*[114] schaffen, doch war auch hier, obwohl man vergleichsweise lang

[106] Vgl. G. Fehl, in: H. Frank (Hg.), Faschistische Architekturen, Hamburg 1985, S. 97ff.
[107] Vgl. ebenda, S. 97.
[108] ebenda, S. 93.
[109] Vgl. ebenda, S. 102.
[110] Vgl. ebenda, S. 107.
[111] H. Bodenschatz in H. Czech (Hg.), Kunst und Propaganda, Dresden 2007, S. 58.
[112] Vgl. ebenda, S. 58.
[113] Vgl. ebenda, S 48f.
[114] B. Mussolini, Arte e cività, in Opera Omnia, vol. XXII, Firenze 1957, S. 230, zit. nach G. Ciucci in H. Frank (Hg.), Faschistische Architekturen, Hamburg 1985, S. 130.

Zeit hatte, die Dauer der Herrschaft zu kurz, um diese Vorhaben umsetzen zu können. Vielmehr gab es einen ständigen Wettbewerb zwischen Tradition und Moderne um die Vormachtstellung, bis sich Mussolini im Juni 1934 im Rahmen einer Diskussion auf die Moderne festlegte.[115] Diese Präferenz lässt sich auch schon im Jahr 1932 als Mussolini den Faschismus als *„Haus aus Glas"* bezeichnete erkennen, was sich wiederum im Entwurf der Casa del Fascio finden lässt.[116]

Möglicherweise stand die Moderne auch als Gegenstück zum Geschmack der Bourgeoisie und des kapitalistischen 19. Jahrhundert, denn die eigentliche Ideologie des italienischen Faschismus war antistädtisch, antikapitalistisch sowie ländlich und somit eigentlich auch antimodern.[117]

Österreich

Wie schon im Kapitel „Kultur- und Kunstpolitik des Austrofaschismus" erwähnt, gab es kein explizites Kunst- und Kulturprogramm im austrofaschistischen Österreich und somit auch keine eindeutigen Vorgaben für die architektonische Umsetzung von Bauten des Staates. Auch hier ist anzunehmen, dass die kurze Herrschaftszeit der ausschlaggebende Faktor für das Fehlen eines solchen Programmes war. Trotz dieses Umstandes konnte von Seiten der Entscheidungsträger des Regimes durch die Auswahl der Architekten bzw. durch die Besetzung von Gremien, Einfluss ausgeübt werden.[118]

Gleich wie in Deutschland und Italien suchte man sich einen bevorzugten Stil oder bestimmte Bruchstücke von unterschiedlichen Stilen aus.[119]Italien stand man durch die politischen Verhältnisse kulturell näher als Deutschland, von dem man sich ja möglichst klar distanzieren wollte. Das freundschaftliche Verhältnis von Dollfuß zu Mussolini spielte sicher auch eine Rolle für die italienische Präferenz.

Ein deutlicher Unterschied zu Italien und Deutschland war aber die Entwicklung und Entstehungsgeschichte der faschistischen Bewegung in Österreich. Während es in den Nachbarländern Österreichs Bewegungen des Volkes waren, die in einem Bottom-Up Prozess an die Macht kamen und sich in ihrer Repräsentation somit vom kapitalistischen Großbürgertum unterscheiden wollten, entstand der Austrofaschismus von oben herab, als die (groß)bürgerliche Christlichsoziale Partei den Staat in eine Diktatur umwandelte. Ihre Distanzierung erfolgte vor allem gegenüber jeglicher Form des Sozialismus und Marxismus und war selbst kapitalistisch und bürgerlich.

Auch die Austrofaschisten versuchten durch Architektur und Städtebau ihre Macht zu präsentieren, ihre politischen Ideale baulich umzusetzen und durch den Bezug auf die große Geschichte Österreich ihre Machtergreifung zu legitimieren.

---

[115] Vgl. G. Ciucci, in: H. Frank (Hg.), Faschistische Architekturen, Hamburg 1985, S. 125.
[116] Vgl. M. De Michelis, in: ebenda, S. 25.
[117] Vgl. ebenda, S. 36f.
[118] Vgl. F. Achleitner, Wiener Architektur, Wien 1996, S. 94.
[119] Vgl. ebenda, S. 71.

Ein solcher Geschichtsbezug findet sich in der Umgestaltung des Burgtores zur Erinnerung an alle Gefallenen von 1618 bis 1918. Eine Jury unter dem Vorsitz von Clemens Holzmeister und Karl Holey wählte dafür im Februar 1934 den Entwurf des Architekten Rodolf Wondracek sowie den Bildhauer Wilhelm Frass[120]aus. Durch die Umgestaltung erhielt das Burgtor eine über zwei Monumentaltreppen erreichbare Ehrenhalle und eine Krypta. Das Heldendenkmal war eines der wichtigsten Bauten zur Darstellung der geschichtlichen Kontinuität von der Monarchie hin zum „Ständestaat" und wurde mit einer dementsprechend aufwendig inszenierten Feier am 9. September 1934 eingeweiht.[121]

Gleich wie das neu gestaltete Burgtor als Bezug auf Österreichs glorreiche Vergangenheit diente, so kann man auch die im Austrofaschismus errichteten Denkmäler deuten. An Orten wo alte Gebäude abgerissen und neue gebaut wurden, kamen so genannte Hauszeichen zur Ausführung um historische Begebenheiten aber auch Sagen an diesen Orten sichtbar zu machen. Im größten Umfang kam dies bei der Neugestaltung des Freihausviertels in Wieden zur Anwendung. Es war zugleich das größte städtebauliche Projekt des „Ständestaates". Durch die Umgestaltung verschwand einer der letzten mittelalterlichen Stadtteile im Nahbereich der Innenstadt. Gemäß den städtebaulichen Prinzipien der Regierung diente er der Errichtung moderner (und somit teurer) Wohnungen für finanzkräftige Mieter und zusätzlich der effizienten Regulierung der Straßeninfrastruktur einer kapitalistischen Stadt.[122]

Zu den historischen Denkmälern kamen auch noch sakrale Denkmäler, welche die Stellung der Kirche im neuen Staat zeigten. Oft waren sie dem Namenspatron des 1934 ermordeten Bundeskanzler Engelbert Dollfuß geweiht. Auch die Familienasyle wurden mit Heiligenstatuen versehen und nach diesen benannt. Die zahlreichen neuen Kirchen dieser Zeit waren ein weiteres Zeugnis für die ideologische Ausrichtung des Staates.[123]

Ein weiteres Bauwerk, das nicht nur durch seine Erscheinung, sondern auch durch seine Funktion von immenser Bedeutung war, stellte das Gebäude des staatlichen Rundfunks RAVAG[124] dar. Das noch relativ junge Massenmedium wurde von den Austrofaschisten, im Gegensatz zur Zeit der Ersten Republik, gezielt zur Verbreitung politischer Propaganda genutzt. Der Bau von Clemens Holzmeister an der Argentinierstraße (heutiges Radiokulturhaus) zeigt

---

[120] Wilhelm Frass brüstete sich Zeit seines Lebens damit, dass er in seiner Skulptur eine Metallhülse, in der eine nationalsozialistische Botschaft enthalten ist, eingearbeitet habe. Über Jahrzehnte wurde diese Geschichte immer wieder aufgegriffen doch meist als Mythos abgetan, bis im Jahr 2012 bei einer Untersuchung dieser Metallzylinder samt Botschaft gefunden wurde. Neben dem Schriftstück von Frass wurde aber auch noch ein pazifistischer Aufruf seines Assistenten Alfons Riedel gefunden.
Beide Fundstücke sind heute im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien ausgestellt.

[121] Vgl. B. Feller, in: J. Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Baden 1994, S. 144ff.

[122] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Der Wiener Assanierungsfonds, Wien 1937, S. 43ff.

[123] Vgl. B. Feller, in: J. Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Baden 1994, S. 282ff.

[124] Die Radio Verkehr AG (RAVAG) war der erste österreichische Rundfunksender und Vorgänger des ORF. Offizieller Sendestart war der 1. Oktober 1924.

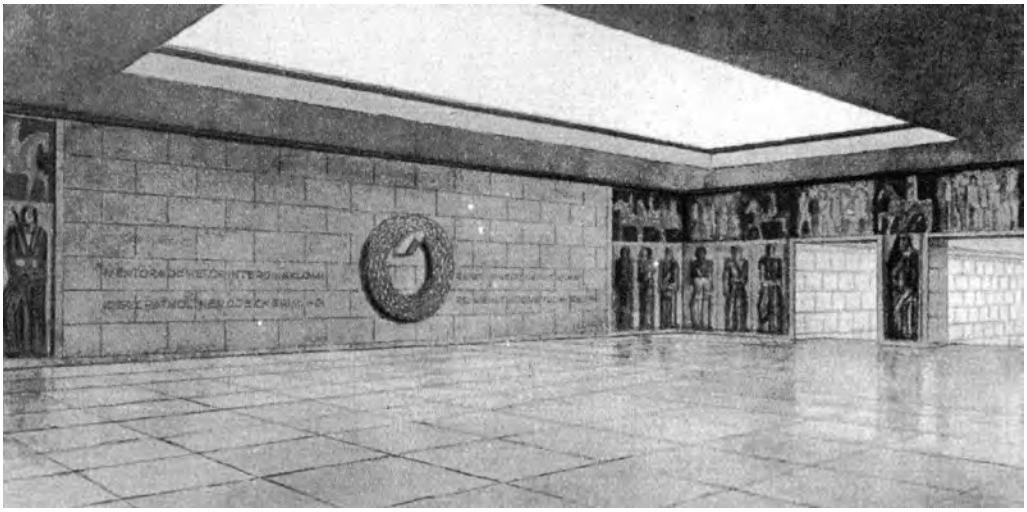


Abb. 17: Heldendenkmal, Wien - Entwurf Ehrensaal (Arch. R. Wondracek)

Abb. 17: RAVAG Gebäude, Wien (Arch. C. Holzmeister)

nach Außen die von der Regierung bevorzugte Stilrichtung einer *„schlichten Monumentalität“* [125] oder „schlichten Moderne“, wie sie auch unter anderem bei den späteren kommunalen Wohnbauten verwendet wurde.

Im Ausland zeigte sich der Staat in einem etwas anderen Bild als nach innen. Die geschichtliche Bedeutung und die Errungenschaften Österreichs, allen voran in Kunst und Kultur, waren die wichtigsten Themen. Die Gestaltung des Pavillons für die Kunstbiennale in Venedig 1934 von Josef Hoffmann zeigte stilistische Elemente des Jugendstils, der Ende des 19. Jahrhunderts in Wien entstand. Der Entwurf Robert Kramreiters, welcher eigentlich beauftragt wurde, wurde von Clemens Holzmeister in seiner Funktion als Staatsrat im Ministerium aus eher fadenscheinigen Gründen abgelehnt.[126]

Die beiden Weltausstellungspavillons 1934 in Brüssel und 1937 in Paris von Oswald Haerdtl wurden im schon angesprochenen Stil einer „schlichten Moderne“ errichtet.[127] Bei diesen Weltausstellungen lag der klare Fokus auf der Darstellung Österreichs als Tourismusland, wobei auch hier im Rahmen der Kunstausstellung die sakrale Kunst eine wichtige Rolle einnahm. Wie bei allen wichtigen Bauaufgaben des autoritären Österreichs war auch hier der Einfluss des *„Kunstdiktators“*[128] Clemens Holzmeister allgegenwärtig. Mehr noch als beim Entwurf von 1934 präsentiert sich der Pariser Pavillon als „…*Schaufenster eines Verkaufsgeschäftes mit dem Produkt Reiseland Österreich.“* [129]

Alle drei Ausstellungsgebäude sind sowohl von ihrer Erscheinung als auch durch die darin gezeigten Werke aus sakraler und profaner Kunst sowie Technik und Wirtschaft hervorragende Zeugnisse des austrofaschistischen Selbstbildes.

[125] Vgl. F. Achleitner, Wiener Architektur, Wien 1996, S. 97.
[126] Vgl. B. Feller, in: J. Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Baden 1994, S. 305.
[127] Vgl. S. Plischke, in: ebenda, S. 309.
[128] Neuigkeits-Weltblatt vom 26. Mai 1935
[129] S. Plischke, in: J. Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Baden 1994, S. 314.

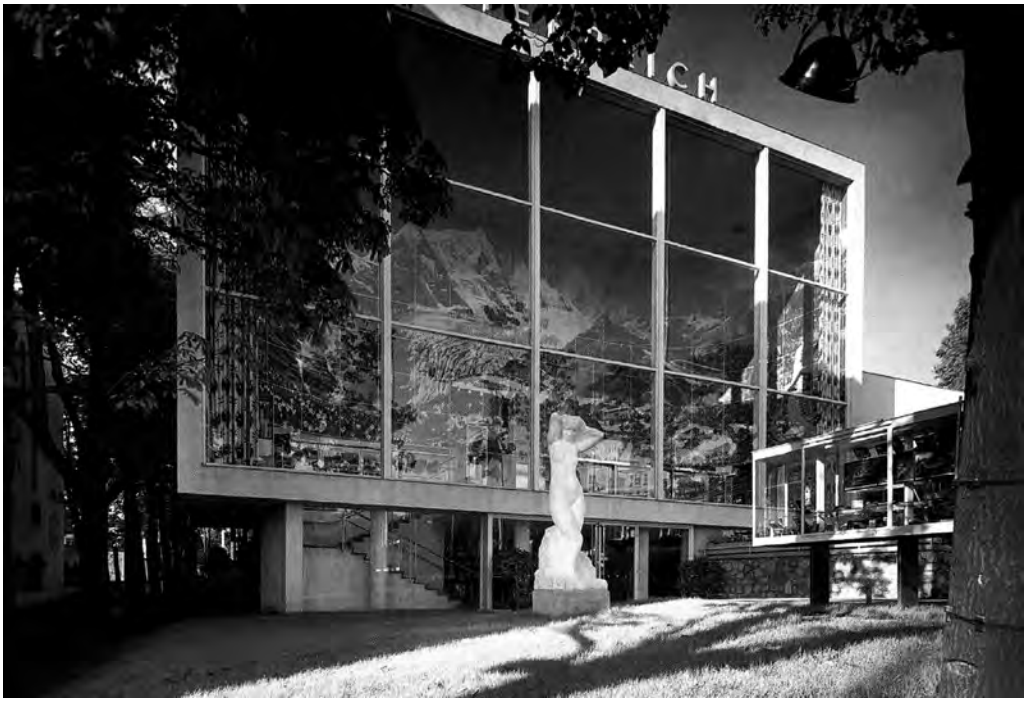


Abb. 18: Österreichischer Pavillon - Weltausstellung Paris 1937 (Arch. O. Haerdtl)

Sozialer Wohnbau nach 1934

Wie schon im Abschnitt „Politik“ beschrieben setzte sich mit dem politischen Wandel 1933/34 auch eine neue Ideologie mit ihren eigenen Ansichten und Wertesystemen durch. Die Gemeindebauten der sozialistischen Stadtregierung und ihre damit einhergehende Wohnbaupolitik standen im absoluten Widerspruch zum Gesellschaftsbild der neuen autoritären Stadtführung.

Auf den physischen Kampf gegen die Gemeindebauten im Februar 1934 folgte der ideologische Kampf in Form von Delogierungen „systemfeindlicher“ Mieter und einer generellen Mieterhöhung in allen stadteigenen Wohnungen um mehr als 70%. Hinzu gesellte sich außerdem noch ein ganzes Bündel finanzpolitischer Maßnahmen (z.B. Einführung bzw. Anhebung von Müll- und Wassergebühren) die vorwiegend die sozial Schwachen belasteten und das wohlhabende Bürgertum entlastete. Vor allem die Umstrukturierung der Wohnbausteuer in die Mietsaufwandsteuer diente diesem Zweck. War sie früher dazu gedacht mittels stark ansteigender Progression luxuriöse Großwohnungen stärker zu besteuern, wurde sie für selbige gesenkt und für Klein- und Kleinstwohnungen aber beibehalten und kam somit einer Steuererleichterung für die Reichen zulasten der Armen gleich. Auch andere Steuererleichterungen und Abschaffungen von Steuern, die das Großbürgertum trafen (Lustbarkeitsabgabe, Hauspersonalabgabe; etc.) wurden mit dem Ziel zur Belebung der Wirtschaft umgesetzt. Doch anstatt einer tatsächlichen Belebung brachte sie vor allem eine Entlastung der Reichen und weniger Einnahmen für die Stadt. Dieser fehlte somit das nötige Kapital zur Durchführung sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben, das aber ganz im Sinne der „ständestaatlichen“ Ideologie war.[130]

Die Stadtregierung unter Richard Schmitz sah es nicht mehr als Aufgabe der Stadt an, den Menschen leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wie das noch im Roten Wien der Fall war. Gemäß „ständestaatlicher“ Prinzipien sollte der private Wohnbau für den Bau von neuen Wohnungen alleine zuständig sein. Der kommunale Wohnbau wurde bis auf die Fertigstellung einiger Bauten, die noch aus dem letzten Wohnbauprogramm der Vorgängerregierung stammten und schon in Bau waren, eingestellt. Zudem sah man das Eigenheim (in Siedlungen) und somit das Eigentum als anzustrebendes Ideal und nicht „[d]*ie Anhäufung von Menschenmassen in einem Gebäude…*“.[131] Der Hauptteil des neuen Wohnbauprogrammes bestand aus finanziellen Förderungen, um dem privaten Haus- und Wohnungsbau Anreize zu liefern.

Neben diesen Förderungen setzte die Stadt Wien auf eine reine Bekämpfung der Symptome der Obdachlosigkeit mit der Errichtung von Obdachlosenheimen und Familienasylen anstatt die Ursachen der Obdachlosigkeit auszuschalten.[132]

---

[130] Vgl. G. Melinz/G. Ungar, Wohlfahrt und Krise, Wien 1996, S. 43ff.
[131] Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Wohnungswesen, Wien 1937, S. 5.
[132] Vgl. G. Melinz/G. Ungar, Wohlfahrt und Krise, Wien 1996, S. 76ff.

Im Folgenden soll nun auf die verschiedenen Förderungen und das Bauprogramm des austrofaschistischen Wien genauer eingegangen werden.

Förderungen

Um die schwächelnde Bautätigkeit beim Wohnbau anzukurbeln, wurden von der Stadt Wien mit dem Assanierungsfonds und dem Hausreparaturfonds zwei Werkzeuge zur erhofften Belebung eingeführt. Als Grund für die geringe private Wohnbautätigkeit machte die Regierung zum einen ein geringes Bevölkerungswachstum aus und zum anderen das strenge Mietrecht und der damit verbundenen niedrigen Mietzinse. Diese hätten die so erfolgreiche Assanierungstätigkeit aus der Vorkriegszeit zum Erliegen gebracht.[133] Wie aber von Fachleuten erwähnt wurde, hätte auch eine völlige Abschaffung des Mieterschutzes keine wirkliche Verbesserung bringen können, wie man am Beispiel der damaligen Tschechoslowakei sehen konnte.[134] Vielmehr scheinen eine zu hohe Renditeerwartung bei einer gleichzeitig stetig steigenden Verarmung eines Großteils der Bevölkerung der Grund für den Unwillen Wohnungen zu bauen zu sein.

Aus den Fonds wurden niedrig verzinste Darlehen an Hauseigentümer zur Durchführung von Umbauten, Aufwertung oder Sanierung von Altbestand ausgegeben. Aus den Mitteln des Hausreparaturfonds wurden vor allem Fassadensanierungen, die der Stadt durch ihre *„…zweckmäßigerweise vollkommen glatte*[n] *oder nur einfach gegliederte*[n]*, den modernen Anschauungen entsprechende*[n] *neue Schauflächen...“*[135] ein modernes Gesicht geben sollten, finanziert. Aber auch das kleine Baugewerbe sollte durch die finanzielle Unterstützung von lange aufgeschobenen Instandhaltungsarbeiten gefördert werden. Eine Auswirkung auf die Anzahl der Wohnungen hatte dieser Fonds nicht.

Der Assanierungsfonds hatte zwar das Ziel durch den „Umbau“ (man bezeichnete damals den Abbruch eines Gebäudes und eines Neubaus an dessen stelle als Umbau) von alten und oft unhygienischen Wohnhäusern neuen Wohnraum zu schaffen, aber die Priorität lag vielmehr bei der Regulierung der Straßen und „Gentrifizierung“ zentrumsnaher und somit gewinnbringender Stadtteile. Dies beweist die Stadt Wien in ihren Publikationen selbst am besten, indem bei den vorgestellten Projekten penibel auf den durch Abbruch freigemachten Straßengrund hingewiesen wird. Außerdem entstanden mit Hilfe des Assanierungsfonds bis 1937 lediglich 1329 neue Wohnungen bei einem Wegfall von 398 alten Wohnungen durch Abbruch.[136] Die moderne Ausstattung[137] dieser neu entstandenen Wohnungen mit elektrischen Küchengeräten, Elektroheizung, Aufzügen, etc. zielte auf den Mittelstand ab und machte sie für den Großteil der Bevölkerung auch unleistbar.

---

[133] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Der Wiener Assanierungsfonds, Wien 1937, S. 5f.
[134] Vgl. O. Troidl, in: Der Blaue Adler (Hg.), Wir müssen Bauen, Wien 1937, S. 12.
[135] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Der Wiener Hausreparaturfonds, Wien 1937, S. 8f.
[136] Vgl. ebenda, S. 7.
[137] Vgl. N.N., Modernste Einrichtung im Assanierungsbau, in: Österreichische Kunst, 7. Jahrgang, 1936, S. 304.

Weitere Gründe für den geringen Effekt der Förderungen auf die allgemeine Wohnungsnachfrage waren bestimmt auch die Zweckentfremdung der Fondsmittel. Teilweise wurden rein ideologische Projekte wie der Abriss des Hauses Tiefer Graben 38/Maria am Gestade 8 zur besseren Sichtbarmachung der Kirche, die Neuerrichtung eines Pfarrhofes (Wiedner Hauptstraße 105) oder der Bau des Restaurants am Kahlenberg finanziert. Auch die großzügige Förderung zur Errichtung von Einfamilienhäusern welche Bürgermeister Schmitz ein besonderes Anliegen waren[138] erforderte im Verhältnis zum gewonnen Wohnraum hohe finanzielle Mittel.

Aus architektonischer Sicht zeigen sich die meisten Assanierungsbauten in der vom Austrofaschismus präferierten „schlichten Moderne". Das Spektrum der geförderten Eigenheime erstreckt sich vom traditionellen Heimatstil bis zu durchaus modernen Entwürfen mit streng kubischer Geometrie. Ein Einfluss der Politik auf die Gestaltung durch bevorzugte Bewilligungen bestimmter Entwürfe oder Architekten lässt sich anhand der ausgeführten Projekte nicht erkennen.

Familienasyle

Der steigenden Zahl von Obdachlosen durch die Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sowie Armut begegnete die Stadtregierung mit dem Bau von neuen Obdachlosenheimen. Da diese aber nach Geschlechtern getrennt waren und somit Familien auseinander gerissen wurden, standen sie in einem Widerspruch zum katholischen Familienideal des „Ständestaates".

Um diesem Umstand zu begegnen und *„…wirtschaftlich und moralisch gefährdeten Familien zu helfen und ihnen wieder die Grundlage für ein geordnetes Familienleben zu schaffen…"* [139] beschloss die Stadt im Juli 1935 die Errichtung so genannter Familienasyle. Das Angebot richtete sich an kinderreiche *„geordnete"* Familien mit zwei oder mehr Kindern. Diese „geordneten" Familienverhältnisse wurden von eigenen Hausinspektoren und Fürsorgerinnen überprüft.[140] Die *„Erziehung zur gesunden Familie"* [141] durch die Fürsorgerinnen, die Anwesenheit von Seelsorgern und die ständige Kontrolle der Bewohner zeigt gut die ideologische Intention hinter den Asylen, die einem *„…Getto für arme proletarische und subproletarische Familien…"* [142] gleich kamen. Man sah die Familienasyle als Instrument zur *„…Christianisierung von Unterschichten…"* [143] und nicht als reine Linderung der Wohnungsnot, was zu durchaus heftigen Auseinandersetzungen zwischen „Asylinsassen" und Fürsorgerinnen führte.[144]

Die äußerst ärmliche Ausstattung und Beschaffenheit der Wohnungen in den Heimen zeigt die Geringschätzung der Politik gegenüber den Ärmsten. Sie bestanden aus einem Zimmer, Küche

[138] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Der Wiener Assanierungsfonds, Wien 1937, S. 7.
[139] Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Wohnungswesen, Wien 1937, S. 6.
[140] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Familienasyle, Wien 1937, S. 5.
[141] ebenda, S. 6.
[142] G. Melinz/G. Ungar, Wohlfahrt und Krise, Wien 1996, S. 80.
[143] ebenda, S. 81.
[144] Siehe dazu die Schilderungen von Frau Giesser in: G. Melinz/G. Ungar, Wohlfahrt und Krise, Wien 1996, S. 81f., welche die Zustände im Familienasyl St. Brigitta aus ihrer Sicht als Bewohnerin beschreibt.

Abb. 19: Assanierungsbau Invalidenstraße 17 (Arch. K. Koblischek)

Abb. 20: Familienasyl St. Brigitta (Arch. E. Mang)

und WC, wobei das Zimmer als Schlafraum für fünf oder mehr Menschen diente. Zum Heizen und Kochen waren Holz- und Kohleöfen vorhanden. Es gab keine richtige Waschgelegenheit in den Wohnungen, sondern eine zentrale Badeanlage pro Familienasyl. Selbst elektrisches Licht war nur bis zur Wohnung verlegt und musste von den Bewohnern bei Bedarf auf eigene Kosten installiert werden.[145]

Die Architektur der sieben ausgeführten Familienasyle kann als biederer Wohnbau beschrieben werden, ohne jeglicher Ambition die schweren Lebensumstände der Mieter zu bessern. Einzig die meist großzügigen Innenhöfe und die dadurch vorhandene gute Belichtung der Wohnungen hebt sie von den gründerzeitlichen Mietskasernen ab. Das negativste Beispiel der Familienasyle war St. Brigitta. Es war das erste und diente anscheinend zur Erprobung möglichst niedriger Standards. Einlagerungsräume für die wenigen Habseligkeiten der Familien, die in den späteren Asylen dann als Dachbodenabteile vorhanden waren wurden hier noch als Holzbaracken im Innenhof ausgeführt. Die Erschließung der oberen Geschosse erfolgte über vier (Holz)Stiegenhäuser in den Ecken der Blockrandbebauung und daran angeschlossenen „Pawlatschengängen". Dass selbst die politische Führung mit ihrem ersten Bauwerk unzufrieden war, zeigten Aussagen von Bürgermeister Schmitz vor der Wiener Bürgerschaft.[146]

Die sechs weiteren Familienasyle, allesamt nach Heiligen benannt (St. Leopold, St. Josef, St. Engelbert, St. Anna, St. Elisabeth und St. Richard), waren typologisch den Gemeindebauten der sozialdemokratischen Regierung näher, wie man an der punktförmigen Erschließung als Vierspänner erkennen kann. Äußerlich sind die in Blockrandbebauung ausgeführten Gebäude schlicht und kahl ähnlich den letzten Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit, wobei bei den Asylen durch das Fehlen jeglicher privater Freiräume (Balkone), kaum eine Strukturierung der Baukörper vorhanden war. Heiligenfiguren der Namenspatrone des jeweiligen Familienasyls waren der einzige Fassadenschmuck. Eine weitere Auffälligkeit ist die Aussparung der Grundstücksecken um schwer zu belichtende und dadurch meist zu große Wohnungen zu vermeiden.

Von den 1000 projektierten Wohnungen entstanden in den sieben Familienasylen ca. 850 Wohnungen, die eigentlich nur als vorübergehende Unterkunft dienen sollten, bis sich die Familie wieder selbst erhalten konnte.[147] In den Publikationen der Stadt Wien wird auch noch ein geplantes Familienasyl (St. Johann) in Favoriten erwähnt, das von der Lagebeschreibung und der Wohnungsanzahl (240 bzw. 189) her mit der 1938 fertig gestellten Kleinwohnungsanlage Buchengasse 25-37 ident ist.[148]

Bis auf das Familienasyl St. Brigitta wurden alle anderen nach dem zweiten Weltkrieg zu regulären Gemeindebauten der Stadt Wien umgebaut und sind noch heute als solche erhalten.

---

[145] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Familienasyle, Wien 1937, S. 8f.
[146] Vgl. G. Melinz/G. Ungar, Wohlfahrt und Krise, Wien 1996, S. 80.
[147] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Wohnungswesen, Wien 1937, S. 6.
[148] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Familienasyle, Wien 1937, S. 9.

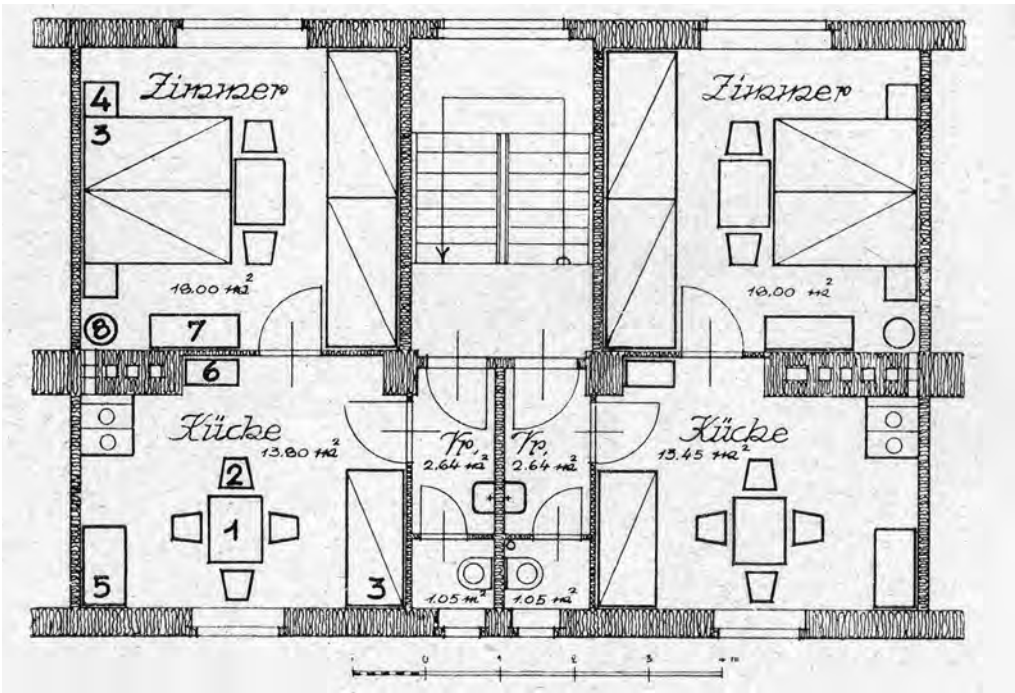


Abb. 21: Familienasyl St. Josef - Wohnungsgrundrisse (Arch. F. Wiesmann)

Abb. 22: „Alltag“ im Familienasyl

(Rand)Siedlungen

Die Massenarbeitslosigkeit der 1930er Jahre und die durch eine strikte Sparpolitik verursachten Kürzungen von Sozial- und Fürsorgeleistungen bedeutete für viele Menschen Hunger und Obdachlosigkeit. Um diesen beiden Auswirkungen zu begegnen, entwickelte die Stadt mit Hilfe des Bundes Siedlungsprojekte am Stadtrand, wo noch ausreichend gemeindeeigener Grund vorhanden war. Obwohl schon die sozialdemokratischen Vorgänger gegen Ende ihrer Regierungszeit Siedlungsprojekte verwirklichte (siehe Kapitel „Architektur des Roten Wien") und das neue Programm darauf aufbaute, verkaufte es die Regierung von Bürgermeister Schmitz als eigenständige Idee und Leistung.[149]

Aufbauend auf dem Prinzip der Eigenversorgung war es das Ziel, dass sich die Siedler durch Anbau von Obst, Gemüse und Kleintierzucht auf ihren Parzellen einerseits selbst versorgen konnten, sowie durch den Verkauf von Überschüssen ein kleines Einkommen generieren zu können. Mittels günstiger Darlehen von Bund und Gemeinde sowie Eigenleistung des Siedlers in Form von 1600 Arbeitsstunden entstanden auf Parzellen mit ca. 1500 m² ärmliche Siedlungshäuser mit ca. 30 m². Das Haus bestand aus einem massiven Teil mit Wohnküche und Zimmer sowie Wasch- bzw. Futterküche, Abort und Stall in Holzbauweise. Der Dachboden über den Wohnräumen konnte zu einem Schlafraum ausgebaut werden. Da es in den Siedlungen keine befestigten Straßen, Kanalisation, Wasserleitungen (die Wasserversorgung erfolgte durch Schlagbrunnen) und Stromversorgung gab, konnten die Aufschließungskosten gering gehalten werden.[150]

Das „ständestaatliche" Ideal von der Verbundenheit mit der heimatlichen Scholle, die Urbarmachung des Bodens, Agrarromantik und Verherrlichung der „einfachen, alten Zeiten" sind fest mit der Siedlungsidee verbunden.[151] In einer Rundfunkansprache beschrieb Clemens Holzmeister die Ideologie der Siedlungsprogramme:

> *„Innenkolonisation – eine Kulturaufgabe und noch mehr: aus engen, bedrückten Zinskasernen zieht der freie Mensch ins freie Land und festigt durch die Pflege der Familie die Keimzelle für ein gesundes und glücklicheres Vaterland."* [152]

Neben den Erwerbslosensiedlungen mit ihren einfachsten Behausungen gab es noch ein Siedlungsprojekt mit klassischen Einfamilienhäusern am Wienerberg. In unmittelbarer Nachbarschaft der Siedlung „Am Wasserturm" welche 1923/24 im Auftrag der Gemeinde Wien errichtet wurde, entstanden 35 Einfamilienhäuser deren Bau mithilfe von Darlehen der Stadt finanziert wurde. Im Gegensatz zu den Randsiedlungshäusern waren die Häuser der Wienerbergsiedlung „luxuriös"

[149] Vgl. B. Feller, in: J. Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Baden 1994, S. 215.
[150] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Wohnungswesen, Wien 1937, S. 10f.
[151] Vgl. N.N., Das Randsiedlungsproblem, in: Die Baugenossenschaft, 7. Jahrgang, 1935, S. 74ff.
[152] C. Holzmeister, Rundfunkansprache vom 14. Oktober 1932, zit. nach B. Feller, in: J. Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur, Baden 1994, S. 215.

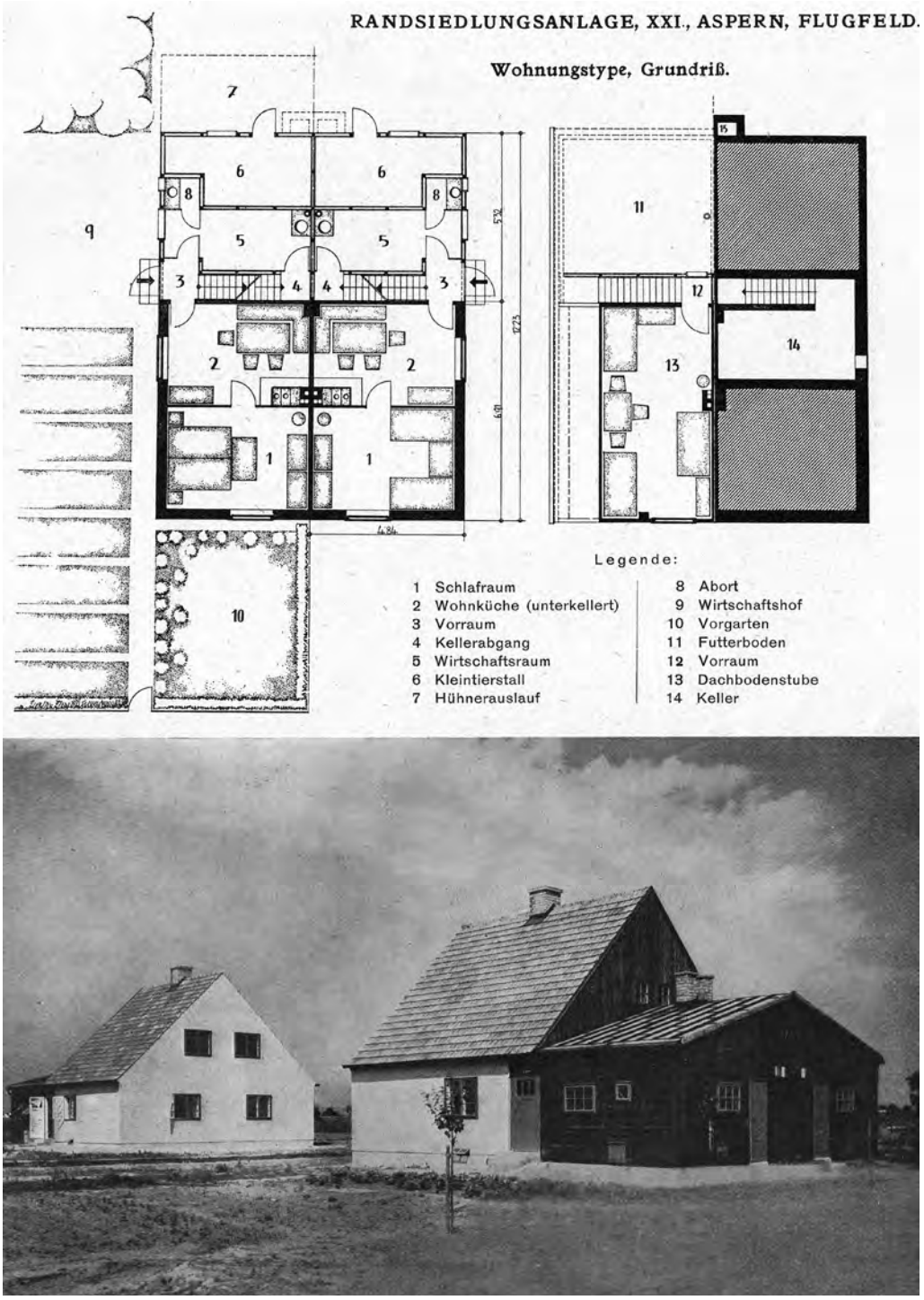


Abb. 23: Randsiedlungsanlage Aspern

ausgestattet. Jedes Haus hatte Wohnküche, Wohnzimmer, Bad, WC und im Obergeschoss Eltern- und Kinderschlafzimmer sowie einen Keller mit Waschküche. Zudem waren die Grundstücke an den öffentlichen Verkehr angebunden und hatten Kanal-, Wasser- und Gasanschluss sowie elektrischen Strom.[153] Ob sich das Heer der Wohnungslosen die dafür verlangten Mieten von 86 Schilling leisten konnte, darf bezweifelt werden, wenn man bedenkt dass für viele nicht einmal der durchschnittliche Mietzins von ca. 18 Schilling in den Familienasylen leistbar war.[154]

Insgesamt entstanden in den fünf Randsiedlungen (Leopoldau, Aspern, Breitenlee, Neustraßäcker und Hirschstetten) ca 1000 Häuser. Auch sie waren, wie die vorher schon beschriebenen Wohnbaumaßnahmen, nur ein Tropfen auf den heißen Stein der Wohnungsnot.

Kleinwohnungshäuser

Trotz der Maßnahmen der Wiener Stadtregierung fehlten im Jahr 1937, wenn man Aussagen von Baufachleuten vertraut, mindestens 10.000 Wohnungen[155], wenn nicht sogar 30.000 da diese Anzahl an Wohnungen den *„…hygienischen, kulturellen oder bautechnischen…“* Anforderungen der Zeit nicht mehr genügten.[156] Aber es gab auch Stimmen, die diesen Aussagen widersprachen. Bürgermeister Schmitz gab in einem Interview zu Bedenken, dass es neben echter Wohnungsnot *„…ein großer Teil der Wohnungssuchenden Wohnungen besitzt, die ihnen nicht genügen. Sie wollen bessere Wohnungen haben, ohne jedoch mehr dafür zahlen zu wollen…“.*[157] Zwar führte er in selbigem Interview an, dass es *„…7000 sehr ernstzunehmende Gesuche um Wohnungen…“* gibt, es sich dabei aber nur bei *„…einigen Hunderten […] um tatsächlich Obdachlose“* handelt.[158] Beide Aussagen Schmitz' zeigen, dass die Wohnungsmisere heruntergespielt wurde. Wurde die Wohnungsnot doch einmal eingestanden, so war man sehr schnell dabei die Schuld daran den sozialdemokratischen Vorgängern zu geben, die, ob des immensen Geldeinsatzes, auch nicht imstande war *„…den gesamten Wohnbedarf einer Millionenstadt […] zu decken…“.*[159] Dass im Roten Wien selbst in seiner „unproduktivsten“ Phase ein vielfaches an Wohnungen geschaffen wurde, wie es in der gesamten austrofaschistischen Regierungszeit der Fall war, wurde von offizieller Seite nur zu gerne verschwiegen und negiert.

Obwohl man immer wieder die Abneigung gegen den kommunalen Wohnbau zum Ausdruck brachte, kam man letztendlich nicht umhin als öffentliche Hand Wohnbauten zu errichten. Anfangs als Substitution für die durch Abbruch jährlich wegfallenden Wohnungen[160] „gerechtfertigt“ und

[153] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Wohnungswesen, Wien 1937, S. 5f.
[154] Vgl. G. Melinz/G. Ungar, Wohlfahrt und Krise, Wien 1996, S. 80.
[155] Vgl. G. Gröger, in: Der Blaue Adler (Hg.), Wir müssen Bauen, Wien 1937, S. 20.
[156] R. Kafka, in: ebenda, S. 28.
[157] N.N., Gibt es eine Wohnungsnot in Wien?, in: Die Baugenossenschaft, 10. Jahrgang, 1937, S. 36.
[158] Das kleine Blatt vom 24. Jänner 1937
[159] Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Drei Jahre neues Wien, Wien 1937, S. 26.
[160] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Wohnungswesen, Wien 1937, S. 6.

später als Vorbild für private Investoren gepriesen[161], entstand ab 1936/37 ein Programm zur Errichtung von Kleinwohnungshäusern.

Die Errichtung des ersten dieser Häuser (Rechte Wienzeile 71) wurde im März 1936 von der Wiener Bürgerschaft beschlossen. Anfang 1937 wurde der Bau von 13 weiteren Kleinwohnungshäusern beschlossen.[162] Im Oktober des selben Jahres wurde das Bauprogramm nochmals um fünf Gebäude erweitert. Das Angebot richtete sich zwar an finanzschwache Wohnungssuchende, aber außer beim Wohnhaus Rechte Wienzeile 71 lagen die Mieten über denen der alten Gemeindebauten des Roten Wien.[163]

Die Planung der Wohnbauten erfolgte zwar noch in den Jahren 1937 und 1938, aber aufgrund der politischen Ereignisse des März 1938 konnten die Bauarbeiten während der Regierungszeit von Richard Schmitz nur mehr begonnen werden. Trotz des neuerlichen Machtwechsels wurden aber alle von der Bürgerschaft beschlossenen Wohnbauten von der neuen nationalsozialistischen Stadtverwaltung vollendet.

Das nachfolgende Kapitel widmet sich der detaillierten Beschreibung sämtlicher Gemeindebauten (Kleinwohnungshäuser) der austrofaschistischen Ära Wiens.

[161] Vgl. Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Drei Jahre neues Wien, Wien 1937, S. 26.
[162] Vgl. N.N., Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien, in: Die Baugenossenschaft, 10. Jahrgang, 1937, S. 56.
[163] Das kleine Blatt vom 24. Jänner 1937

Die austrofaschistischen Gemeindebauten

Die anschließende Beschreibung der Gemeindebauten der austrofaschistischen Zeit Wiens erfolgt ausschließlich anhand der genehmigten Einreichpläne, welche bei der Wiener Baupolizei in den Planarchiven aufliegen. Der Grund für die Arbeit mit diesen Plänen ist, dass bei Gebäuden, die vor beinahe 80 Jahren errichtet wurden, natürlich schon vielfältige Veränderungen wie Fassadensanierungen, Fenstertausch, Wohnungszusammenlegungen etc. vorgenommen wurden, die den ursprünglichen Entwurf der planenden Architekten zum Teil verändert haben.

Aufgrund der Tatsache, dass das Kleinwohnungsprogramm erst gegen Ende der austrofaschistischen Herrschaft beschlossen und in Angriff genommen wurde, ist der Großteil der Gebäude erst zur Zeit des Nationalsozialismus vollendet oder überhaupt erst begonnen worden. Auch dies ist ein Grund, warum die ursprünglich eingereichten Pläne hier als Untersuchungsobjekt dienen, da mit dem Regimewechsel oft auch Änderungen an den Planungen vorgenommen wurde. Als Beispiel sei hier die nachträgliche Einplanung von Schutzräumen in den Kellern der Wohnhäuser erwähnt, die teilweise schon im Sommer 1938, also nicht einmal sechs Monate nach dem „Anschluss" Österreichs erfolgte und die künftigen Ziele und Taten der Nationalsozialisten erahnen lässt.

Somit spielt auch die strikte Eingrenzung des Betrachtungszeitraumes eine wichtige Rolle. So wie der März 1938 das Ende des Austrofaschismus bedeutet, so ist auch der Februar 1934 das endgültige Ende des Roten Wien und seiner Gemeindebauten. Da die Planungen im Roten Wien auf anderen Grundsätzen beruhten als bei dessen Nachfolgern im Rathaus, änderten sich auch die Planungsgrundlagen. Deswegen werden hier keine Bauten behandelt die zwar nach 1934 gebaut oder vollendet wurden, aber vor dem Februar 1934 geplant wurden. Wie wichtig diese zeitliche Abgrenzung ist zeigen auch Beispiele von Wandbildern und Inschriften, die von den Nationalsozialisten an den Wohnbauten angebracht wurden (z.B. Brandmayergasse 25, Schlachthausgasse 44) und sie somit für sich vereinnahmten.

Durch die Beschränkung auf Planunterlagen können zwei Gebäude nicht näher bearbeitet werden, da die erforderlichen Pläne nicht mehr vorhanden sind. Hierbei handelt es sich um das Gebäude „Mollardgasse 29" im 6. Bezirk sowie um den Wohnbau „Taubergasse 1-3" im 16. Bezirk.

Beim Wohnhaus „Mollardgasse 29" sind nur mehr Pläne des Umbaus zu einem Amtsgebäude aus den 1960er Jahren erhalten. Diese enthalten aber keinen Hinweis, was vor dem Umbau Bestand war und somit kann der ursprüngliche Entwurf nicht mehr rekonstruiert und bewertet werden. Bei diesem Gebäude kann nur eine Beurteilung des Äußeren erfolgen, soweit dieses nicht zu stark gegenüber der ursprünglichen Errichtung verändert wurde.

Beim Gebäude „Taubergasse 1-3" ist die Archivlage ähnlich. Hier gibt es zwar Bestandspläne, doch diese sind von einem Brauhaus (1921). Davor war an selber Stelle ein Pferdestall der Wiener Tramway-Gesellschaft (1872) zu dem 1885 ein Wohngebäude zugebaut wurde. Pläne aus dem

Jahr 1926 zeigen ein anderes Wohnhaus auf diesem Grundstück, in dem die Hauptfeuerwache des Bezirks durch einen Umbau errichtet werden sollte. Für das bestehende Gebäude, welches auch im Kleinwohnungshausprogramm der Stadt Wien von 1937 als Neubau erwähnt wurde, gibt es keine Pläne. Da dieses noch immer die Hauptfeuerwache beherbergt, stellt sich die Frage, ob es sich hierbei nicht doch nur um einen Umbau handelte.

Da für beide Gebäude auch keine Fotos aus der Zeit kurz nach deren Errichtung auffindbar sind, könnte eine Beurteilung der Entwürfe somit nur spekulativ erfolgen und wird aus diesem Grund unterlassen.

Architektur und Architekten

Wie bei den meisten Bauten des Austrofaschismus wurde auch beim kommunalen Wohnbau auf die „schlichte Moderne" gesetzt. Glatt verputzte Fassaden ohne aufwendige Gliederungen oder sonstigen Zierrat waren der gängige Standard. Einzig bei den Sockelzonen und im Erdgeschossbereich gab es verschiedenste Arten der Betonung und Abhebung. Häufig wurde auch der Eingangsbereich durch Pilaster und Natur- oder Kunststeinrahmen eigens betont. Eine weitere Gemeinsamkeit der Wohnbauten ist der ausgeprägt symmetrische Aufbau der Straßenfassaden mit streng übereinander liegenden Fenstern in durchgängigen Fensterachsen. Die Fenster wurden entweder mittels Putzrahmen gefasst oder glatt in die Fassade eingeschnitten. Zur Rhythmisierung der Baukörper wurden oft Erker und Risalite eingesetzt. Auch die Betonung der Gebäudeecken war den Architekten anscheinend sehr wichtig. Im Allgemeinen wurde auf die Gestaltung der Straßenfassade wesentlich mehr Wert gelegt als auf die Gestaltung der Hoffassaden. Der Grund dafür liegt wahrscheinlich in den relativ kleinen Innenhöfen, die bedingt durch die Bauplatzverhältnisse nicht anders möglich waren und die Höfe keinen Teil des öffentlich zugänglichen Raumes darstellten.

Die angesprochenen Bauplätze waren meist relativ klein und beengt, da die Stadt Wien, um die Aufschließungskosten möglichst gering zu halten, bis auf eine Ausnahme, auf Lücken- und Eckverbauungen setzte. Als Erschließungssystem wurden punktförmige Treppenanlagen mit nur wenigen Wohnungen pro Stockwerk bevorzugt. Selten kamen Gangtypen zur Anwendung. Dies war meist bei kleinen Eckbebauungen der Fall, wo eine zweite Stiege zur Erschließung aus Platzmangel nicht sinnvoll erschien.

Die ausgeführten Kleinwohnungshäuser sind allesamt Geschosswohnbauten mit mindestens drei Stockwerken über dem Erdgeschoss. Teilweise wurden auch fünf Obergeschosse ausgeführt, wenn es die Bebauungsbestimmungen zuließen. Die Raumhöhen selbst weisen das übliche Maß der Nachkriegszeit von 2,80 m auf, da dadurch eine höhere Geschossanzahl bei gleicher Bebauungshöhe möglich war.

Der meistgeplante Wohnungstyp war die Küche-Zimmer Wohnung mit WC innerhalb des Wohnungsverbandes. Von diesem Grundtyp gab es verschiedenste Variationen mit zusätzlichen Kabinetten oder Zimmern. Vereinzelt gab es auch Einzimmerwohnungen, die manchmal auch als „Ledigenwohnungen" bezeichnet wurden. Die üblichen Wohnungsgrößen

bewegten sich zwischen 35 und 50 m², doch Einzimmerwohnungen waren maximal 25 m² groß. Obwohl sich das Bauprogramm explizit der Errichtung von Kleinwohnungshäusern und somit Kleinwohnungen verschrieb, gab es zwei Wohnhäuser mit Wohnungen, die eher denMittelstand ansprach und dementsprechend besser ausgestattet waren. Es gab mehr und größere Zimmer pro Einheit und sogar Badezimmer mit Wannen. Die Größe lag auch weit über dem Standard und betrug 70 bis 80 m². Eine Hausbesorgerwohnung gehörte ebenso zur gehobenen Ausstattung dieser „Kleinwohnungshäuser".

Zur gängigen Ausstattung gehörten Waschküchen, Trockenböden und Einlagerungsräume und diese sind auch in allen Häusern vorhanden. Wohnfolgeeinrichtungen wurden im Allgemeinen in den Wohnhäusern nicht vorgesehen. Einzig in der Buchengasse 25-37 gibt es eine Fürsorgestelle und eine Mutterberatungsstelle. Ob dies wegen der Größe der Anlage mit knapp 200 Wohnungen der Fall war oder daran liegt, dass sie womöglich als Familienasyl geplant war, wo diese Einrichtungen üblich waren, lässt sich nicht feststellen.

Eine gemischte Nutzung der Gebäude ist nur teilweise gegeben. Meist handelt es sich um reine Wohnnutzungen. Gibt es Mischnutzung, dann nur in der Form von Geschäftslokalen im Erdgeschoss. Räume für kulturelle oder freizeitliche Nutzungen waren nicht vorgesehen. War der zugehörige Hof groß genug, gab es aber immerhin Kinderspielplätze.

Für die Planung waren ausschließlich Architekten des Wiener Stadtbauamtes zuständig. Dies wirkte sich auch in Form einer relativ einheitlichen Gestaltung aus. Alle Architekten waren auch schon unter der Vorgängerregierung tätig und seit vielen Jahren im Dienst der Gemeinde. In der konservativen und biederen Architektur der Wohnhäuser spiegelt sich die als konservativgeltende Ausbildung der meisten Stadtbauamtsarchitekten an der Technischen Hochschule Wien wieder, aber auch die Schüler Otto Wagners hinterließen ihre Spuren im austrofaschistischen Wohnbauprogramm.

Die 21 Wohnprojekte wurden von 10 Architekten geplant, wobei Franz Wiesmann (5 Planungen), Konstantin Peller (4),Karl Ehn (3) und Johann Stöhr (3) alleine für mehr als die Hälfte der Entwürfe verantwortlich waren. Otto Nadel und Franz Leischner entwarfen jeweils zwei Wohnhäuser, Walter Pind, Wilhelm Peterle, Adolf Stöckl und Engelbert Mang jeweils eines.

Die meisten dieser Architekten waren in ihrer Tätigkeit im Stadtbauamt auf die Planung von Wohnbauten in verschiedensten Ausprägungen spezialisiert. Wilhelm Peterle zum Beispiel war ein großer Anhänger der Gartenstadtbewegung. Die Wohnsiedlung „Am Tivoli" gehört zu seinen wichtigsten Werken. Karl Ehn wiederrum entwarf mit dem Karl-Marx-Hof einen der größten und den wohl berühmteste aller Wiener Gemeindebauten. Wiesmann, Peller, Leischner und Mang hinterließen vor allem mit ihren Wohnhausanlagen Spuren im Stadtbild.[164]

Andere wiederum hatten neben ihren Wohnbauplanungen andere Hauptbetätigungsfelder. Otto Nadel, der auch bei der Planung des Amalienbades mitarbeitete und Walter Pind planten

[164] Vgl. http://www.architektenlexikon.at

viele öffentlichen Bäder bzw. Kinderfreibäder. Adolf Stöckls Arbeiten waren meist Gebäude für die Kinder- und Jugendfürsorge. Sein Hauptwerk ist die „Kinderübernahmestelle“ in der Ayrenhoffgasse 9 im 9. Bezirk.[165]

Allen Architekten gemein ist ihre stilistische Entwicklung im Laufe ihrer Tätigkeit beim Stadtbauamt. Anfangs oft expressionistisch und kubistisch, manche auch dem Heimatstil verbunden, wurde ihr Stil gegen Ende des Roten Wien auch aufgrund der knapper werdenden finanziellen Mittel immer schlichter und sachlicher. Dies setzt sich auch in der Zeit des „Ständestaates“ fort. Zwar wurde hier vorgegeben, dass man die Schlichtheit aus „modischen“ Gründen bevorzugt, doch war es auch hier wohl ein finanzieller Aspekt, der die Einfachheit der Gebäude erklärt.

[165] Vgl. http://www.architektenlexikon.at

2., Obere Augartenstraße 44

Architekt: Konstantin Peller

Anzahl der Wohnungen: 80

Das aus Erdgeschoss und vier Obergeschossen bestehende Gebäude Ecke Miesbachgasse/ Obere Augartenstraße in klassischer Blockrandverbauung enthält 80 Wohnungen und ist einer der größten Kleinwohnungsbauten dieser Periode. Die vier Stiegenhäuser erschließen pro Stiege und Stock je vier Wohnungen. Der meistverwendete Wohnungstyp besteht aus Küche und Zimmer, die restlichen Wohnungen teilen sich auf Küche, Zimmer und ein bis zwei Kabinette auf. Eine einzige Einzimmerwohnung entstand aufgrund der Grundrissbegebenheiten beim Hauseingang. Die Größe der Wohnungen beträgt zwischen 21 und 48 m^2 und entspricht dem seit 1926 gängigen „Gemeinde-Wien-Typ".

Die äußere Gestaltung wird von einem turmähnlichen Erker an der Gebäudeecke dominiert. Im Bereich des Eingangs springt die Gebäudefront hinter die Baufluchtlinie zurück. Die über dem Eingang angeordneten, runden Balkone betonen diesen Bereich zusätzlich und verbinden die beiden Fassadenflächen in der Oberen Augartenstraße. Der Sockelbereich aus Sichtmauerwerk, das auch als Fassung über die Eingangstür gezogen wird, hebt sich vom Rest der glatt verputzten Fassade ab. Ein umlaufendes Gesimsband trennt das Erdgeschoss von den darüber liegenden Geschossen. Die Fenster sind ohne Fassungen in die Fassade eingeschnitten. Einzig die Fenster des Erdgeschosses sind mit Putz eingefasst. Zur optischen Gliederung der Fassade werden jeweils die zweiflügeligen Fenster jeder Seite mittels Gesimse über Fenstersturz zusammengefasst. Die Fenster an der Gebäudeecke werden auch mit den gleichen Gesimsen und einer durchlaufenden Sohlbank gekoppelt wodurch die beiden Straßenfassaden verbunden werden. Die Hoffassaden sind schlicht und glatt verputzt und werden von den vorspringenden Stiegenhäusern aufgelockert. Über eine in den Plänen ersichtliche Figur neben dem Eingang lassen sich keine genaueren Angaben machen.

Außer den üblichen Waschküchen und Trockenböden im Dachgeschoss und Kellerabteilen sind trotz der relativ großen Wohnungsanzahl keine Wohnfolgeeinrichtungen vorhanden. Im Innenhof befindet sich ein Spielplatz.

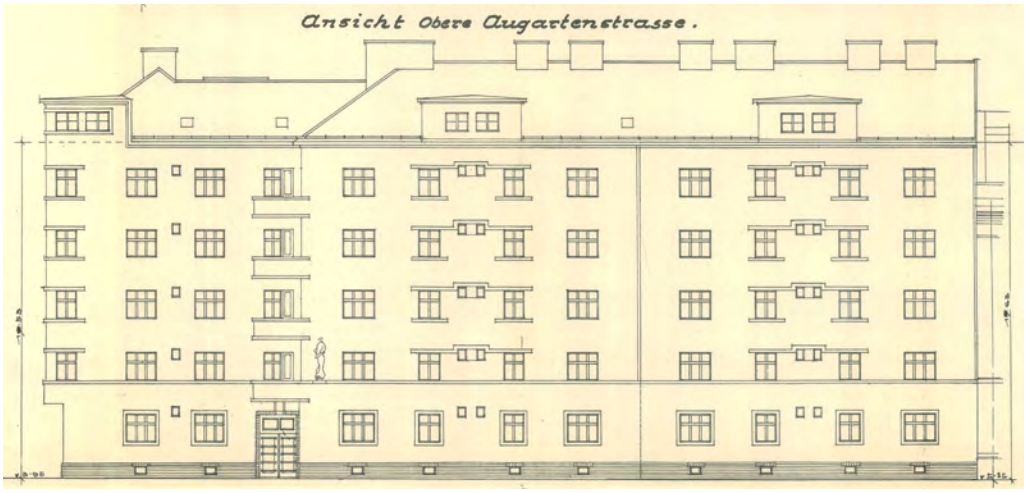


Abb. 24: Ansicht Obere Augartenstraße

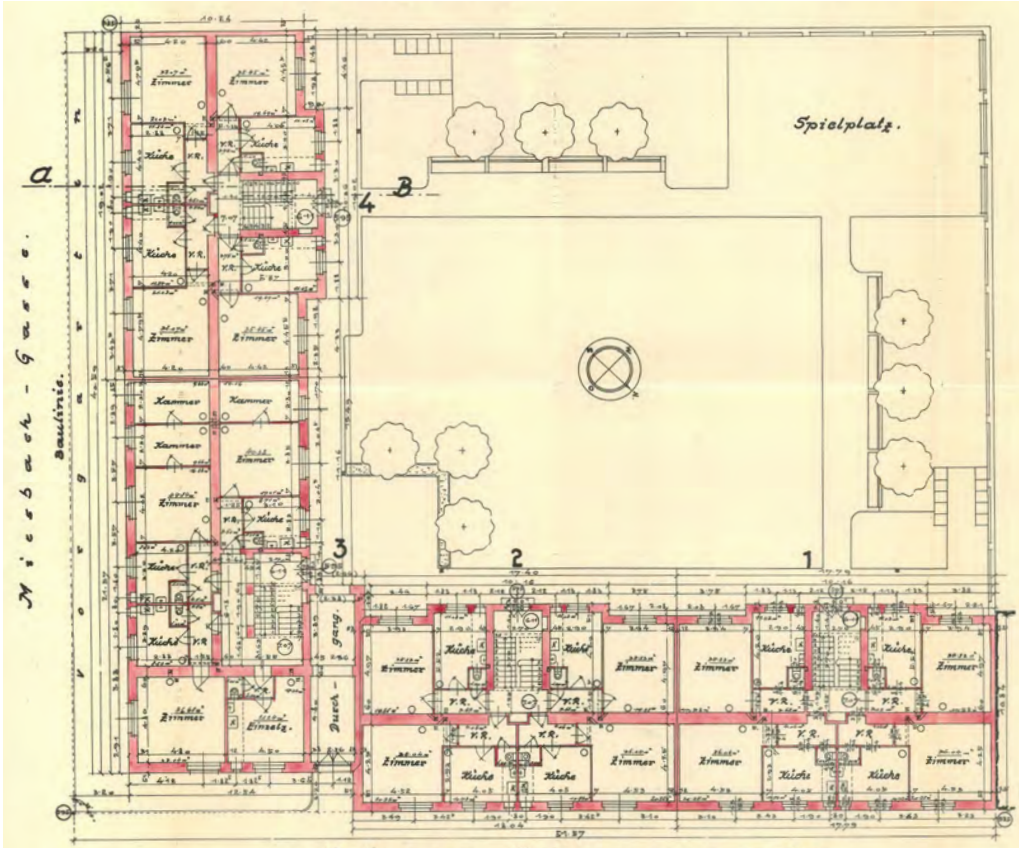


Abb. 25: Grundriss Erdgeschoss

2., Untere Augartenstraße 15-17

Architekt: Johann Stöhr

Anzahl der Wohnungen: 57

Die zwischen zwei Straßenzügen liegende Baulücke wurde durch ein „Vorderhaus“ in der Unteren Augartenstraße 15-17 und ein „Hinterhaus“ in der Haasgasse 4-6 geschlossen. Die insgesamt 57 Wohnungen teilen sich zu 34 Wohnugen (24 Küche und Zimmer, zehn Küche, Zimmer und Kabinett) im Vorderhaus und im Hinterhaus 23 Wohnungen (14 Küche und Zimmer, neun Küche, Zimmer und Kabinett) auf. Zusätzlich zu den Wohnungen befinden sich im Erdgeschoss des Vorderhauses zwei Geschäftslokale.

Mit Ausnahme der Stockwerksanzahl (Obere Augartenstraße EG+5 OG, Haasgasse EG+3 OG) sind beide Häuser in ihrer Grundrissgestaltung und äußeren Gestaltung ident. Die Erschließung erfolgt über ein querliegendes Treppenhaus mit einläufiger Treppe. Durch die Lage des Erschließungskerns in der Grundrissmitte ist es möglich eine zusätzliche Wohnung anzuordnen. Pro Geschoss sind sechs Wohnungen durch einen kompakten Gangbereich zugänglich. Aufgrund der Topographie ist das Erdgeschoss im Hinterhaus leicht erhöht. Zwischen den beiden Baukörpern befindet sich ein verhältnismäßig großer Innenhof mit Spielplatz.

Die jeweiligen Straßenfassaden werden von einem zwei- bzw. viergeschossigen Erker in der Mittelachse der Gebäude geprägt. Die Fenster in den Erkern sind durch mehrere umlaufende Rillen im Putz gefasst. Die sonstigen Fenster sind durch umlaufende Putzbänder jeweils horizontal zu zwei zusammengefasst. Die Fassaden sind exakt symmetrisch. Der Sockelbereich ist im Gegensatz zur restlichen Fassade strukturiert. Im Eingangsbereich und den Schaufenstern der Geschäftslokale in der Unteren Augartenstraße befinden sich zu deren Betonung pilasterartige Vorsprünge mit darüber liegendem „Gebälk“ aus Spritzbeton. Ein Gesims, ebenfalls aus Spritzbeton, trennt die Erdgeschosszone von den oberen Geschossen. Hofseitig prägen weit aus der Fassade springende Mittelrisalite die Fassade. Die Fenster der Hoffassaden sind gerahmt, wobei die Stiegenhausfenster durch ein umlaufendes Band vertikal zusammengefasst werden. Den Abschluss bilden runde Fenster am oberen Ende des Mittelrisalits. Wie an den Straßenfassaden trennt auch im Hof ein Gesims das Erdgeschoss vom Rest optisch ab.

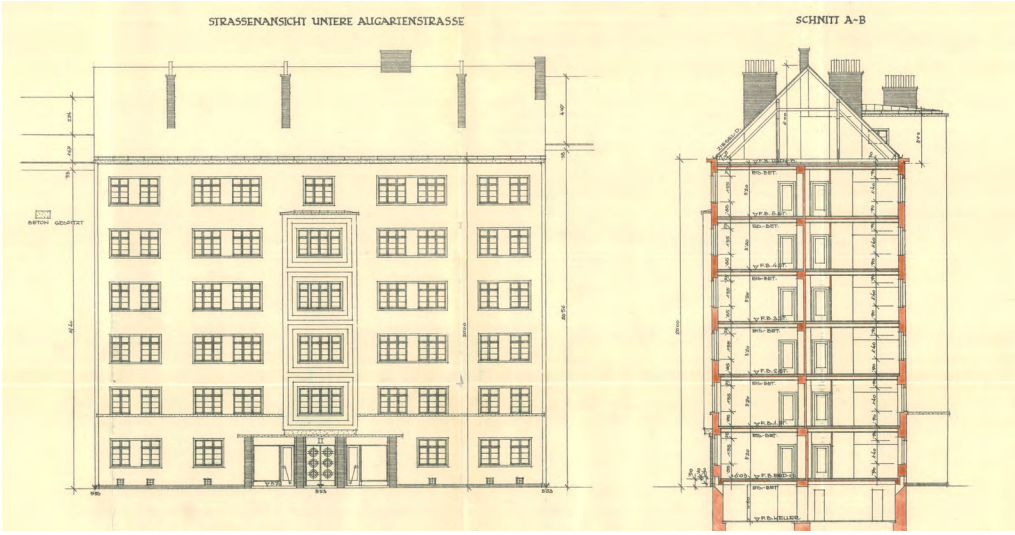


Abb. 26: Ansicht Untere Augartenstraße und Schnitt (Vorderhaus)

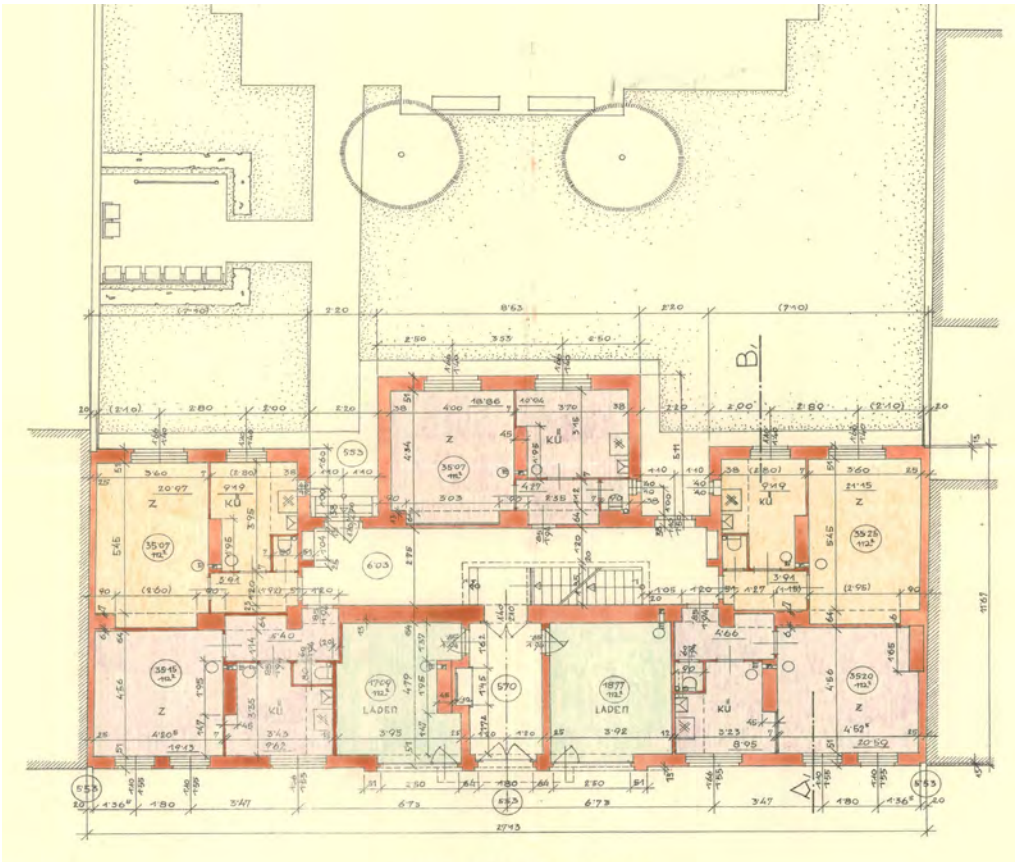


Abb. 27: Grundriss Erdgeschoss (Vorderhaus)

2., Wehlistraße 156-158

Architekt: Franz Wiesmann

Anzahl der Wohnungen: 66

Zwei identische, an der Querachse gespiegelte Wohnhäuser bilden die Bebauung einer Baulücke in der Wehlistraße 156-158. Ein leicht erhöhtes Erdgeschoß und vier Obergeschosse beherbergen insgesamt 66 Wohnungen. Hiervon bestehen 56 aus Küche und Zimmer. In den Obergeschossen gibt es zudem jeweils zwei Einzimmerwohnungen. Im Erdgeschoss sind anstelle der Einzimmerwohnungen zwei größere Wohnungen mit Küche, Zimmer und Kabinett abgeordnet. Die Wohnungsgrößen reichen von 20 m² bis 45 m².

Die Grundrisse des Gebäudes sind ident zu denen des Wohnbaus „Untere Augartenstraße 15-17". Auch hier dient eine querliegende, einläufige Treppe der Erschließung und der Richtung Hof ragende Mittelteil für eine zusätzliche Wohnung ist hier ebenfalls vorhanden. Einzig der außermittig angeordnete Hauseingang und die zusätzliche Wohnung pro Geschoss unterscheiden die Grundrisse der beiden Projekte.

Die Straßenfassade ist sehr einfach gehalten. Eine grob verputze Sockelzone und Gesimse ober- und unterhalb der vier, zwischen den beiden Eingängen liegenden Fenster sind die wenigen gestalterischen Elemente der Fassade, die von strenger Symmetrie geprägt wird. Die zwei- und dreiflügeligen Fenster sind glatt in die Fassade eingeschnitten. Eine Heiligenfigur in der Mittelachse des Wohnbaus verstärkt den symmetrischen Eindruck zusätzlich. Acht kleine Balkone lockern die sonst kahle Fassade etwas auf.

Die Hoffassade wird wie in der Unteren Augartenstraße von zwei dominanten Risaliten geprägt.

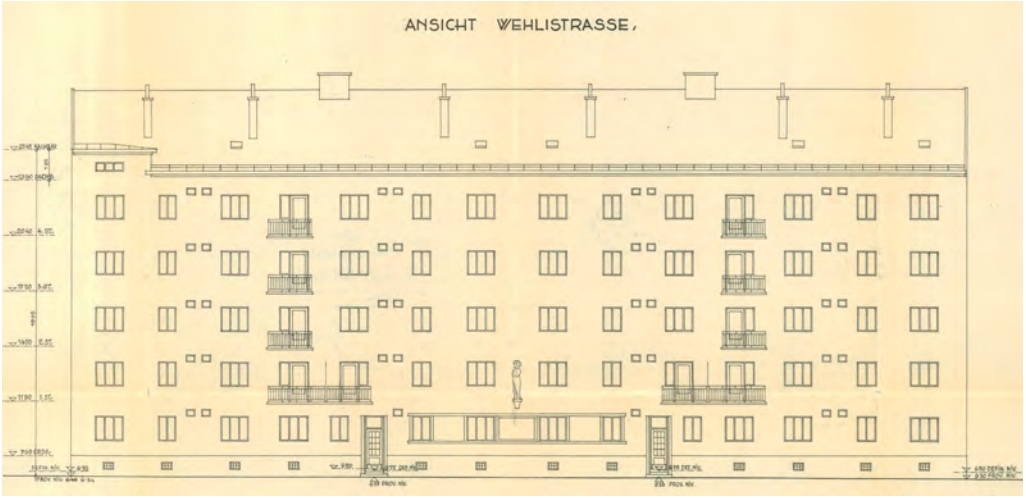


Abb. 28: Ansicht Wehlistraße

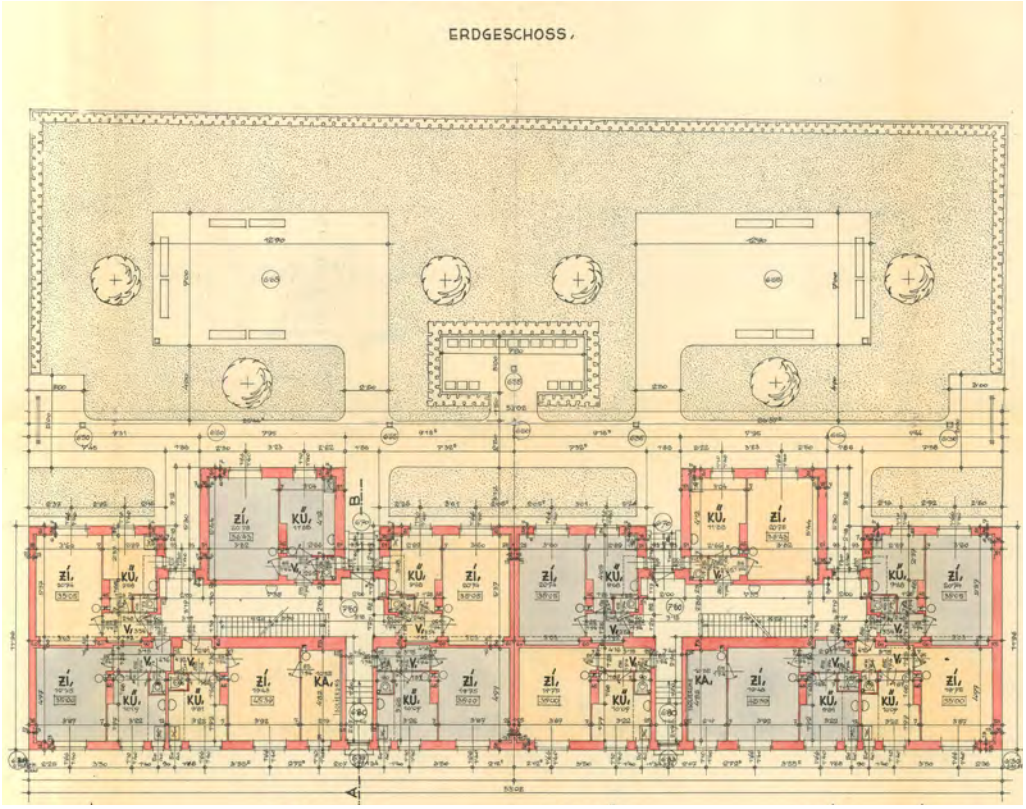


Abb. 29: Grundriss Erdgeschoss

3., Landstraßer Hauptstraße 129

Architekt: Wilhelm Peterle

Anzahl der Wohnungen: 10

Auf dem trapezförmigen Grundstück im 3. Bezirk wurde nach Abbruch des Altbestandes ein Wohnhaus mit zehn Wohnungen und zwei Geschäftslokalen errichtet. Die einen Meter Richtung Innenhof verschobene, zweiläufige Treppe erschließt in den fünf Stockwerken jeweils zwei Wohnungen. In jedem Geschoss gibt es jeweils eine Einheit, bestehend aus Küche, Zimmer und Kabinett auf 44 m^2 und eine bestehend aus Küche und zwei Zimmer auf 54 m^2.

Eine 25 cm breite, umlaufende Vertiefung im Putz der Straßenansicht hebt das Gebäude von den Nachbargebäuden ab. Ein leicht vorspringender Sockel und ein markantes Dachgesims bilden den unteren und oberen Abschluss der Fassade. Drei Fensterachsen mit gerahmten, dreiflügeligen Fenstern sind gleichmäßig über die Front verteilt. Die Geschäftslokale und der vertiefte Eingangsbereich werden durch eine Natursteinfassade und ein darüber liegendes Gesims betont.

Der Risalit des Stiegenhauses erzeugt aufgrund seiner Lage eine asymmetrische Hoffassade. Die links und rechts des Stiegenhauses liegenden Fassadenteile springen unterschiedlich weit in den Hof hinein. An der Rückseite gibt es vier Fensterachsen mit glatt eingeschnittenen zweiflügeligen Fenstern.

Aufgrund der kompakten Bauweise wird die nutzbare Hoffläche, im Gegensatz zur vorhergehenden Bebauung, entschieden vergrößert.

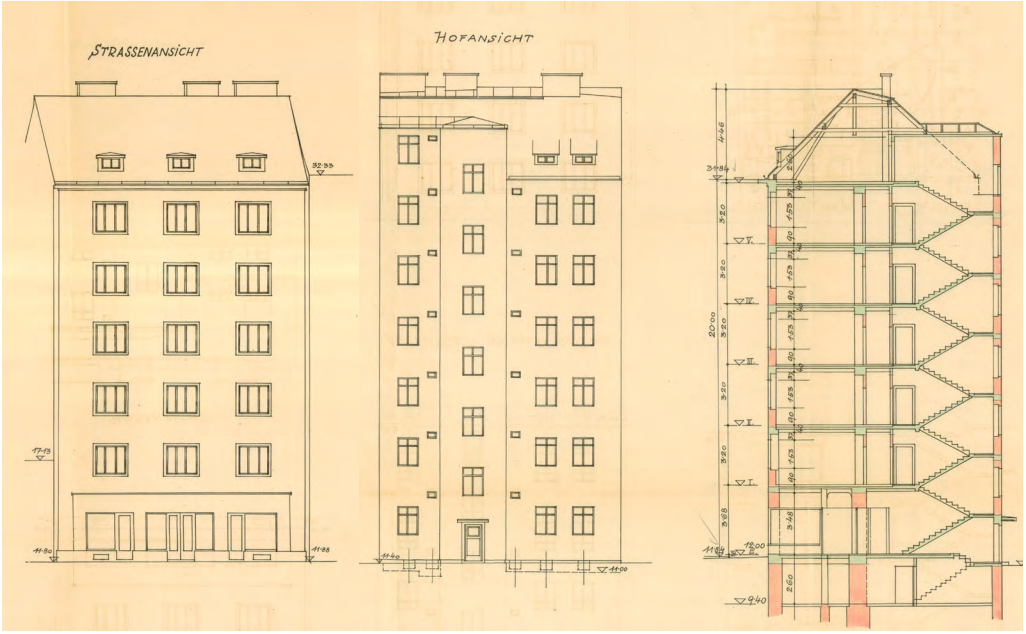


Abb. 30: Ansicht Landstraßer Hauptstraße, Hofansicht, Schnitt

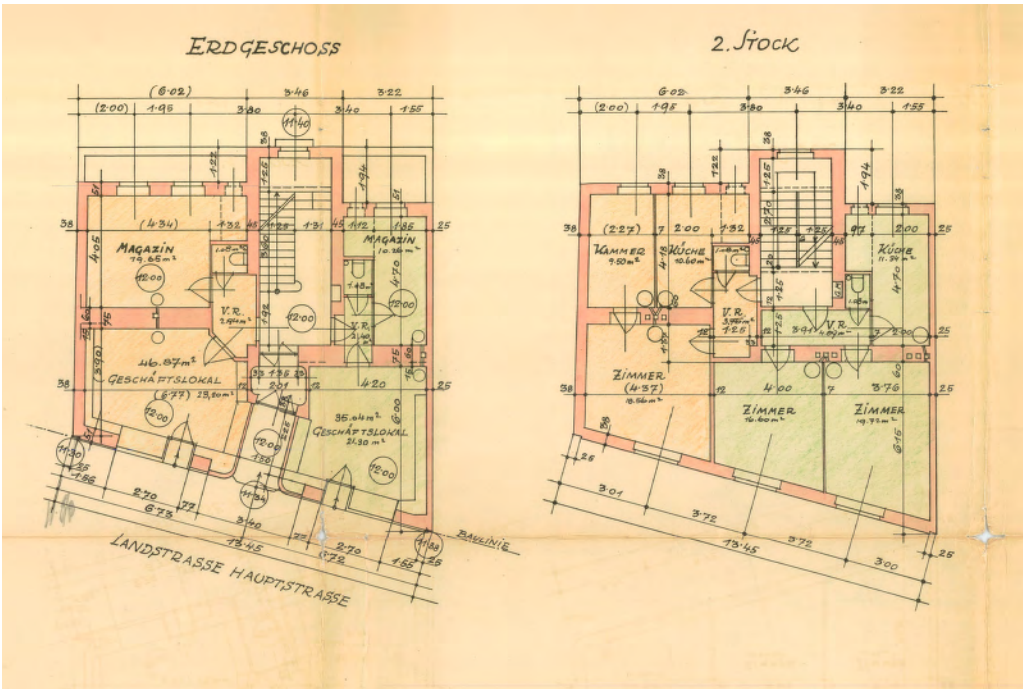


Abb. 31: Grundriss Erdgeschoss, 2. Obergeschoss

3., Schlachthausgasse 44

Architekt: Otto Nadel

Anzahl der Wohnungen: 25

Ein Wohnhaus mit 25 Wohnungen mit 20 bis 40 m² schließt die tiefe Baulücke in der Schlachthausgasse. Der Vierpännertyp besteht aus einem leicht angehobenen Erdgeschoss und vier Obergeschossen. Die Wohnungen bestehen aus Küche und Zimmer, zehn bieten ein zusätzliches Kabinett, zudem gibt es eine Einzimmerwohnung.

An der Straßenfasse thront ein wuchtiger, mehr als einen Meter auskragender Erker, der die Hälfte der Gesamtbreite einnimmt. Er liegt auf zwei massiven Betonkonsolen in der Mittelachse des Gebäudes auf und erzeugt einen sehr kubistischen Eindruck. Die sonst symmetrische Straßenfassade wird durch den leicht seitlich verschobenen Hauseingang gebrochen. Der Sockelbereich hebt sich durch seine Profilierung von der glatten Fassade ab. Der Erker wird durch Vertiefungen im Putz im Bereich der Fenster horizontal gegliedert. Die zwei- und dreiflügeligen Fenster sind ohne Rahmung. Links und rechts des Erkers sind kleine Küchenfenster angeordnet.

An der Hoffassade wechseln sich bei sieben Fensterachsen zwei- und dreiflügelige Fenster ab. Der Stiegenhausbereich springt im Erdgeschoss leicht nach vorne und ab dem 1. Obergeschoss hinter die restliche Fassade und lockert die glatte Fassade auf. Ein Vordach im Bereich des Überganges vom Erdgeschoss zum 1. Obergeschoss schützt die Tür Richtung Innenhof.

Der Hof ist aufgrund der geringen Bebauungsdichte von nur 15% sehr großzügig. Eine parkähnliche Gestaltung mit einer Allee in der Mittelachse hebt zusätzlich die Qualität des Innenhofes.

Das Gebäude wurde im März 2012 unter Denkmalschutz gestellt.[166]

[166] Vgl. Bescheid Bundesdenkmalamt, GZ 51.515/1/2012 vom 9. März 2012

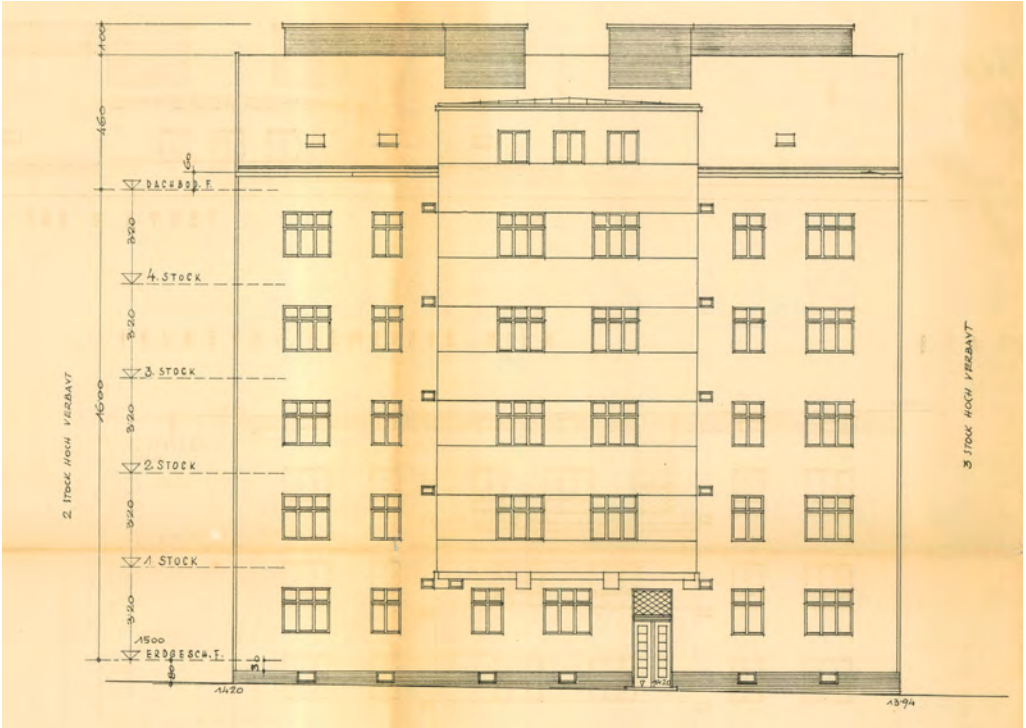


Abb. 32: Ansicht Schlachthausgasse

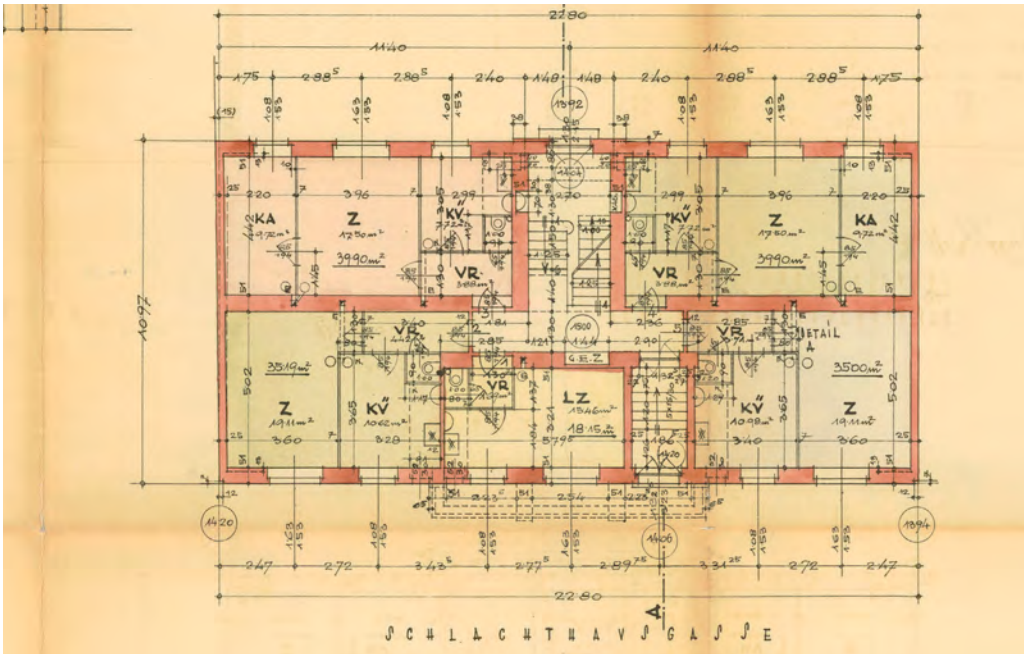


Abb. 33: Grundriss Erdgeschoss

5., Brandmayergasse 27

Architekt: Johann Stöhr

Anzahl der Wohnungen: 88

88 Wohnungen verteilen sich auf fünf Geschosse (EG+4 OG) der Blockrand-Eckbebauung an der Kreuzung Brandmayergasse/Diehlgasse. Drei querliegende, einläufige Stiegen erschließen je Geschoss vier bis sechs Wohnungen mit Größen zwischen 35 und 50 m². 77 Wohnungen bestehen aus Küche und Zimmer. Die restlichen elf Wohnungen haben ein oder zwei zusätzliche Kabinette. Eigentlich handelt es sich hier nicht um ein Gebäude, sondern um den gleichen Grundriss, der dreimal aneinander gereiht wird. Lediglich der Mittelbau ist leicht adaptiert, um den Baukörper um die Ecke zu führen. Die beiden seitlichen Bauteile sind bis auf die 90° Drehung beinahe ident.

Der Zugang befindet sich in Form einer Durchfahrt in der Brandmayergasse. Die einzelnen, nach innen versetzten Stiegenhäuser sind vom Hof aus zugänglich. Der Hof selbst ist aufgrund der geringen Grundstücksausnutzung (40% bebaute Fläche) relativ weitläufig.

Die Fassaden zur Straßenseite sind schlicht und in ihrer Symmetrie durch die geländebedingten Höhensprünge gebrochen. Die Fenster werden von schmalen Putzbändern umrahmt, wobei die nebeneinander liegenden zweiflügeligen Fenster in jedem Geschoss durch das Putzband verbunden werden. Ein umlaufendes Gesims, welches die Niveausprünge aufnimmt, teilt die Fassade im Bereich des Erdgeschosses. Die Fassade Richtung Brandmayergasse wird von zwei Erkern mit strukturierten Putzfeldern aufgelockert. An der Fassade zur Diehlgasse bestimmen jeweils vier Balkone der Stiege 3 in der Mitte und am Ende des Wohnhauses das Erscheinungsbild. Zusätzlich wird das Gesims vertikal nach oben gezogen und fasst die Balkone zusätzlich ein.

Das Gebäude dient nur zum Wohnen und hat keine Geschäftslokale. Trotz der relativ hohen Anzahl an Wohnungen sind weder Wohnfolge- noch Gemeinschaftseinrichtungen abseits der obligaten Waschküchen vorhanden.

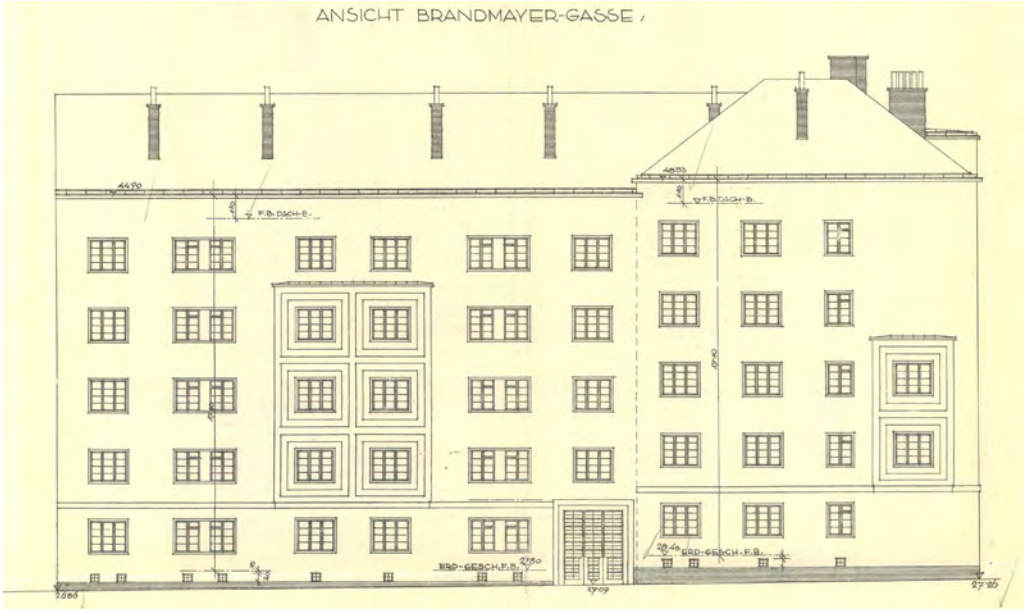


Abb. 34: Ansicht Brandmayergasse

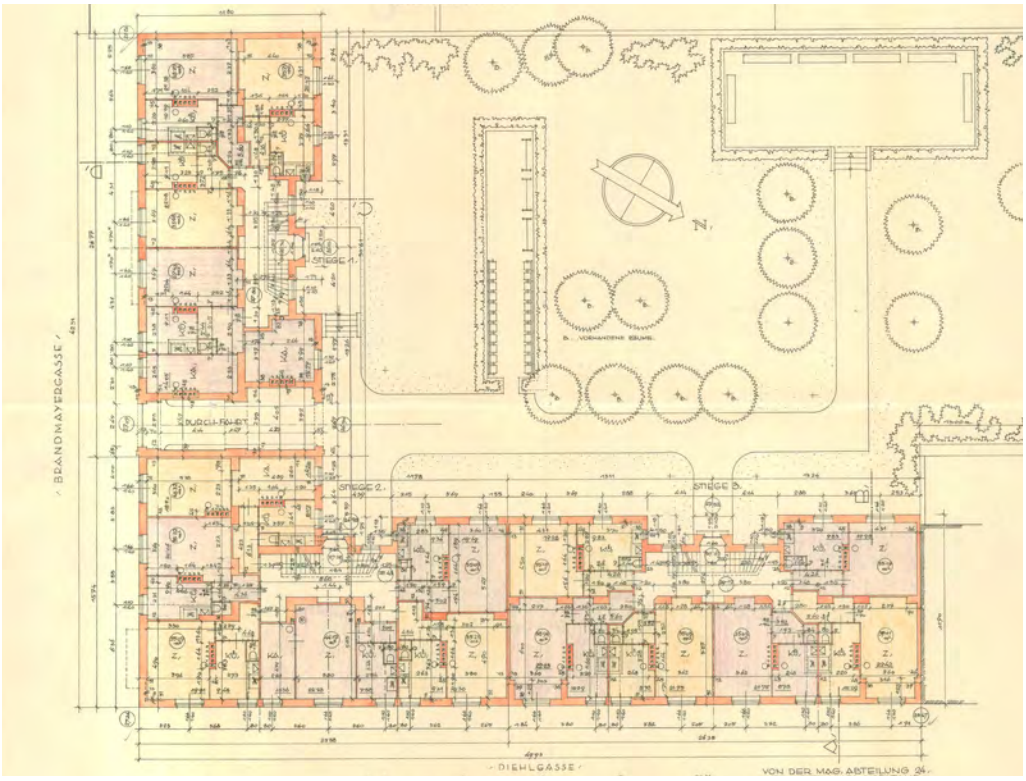


Abb. 35: Grundriss Erdgeschoss

5., Gassergasse 24-26

Architekt: Karl Ehn

Anzahl der Wohnungen: 64

Das L-förmige Wohnhaus an der Ecke Gassergasse/Kliebergasse in der weitgehend üblichen Blockrandverbaung beherbergt 64 Wohnungen. Das Angebot reicht von Einzimmerwohnungen mit 20 m² über Küche-Zimmer Wohnungen mit 35 m², die den Hauptanteil der Wohnungen ausmachen, bis zu 46 m² großen Küche-Zimmer-Kabinett Wohnungen. Drei Stiegenhäuser mit zweiläufigen Stiegen erschließen die vier Obergeschosse. In den einzelnen Geschossen befinden sich an jeder Stiege vier Wohnungen.

Der längere Schenkel der L-Form an der Gassergasse besteht aus zwei identischen, an den Feuermauern verbundenen Baukörpern. Der kürzere Schenkel weicht in Grundriss und Erschließung ab.

Breite, stark profilierte Umrahmungen der Fenster sind die einzigen Gestaltungsmaßnahmen an den sonst äußerst kahlen, glatt verputzten Straßenfassaden. Über dem Eingangsbereich in der Gassergasse ist eine Auslassung für ein Bild oder Relief mit möglicherweise sakralem Inhalt.

Die Hoffassaden sind ebenso schlicht und nur durch die vorspringenden Stiegenhäuser der Stiegen 2 und 3 belebt.

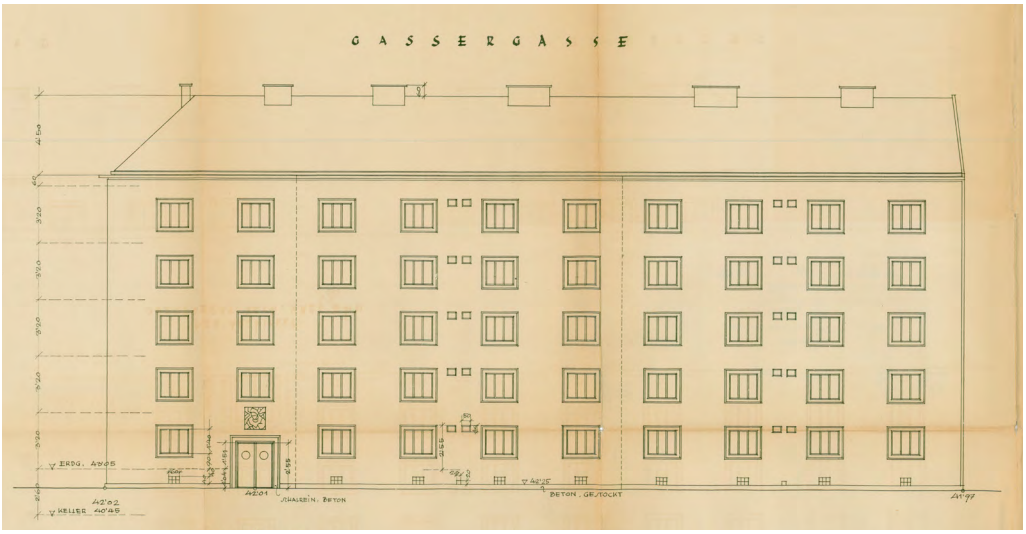


Abb. 36: Ansicht Gassergasse

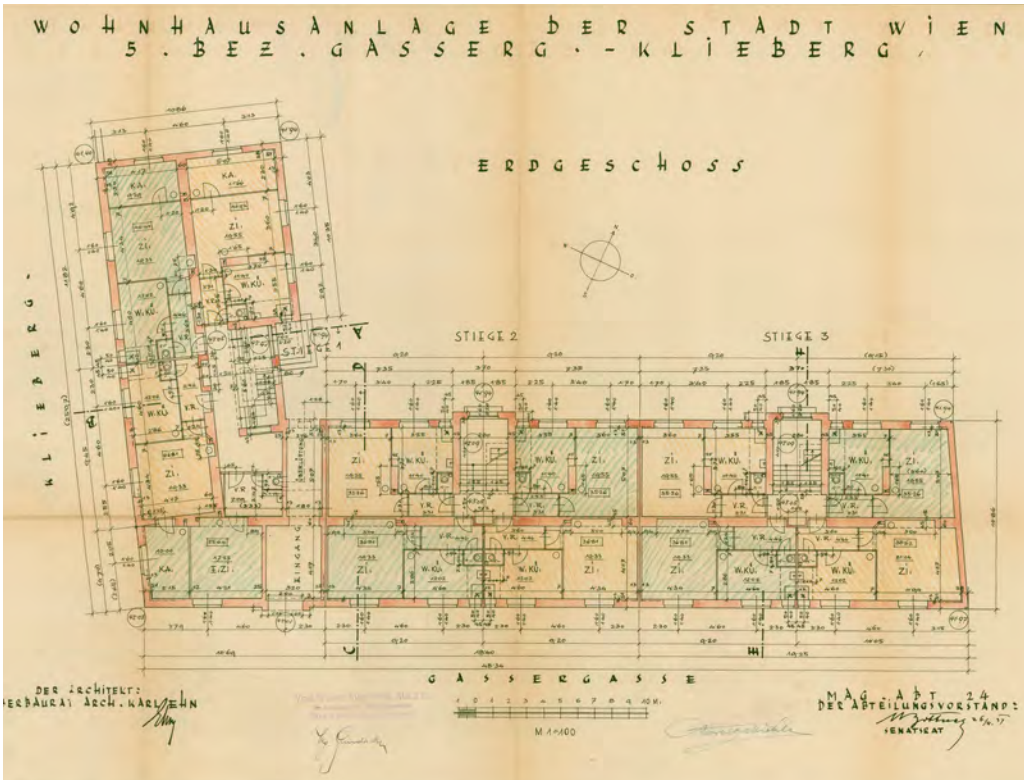


Abb. 37: Grundriss Erdgeschoss

5., Hauslabgasse 25

Architekt: Karl Ehn

Anzahl der Wohnungen: 20

Die Baulücke zwischen zwei Gründerzeithäusern wird durch einen symmetrischen Baukörper geschlossen. Auf ein um ein Halbgeschoss erhöhtes Erdgeschoss und vier Obergeschosse verteilen sich 20 Wohnungen mit Küche und Zimmer sowie zehn Wohnungen mit einem zusätzlichen Kabinett. Die klassischen „Gemeinde-Wien Typ"-Wohnungen sind zwischen 35 und 52 m^2 groß. Eine an der Straßenfassade liegende, halb gewendelte Stiege ermöglicht den Zugang zu sechs Wohnungen pro Stockwerk.

Durch das zurückspringende Stiegenhaus erhält der sonst schlichte Baukörper eine starke Plastizität. Die in der Höhe zu den Fenstern der Geschosse versetzten Stiegenhausfenster verleihen der symmetrischen Straßenfassade zusätzliche Dynamik. Der mittige Eingangsbereich liegt vor der Fassade des Stiegenhauses, in einer Ebene mit den Fassaden der seitlichen Bauteile. Er wird durch einen Rahmen aus Klinkermauerwerk mit Vor- und Rücksprüngen hervorgehoben. Das Sichtmauerwerk des Einganges geht links und recht in den ebenfalls aus Klinker bestehenden Sockel über. Die Putzrahmen der dreiflügeligen Fenster heben sich farblich von der restlichen Fassade ab.

Der sechsstöckige Mittelrisalit an der Rückseite des Gebäudes durchbricht die Schlichtheit der Hoffassade. Der abwechselnde Einsatz von zwei- und dreiflügeligen Fenstern lockert die starre Symmetrie zusätzlich etwas auf. Die Fenster sind ohne Umrahmung in die Putzfassade eingelassen.

Außer einer Waschküche gibt es keine anderen zusätzlichen Einrichtungen oder Geschäftslokale im Haus.

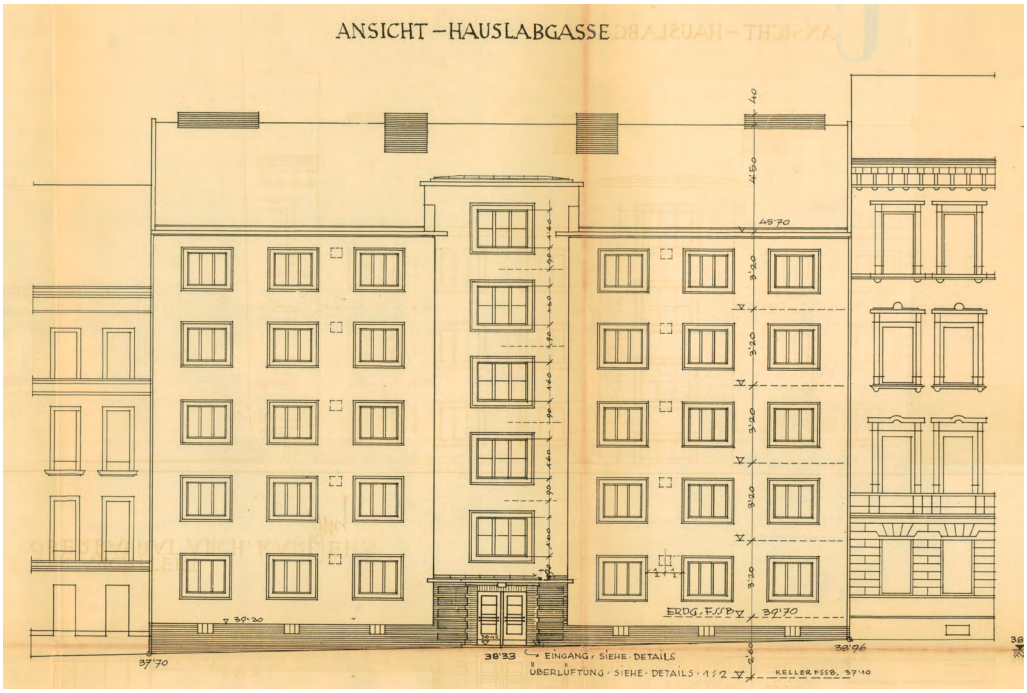


Abb. 38: Ansicht Hauslabgasse

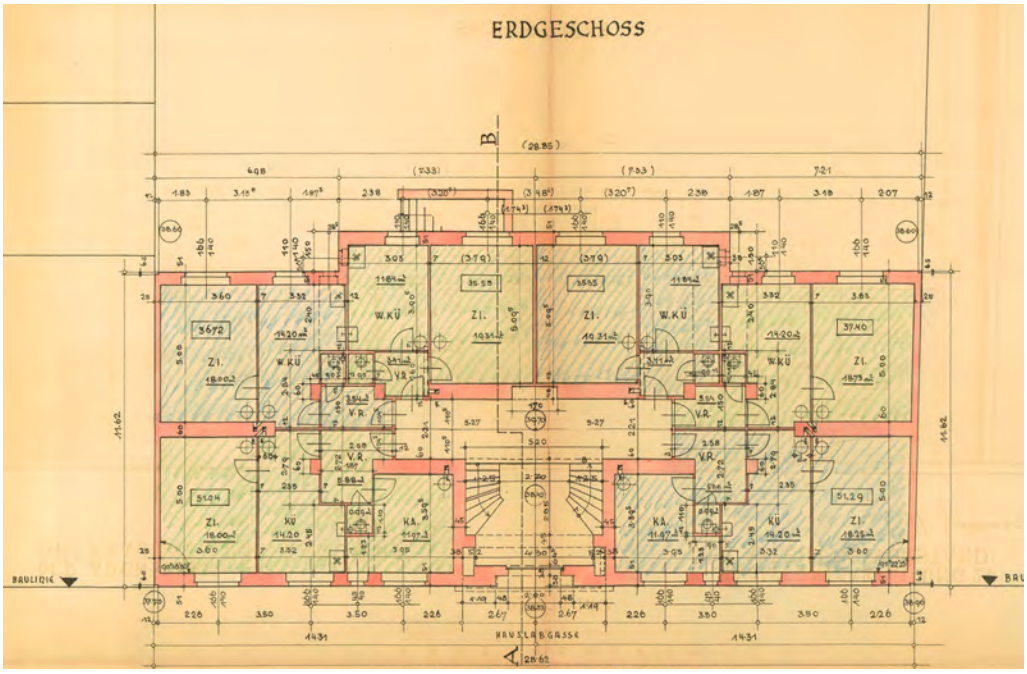


Abb. 39: Grundriss Erdgeschoss

5., Rechte Wienzeile 71

Architekt: Konstantin Peller

Anzahl der Wohnungen: 56

Die Blockrandbebauung folgt dem gebogenen Verlauf der Rechten Wienzeile. Die Krümmung wird durch drei Baukörper aufgenommen, wobei der mittlere leicht nach hinten versetzt ist. Die Aufteilung der drei Stiegen korrespondiert nicht mit der von der Straße aus zu vermutenden Teilung der Gebäudemassen. Jedes Stiegenhaus bietet vier Wohnungen pro Stockwerk Zugang. Insgesamt besteht das Wohnhaus aus vier Obergeschossen mit insgesamt 56 Wohnungen (51 Küche-Zimmer Wohnungen und fünf Küche-Zimmer-Kabinett Wohnungen) und zwei Geschäftslokalen im Erdgeschoss.

Die Straßenfassade zeigt einen relativ aufwändig gestalteten Mittelteil, welcher in seiner Höhe die Seitentrakte leicht überragt. Vier halbrunde Gaupen über einem ausgeprägten Gesims verstärken diesen Eindruck. Die sechs Fensterachsen werden durch Lisenen vertikal gegliedert. Der Eingangsbereich mit Gittertor und Schaufenstern ist durch Gesimse von der restlichen Fassade abgetrennt und anders verputzt. Über dem Einfahrtstor ist ein Steinrelief mit einer Sagendarstellung eingelassen. Die Sage des „Wassermännlein“ gibt dem Gebäude auch seinen Namen. Die beiden Seitenteile sind schlicht gestaltet und nur der Sockelbereich hebt sich gestalterisch vom Rest ab.

Hofseitig ist die Fassadengestaltung ebenso schlicht und gleichmäßig. Der Hof selbst ist großzügig ausgeformt.

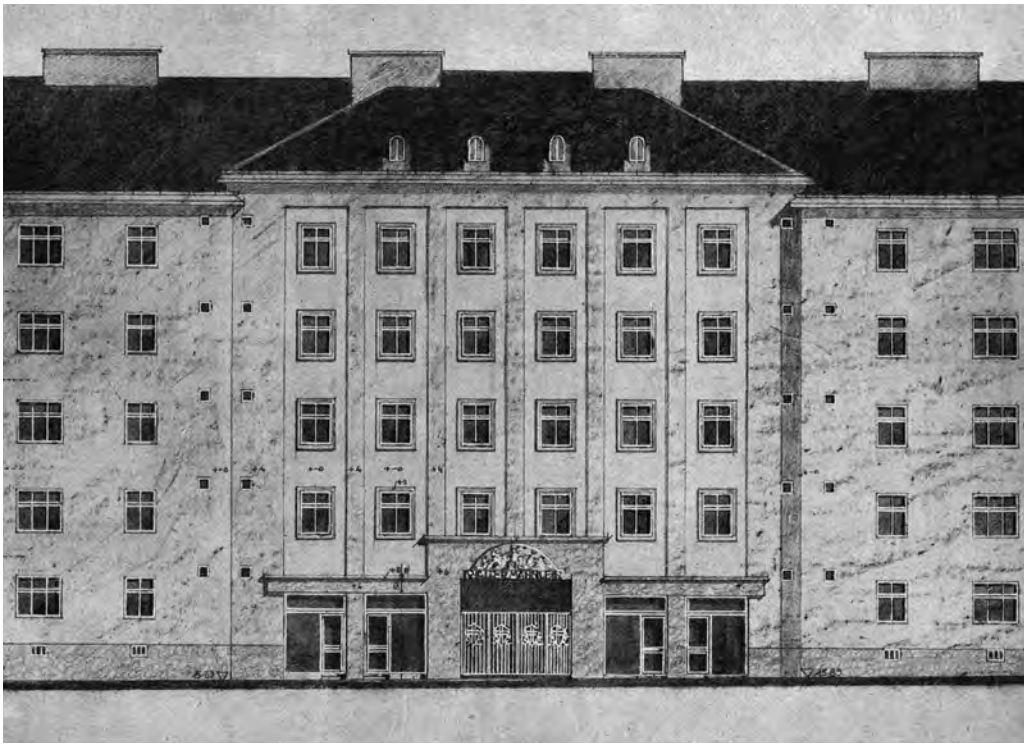


Abb. 40: Ansicht Rechte Wienzeile

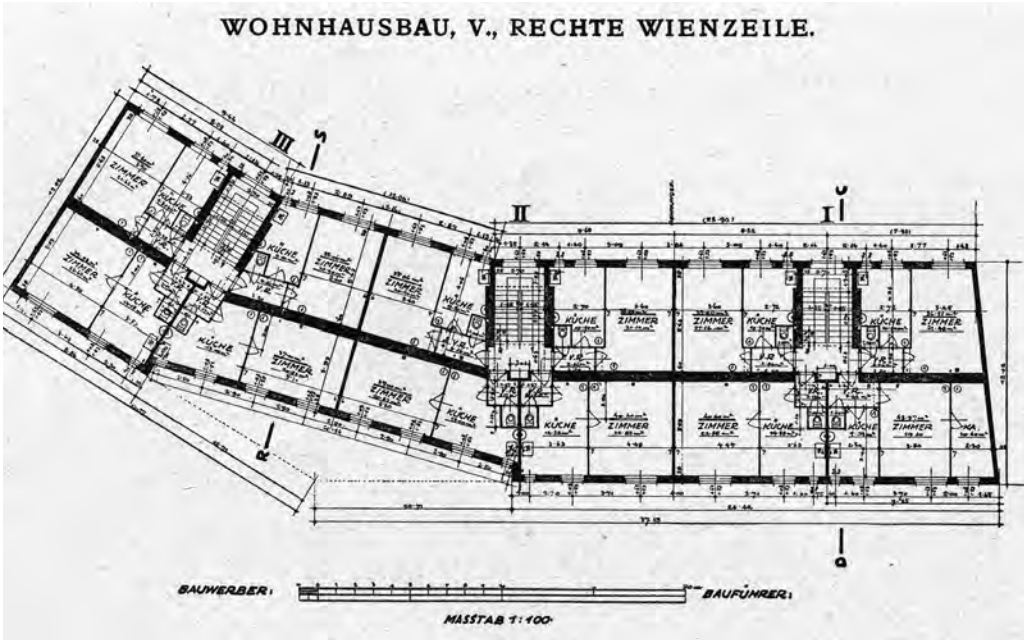


Abb. 41: Grundriss Regelgeschoss

5., Wiedner Hauptstraße 103

Architekt: Karl Ehn

Anzahl der Wohnungen: 9

Gleich anschließend an den Pfarrhof St. Florian (Wiedner Hauptstraße 105) mit großzügig bemessenen Wohnungen für Priester und Messdiener welche übrigens aus den staatlichen bzw. kommunale Mitteln des Assanierungsfonds finanziert wurden und die enge Verflechtung zwischen Staat und Kirche im Austrofaschismus gut aufzeigt, schließt der Wohnbau der Stadt Wien die durch den Abbruch des alten Pfarrhofes entstandene Baulücke.

Trotz der Größe des Bauwerks enthält dieses nur neun Wohnungen, wovon eine Wohnung im Erdgeschoß als Hauswartwohnung ausgewiesen ist. Die anderen acht Wohnungen sind paarweise auf die restlichen vier Obergeschosse verteilt. Die Erschließung erfolgt hofseitig durch eine zweiläufige Stiegenanlage. Die Wohnungen sind mit ca. 80 m² Nutzfläche mehr als doppelt so groß wie die typische Kleinwohnung mit Küche und Zimmer. Sie bestehen jeweils aus zwei großen Zimmern, einem Kabinett, großzügigem Vorraum, Küche, WC und eigenem Bad samt Wanne. Diese vergleichsweise luxuriöse Ausstattung steht im absoluten Widerspruch zur eigentlichen Intention des kommunalen Bauprogrammes, günstigen Wohnraum für arme Menschen zu schaffen.

Die Fassadengestaltung orientiert sich an der des anschließenden Pfarrhofes und ist sehr schlicht gehalten. Der Eingang liegt in der Symmetrieachse des Baukörpers. Beiderseits des Eingangs liegen die großen Schaufenster der beiden Geschäftslokale im Erdgeschoss. Über den Geschäftsportalen befindet sich eine durchgehende Fläche für Reklamezwecke. Die Fenster sind durchgehend zweiflügelig und mit schmalen Rahmen gefasst. Sie verteilen sich regelmäßig über acht Achsen auf der Fassade. Ein Dachgesims nimmt die Höhe des bestehenden Nachbargebäudes exakt auf und bildet einen optischen Abschluss des Gebäudes.

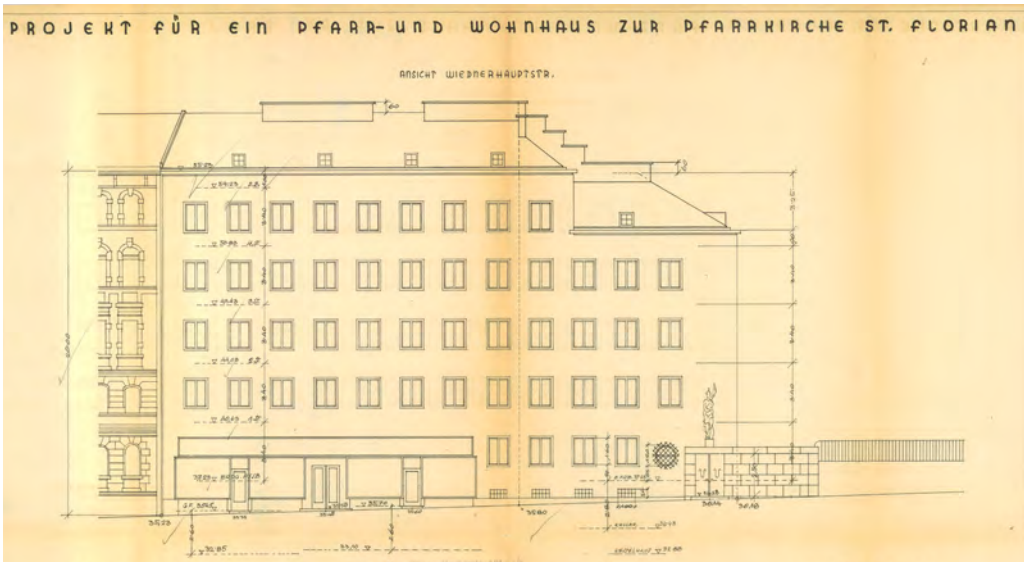


Abb. 42: Ansicht Wiedner Hauptstraße

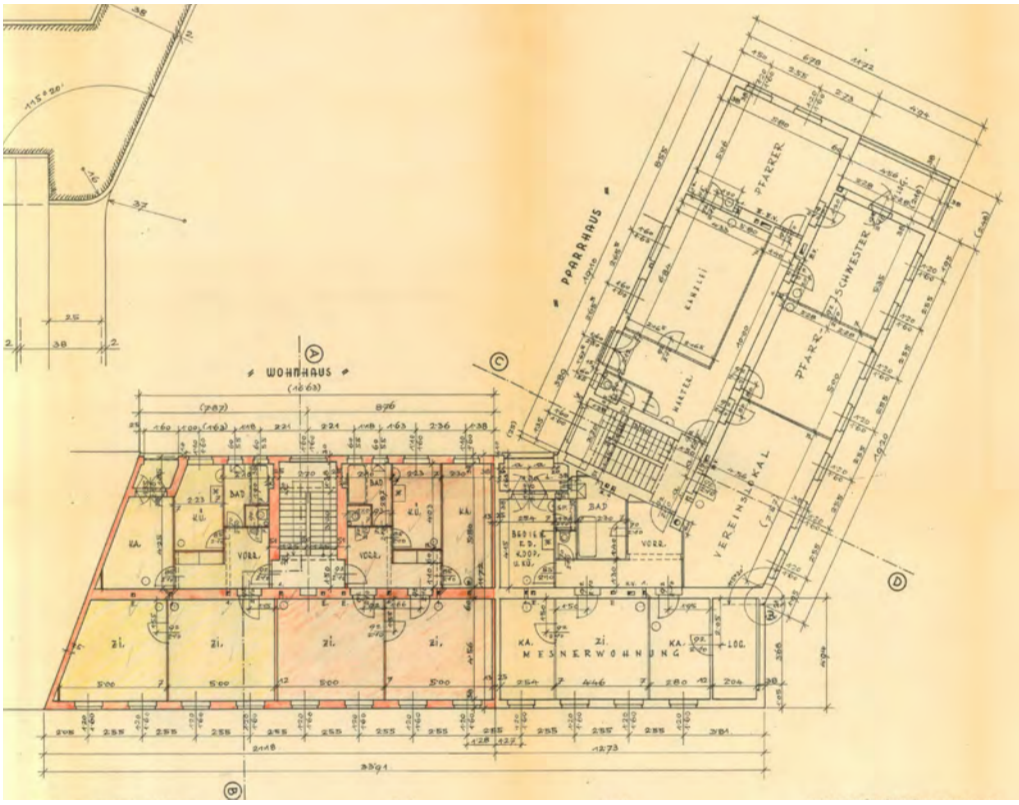


Abb. 43: Grundriss 1. Obergeschoss

5., Ziegelofengasse 12-14

Architekt: Franz Wiesmann

Anzahl der Wohnungen: 59

Die Verbauung der breiten Baulücke erfolgt durch drei an den Feuermauern gekoppelten Bauteilen. Die beiden äußeren Baukörper sind bis auf den ganz links außen situierten Durchgang nahezu ident, der mittlere Baukörper weicht leicht ab, ist aber in sich symmetrisch. In jedem Bauteil erschließt eine Stiege fünf Stockwerke. Die Stiegen 1 und 3 sind Vierspänner-Typen, Stiege 2 ein Dreispänner. Insgesamt gibt es in der Anlage 59 Wohnungen mit dem üblichen Mix aus Einzimmerwohnungen und Wohnungen mit Küche, Zimmer und Kabinett in unterschiedlichen Variationen. Auch bei diesem Wohnbau liegt der Schwerpunkt auf den Küche-Zimmer Wohnungen. Im Erdgeschoss der Stiegen 1 und 3 befinden sich jeweils zwei Geschäftslokale. Alle drei Stiegen sind vom sehr schmalen Hof aus zugänglich.

Die zwei Fensterachsen breiten Erker der beiden äußeren Gebäudeteile verleihen der ansonsten glatten Straßenfassade Struktur. Zusätzliche werden die Fenster der Erker durch eine gemeinsame Sohlbank und der Vertiefung des zwischen den Fenstern liegenden Putzfeldes verbunden. Selbiges kommt auch bei den vier Fensterachsen des Mittelteils zur Anwendung. Bei den mittleren beiden Fensterfeldern des 1. Obergeschosses wird in die Vertiefung des Putzes ein Steinrelief mit Arbeiterdarstellungen eingelassen. Die unterschiedliche Anordnung der kleinen quadratischen Küchenfenster in den beiden Erkern bricht die strenge Symmetrie der Fassade. Ein Gesims über dem Erdgeschoss teilt die Gebäudefront in der Höhe. Der Sockelbereich hebt sich durch seinen groben Verputz ab.

Die Risalite der Stiegenhäuser geben der Hoffassade Struktur. Die beiden äußeren ragen etwas weiter aus der Fassade wie der Mittelrisalit. Auch im Hof ist der Sockelbereich grob verputzt. Die Hofgestaltung selbst ist sehr schlicht.

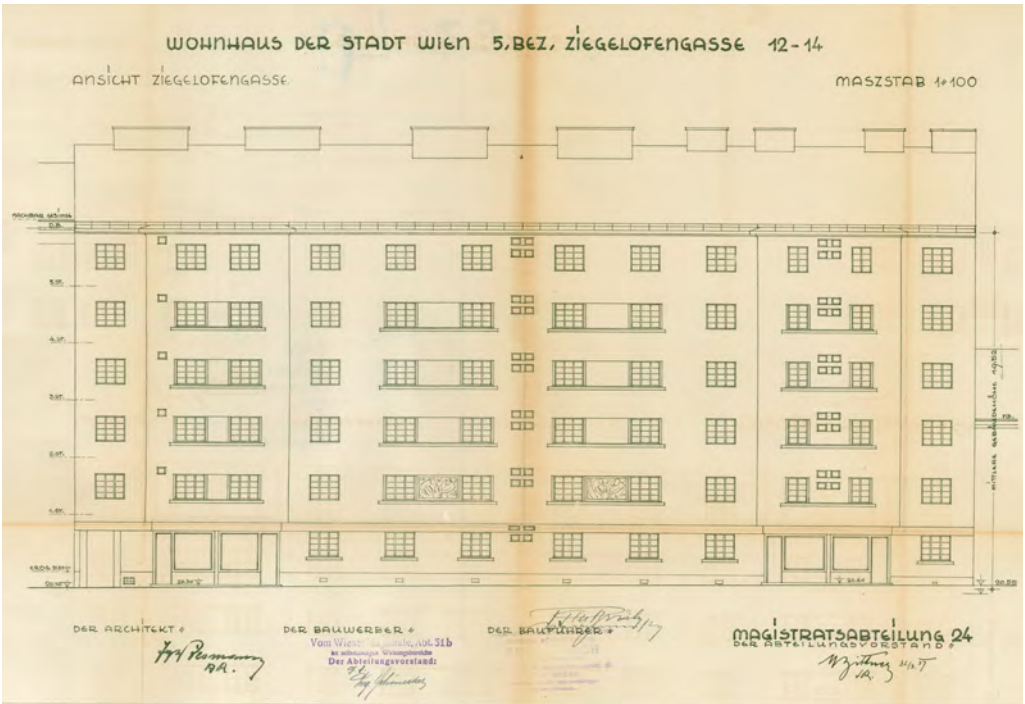


Abb. 44: Ansicht Ziegelofengasse

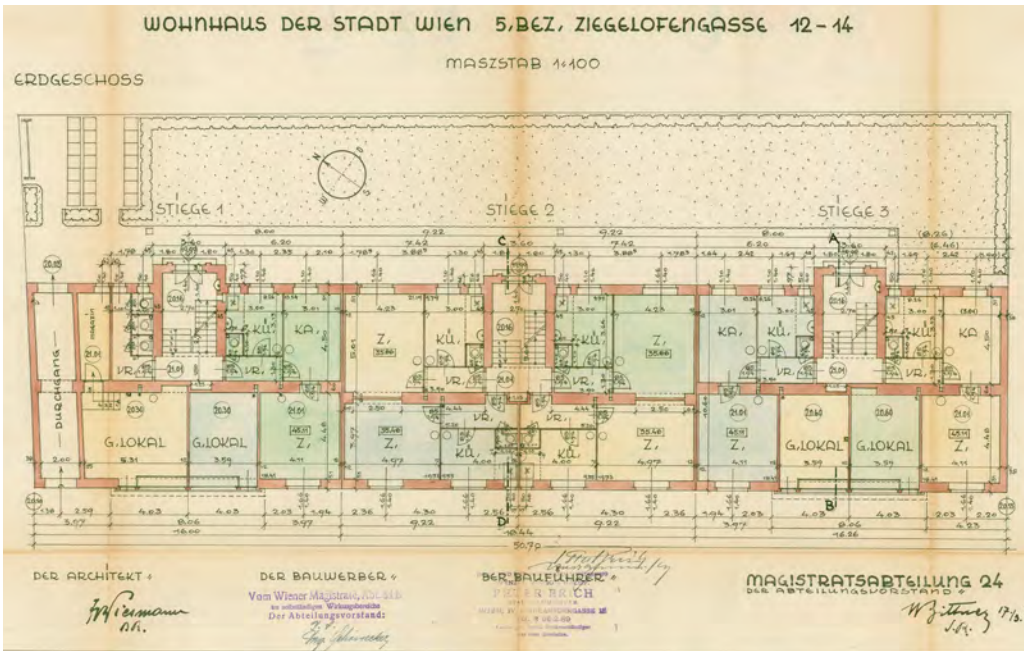


Abb. 45: Grundriss Erdgeschoss

7., Mondscheingasse 9

Architekt: Walter Pind

Anzahl der Wohnungen: 59

Die Baulücke in der Mondscheingasse 9 verlangte aufgrund ihrer Geometrie eine relativ komplexe Grundrisslösung. Die Anpassung an die neue Baulinie machte eine Abtreppung des Baukörpers notwendig. Um spitz zulaufende Räume zu umgehen wurde auf die maximale Ausnutzung des Grundstücks verzichtet, wodurch ein großzügiger Vorplatz vor dem Eingang entsteht. Der Eingang selbst liegt beinahe mittig in der Gebäudefront. Der Erschließungskern mit halbgewendelter Stiege und Aufzug im Stiegenauge für die fünf Stockwerke liegt links gegenüber dem Lichthof des angrenzenden Bestandsgebäudes.

Im leicht erhöhten Erdgeschoss gibt es neben zwei Wohnungen eine Hausbesorgerwohnung und ein kleines Geschäftslokal. Die Größe der insgesamt 18 Wohnungen von 50 bis 75 m^2 und deren Ausstattung mit Brause- oder Wannenbad sowie das Vorhandensein von Lift und Hausbesorger zeigen, wie in der Wiedner Hauptstraße 103, ein komplettes Abweichen vom Kleinwohnungsprogramm. Zwei der drei Wohnungen jedes Stockwerks haben entweder zum Hof oder zur Straße Balkone.

Sockel- und Erdgeschosszone heben sich durch ihre Gestaltung von der restlichen Straßenfassade ab. Der Sockel ist grob verputzt, beim Erdgeschoss ist die Putzfläche mit Rillen horizontal in drei breite Streifen geteilt. Ein halbrunder Erker in der Achse des Einganges mit polygonalen Fenstern dominiert diese Schauseite. Die Eckfenster sind um die Ecke mit einer umlaufenden Sohlbank und einem vertieften Putzfeld verbunden. Über dem Schaufenster des Geschäftslokales befindet sich eine sakrale Darstellung. Ob es eine Figur oder ein Wandbild ist lässt sich aus den Plandarstellungen nicht ablesen.

Die hofseitige Fassade weist bei den Balkonen einen Rücksprung auf. Zusätzliche Gestaltungselemente fehlen. Der kleine Hinterhof ist bis auf eine Betonfläche mit Stangen zum Teppich klopfen nicht weiter gestaltet.

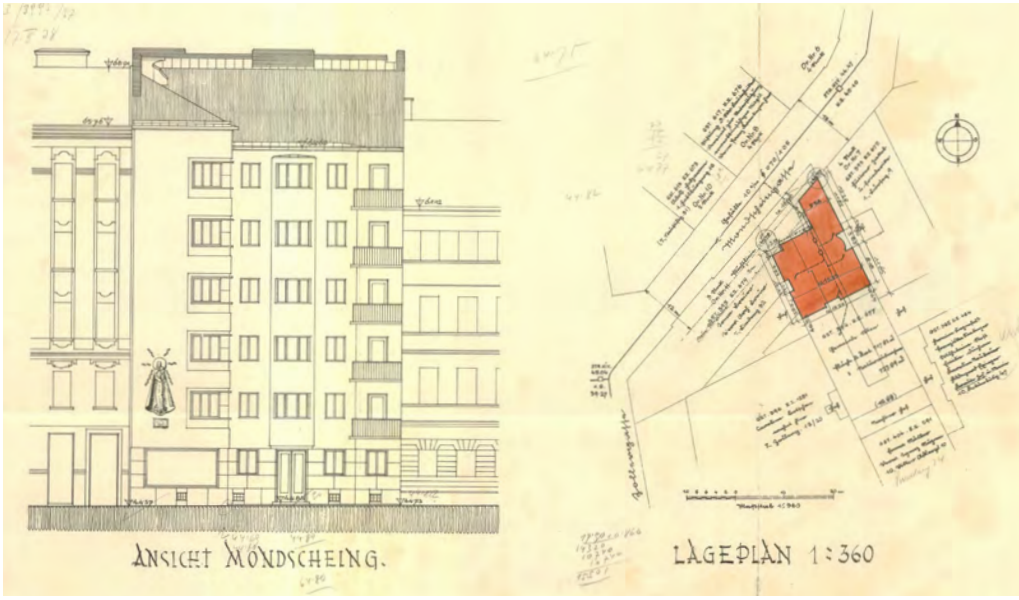


Abb. 46: Ansicht Mondscheingasse, Lageplan

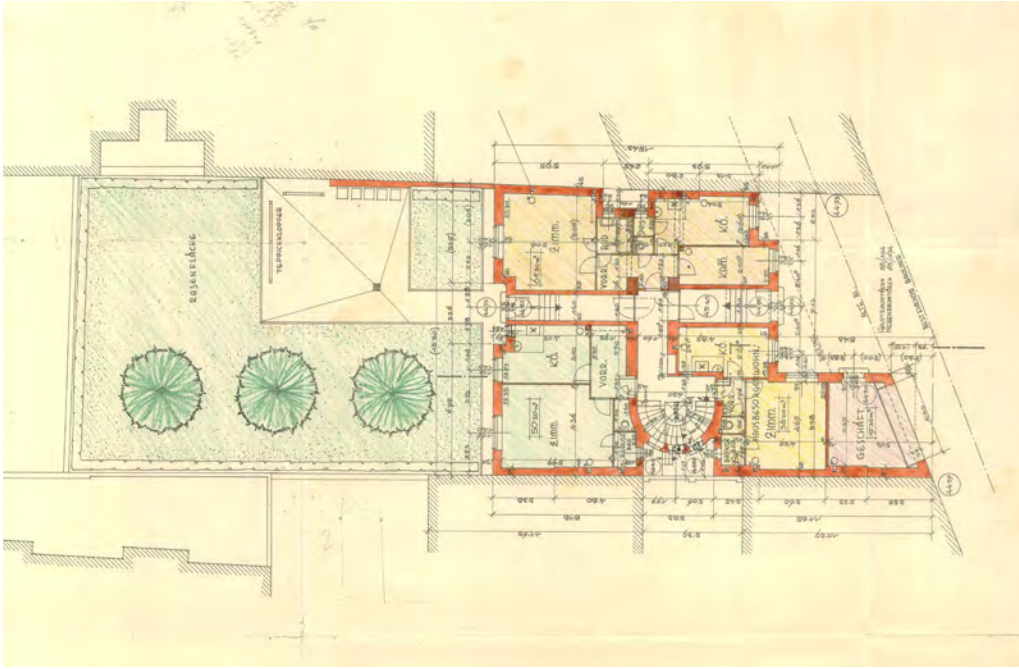


Abb. 47: Grundriss Erdgeschoss

7., Neustiftgasse 14

Architekt: Otto Nadel

Anzahl der Wohnungen: 22

Nach Abbruch des Altbestandes wurde die schmale und tiefe Baulücke durch ein Vorder- und ein Hinterhaus verbaut. Beide Häuser zusammen haben 22 Wohnungen. Diese verteilen sich im Vorderhaus auf fünf Obergeschosse und im Hinterhaus auf vier Obergeschosse auf. Das Erdgeschoss im Bauteil an der Neustiftgasse hat im Erdgeschoss zwei Geschäftslokale und einen Lagerraum. Im hinteren Bauteil befinden sich im Erdgeschoss vier Lagerräume. Beide Gebäude werden durch ein nach hinten ausragendes Stiegenhaus erschlossen. Es gibt insgesamt fünf Wohnungen mit Küche und zwei Zimmern, 13 Wohnungen mit Küche und Zimmer und vier Einzimmerwohnungen. Die Wohnungsgrößen bewegen sich zwischen 25 und 54 m^2. Das Vorderhaus ist als Zweispänner-Typ konzipiert, das Hinterhaus als Dreispänner.

Die Straßenfassade an der Neustiftgasse ist schlicht und symmetrisch aufgebaut. Die Fenster sind in drei Achsen gleichmäßig über die Gesamtbreite verteilt und gerahmt. Im Bereich der Erdgeschosszone befinden sich große Schaufenster für die beiden Lokale und der Hofdurchgang im rechten Eck des Gebäudes. Es gibt keinerlei horizontale Gliederung der Fassade und auch keine erkennbaren Sockel.

Die vordere Hofansicht des Hinterhauses ist ebenso symmetrisch aufgebaut. Jedoch dominiert ein Mittelrisalit mit markantem Giebeldach die Fassade. Auch hier gibt es drei Fensterachsen mit gerahmten Fenstern. Eine horizontale Teilung mittels Gesimse gibt es auch hier nicht.

Die Rückseite des Vorderhauses weist ebenfalls ein Risalit im Bereich des Stiegenhauses auf. Es ist leicht nach links versetzt und die kürzere Fassadenseite springt etwas weiter zurück. Zusätzlich verstärken die unterschiedlich breiten Fenster den asymmetrischen Eindruck. Beim Hinterhaus gibt es einen Versatz an der rückwärtigen Fassade. Ansonsten ist sie symmetrisch aufgebaut. Die in der Höhe versetzten Fenster des Stiegenhauses lockern die starre Ansicht auf.

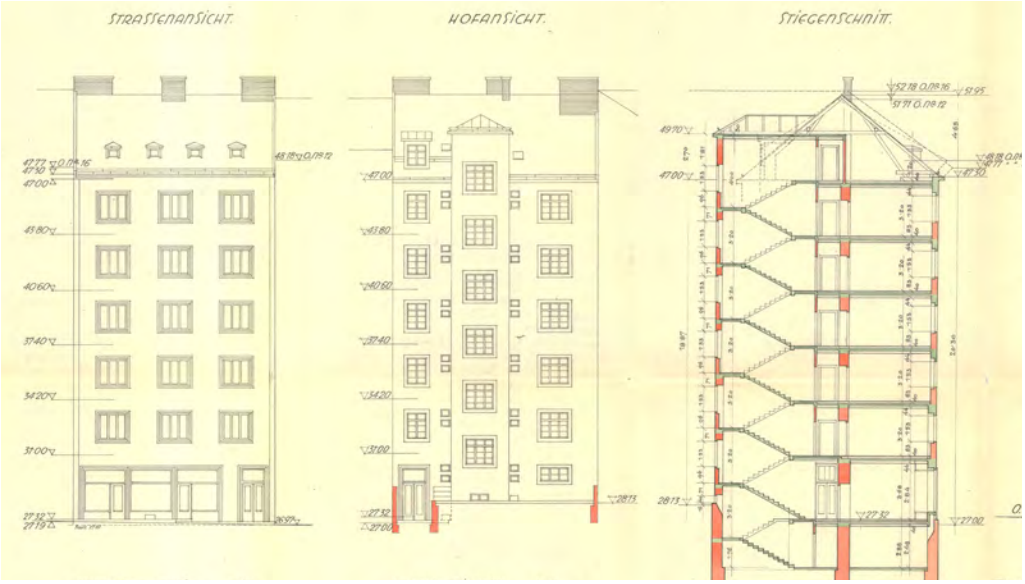


Abb. 48: Ansicht Neustiftgasse, Hofansicht, Schnitt (Vorderhaus)

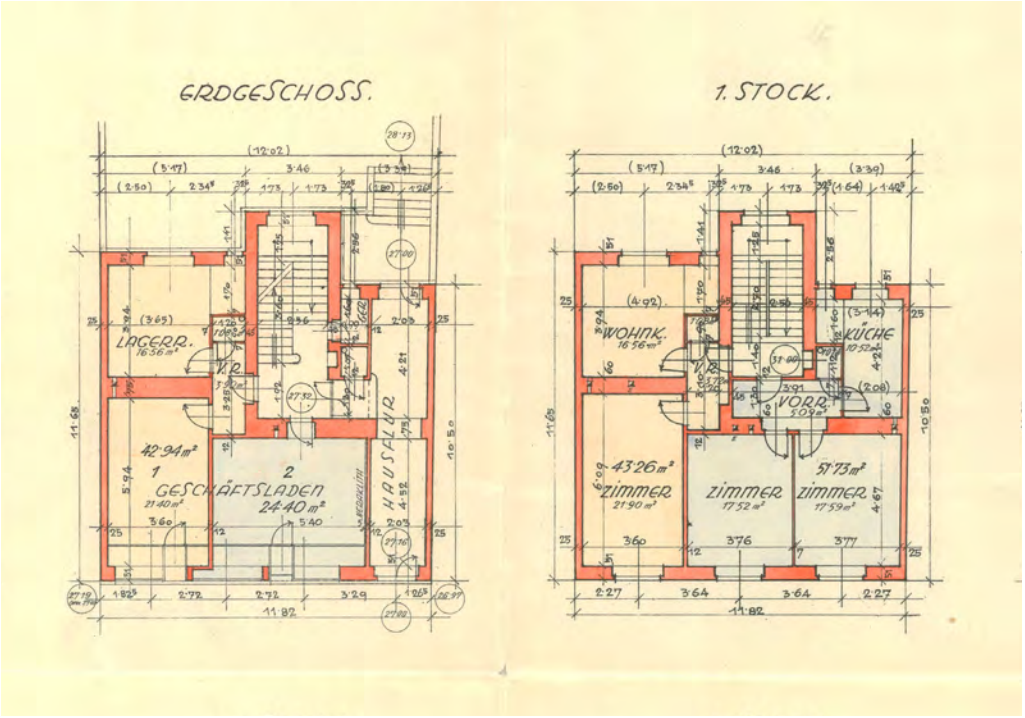


Abb. 49: Grundriss Erdgeschoss, 1. Obergeschoss (Vorderhaus)

9., Marktgasse 15-17

Architekt: Franz Wiesmann

Anzahl der Wohnungen: 11

Die Lückenverbauung der beiden zusammengelegten schmalen Grundstücke erfolgt mit einem fünfgeschossigen Wohnbau bestehend aus Tief- und Hochparterre und drei Hauptgeschossen. Im Tiefparterre befinden sich zwei Magazine und Kellerabteile. Die Wohnungen beginnen ab dem Hochparterre mit zwei Wohnungen und jeweils drei Wohnungen in den folgenden Geschossen. Es gibt elf Wohnungen, davon acht Küche-Zimmer mit 40 bis 48 m^2 und drei Einzimmerwohnungen mit 22 m^2. Die Erschließungszone liegt in der Mittelachse des Baukörpers an der Hofseite.

Eine geplante Anhebung des Geländes, die jedoch nie ausgeführt wurde hatte zur Folge, dass der Eingangsbereich die doppelte Raumhöhe aufweist. Zudem sollten die künftig unter dem Straßenniveau liegenden Räumlichkeiten zu Kellerabteilen umgewandelt werden und der Eingang ebenerdig erfolgen.

Durch diese nicht durchgeführte Aufschüttung wirkt die Straßenfassade im Sockelbereich sehr überhöht. Die Fassade springt über der sehr markanten Betoneinrahmung der Eingangstür leicht nach vorne. Ein breites Gesims trennt Hochparterre und 1. Stock. Fenster und Türen liegen in drei Achsen exakt übereinander. Die kleinen Zusatzfenster der Küchen brechen die Symmetrie der Fassade. Massive Sohlbänke erzeugen eine horizontale Betonung der schlichten Schauseite.

An der Hofansicht spiegelt sich die Symmetrie der Straßenansicht wieder. Das Stiegenhaus zeichnet sich an ihr in Form eines Mittelrisalits ab. Die zweiflügeligen Fenster des Stiegenhauses sind zu den dreiflügeligen Wohnungsfenstern um ein Halbgeschoss versetzt.

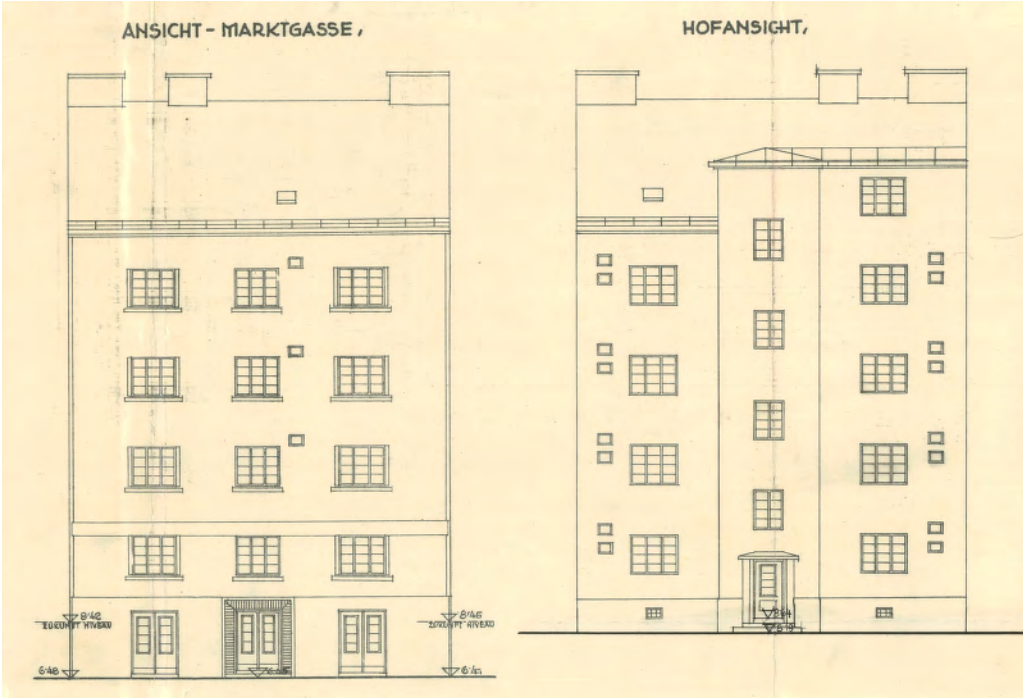


Abb. 50: Ansicht Marktgasse, Hofansicht

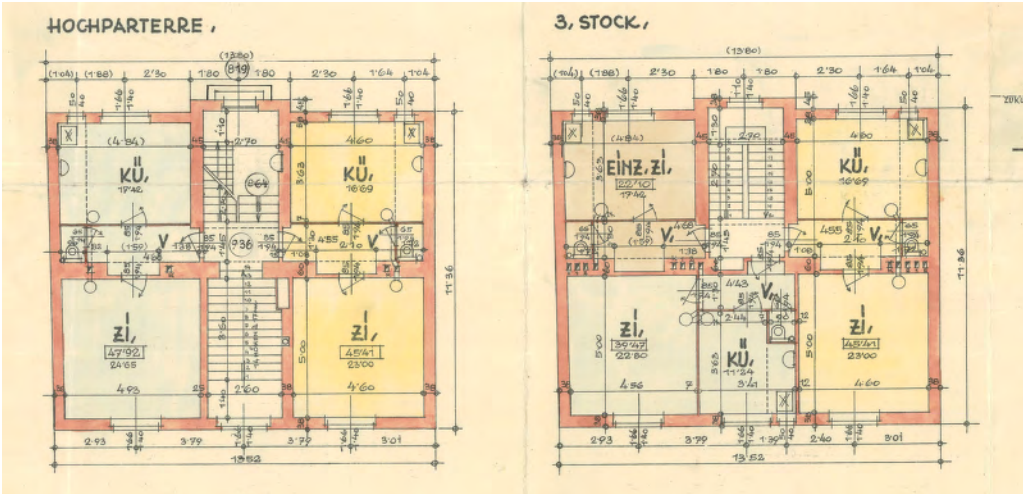


Abb. 51: Grundriss Hochparterre, 3. Obergeschoss

9., Reznicekgasse 18-22

Architekt: Franz Wiesmann

Anzahl der Wohnungen: 61

Das Wohnhaus in der ehemaligen Wagnergasse schließt einen offenen Baublock an dessen schmaler Nordseite. Das Gebäude besteht aus zwei Eckbauten und einem verbindenden Mitteltrakt. Die Hauptfront ist inkl. Erdgeschoss vier Geschosse hoch, die kurzen Seitentrakte jeweils ein Stockwerk niedriger. Da im Bezirksteil Lichtental eine spätere Geländeanhebung geplant war ist auch in diesem Wohnhaus (so wie in den Wohnhäuser in der Marktgasse und Salzergasse) das Erdgeschoss um ein Stockwerk nach oben versetzt. Drei- und Vierspänner-Typen erschließen die 61 Wohnungen. Im Kellergeschoss gibt es an dem beiden Ecken jeweils ein Geschäftslokal.

Der Eingangsbereich und die Säulen zwischen den Schaufenstern und an den Gebäudeecken sind als Sichtmauerwerk mit Klinker ausgeführt. Der Hauseingang wird durch ein kleines Vordach geschützt. Über dem Kellergeschoss ist ein breites Gesimse zur Gliederung der Fassade angebracht. Die beiden äußeren Fensterachsen der Seitenflügel und die vier mittleren Fensterachsen der Hauptfront sind durch vertiefte Putzfelder und durchgängige Sohlbänke optisch verbunden. An den Gebäudeecken werden die Fassaden ebenfalls mit durchlaufenden Sohlbänken verbunden. An der Kreuzung Wiesengasse/Reznicekgasse ist die spitze Ecke des Grundstücks abgeschnitten. Außerdem befindet sich hier zwischen dem ersten und dem zweiten Wohngeschoss ein dreiteiliges Relief. Über dessen Inhalt gibt es keine Erläuterungen. Die restliche Fassadengestaltung ist schlicht und schmucklos.

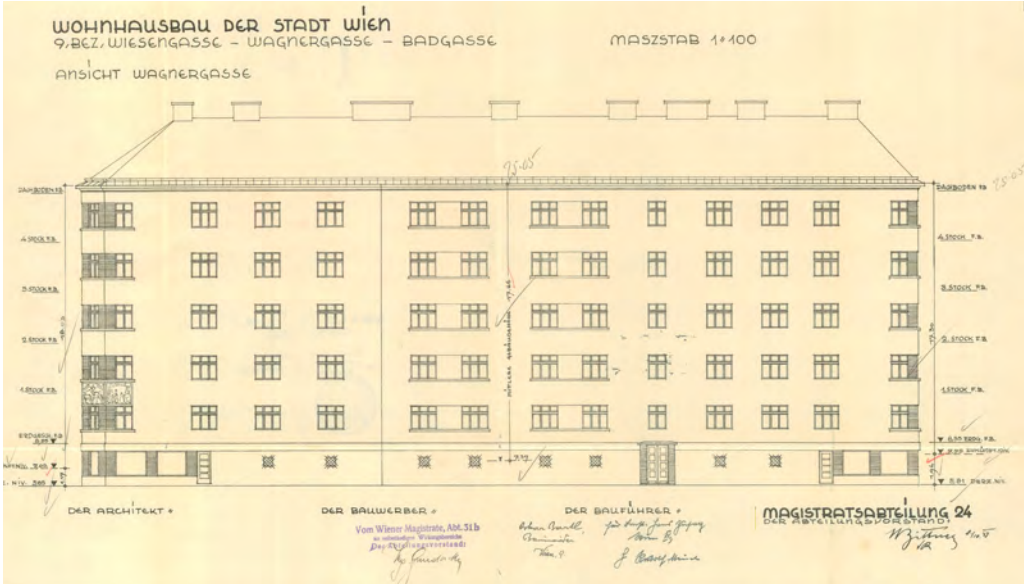


Abb. 52: Ansicht Reznicekgasse (ehem. Wagnergasse)

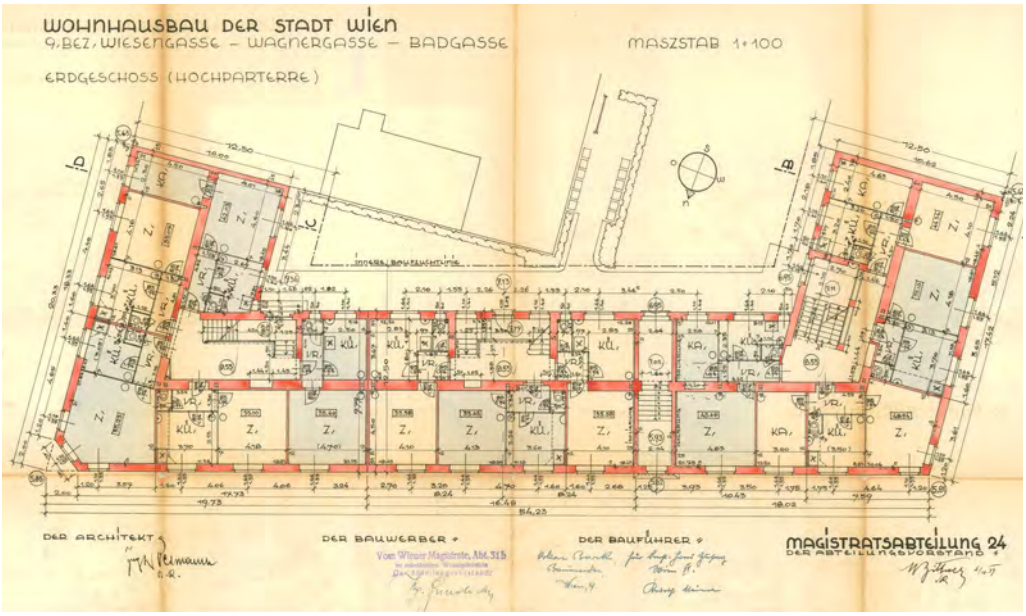


Abb. 53: Grundriss Erdgeschoss

9., Rufgasse 4

Architekt: Erich Leischner

Anzahl der Wohnungen: 47

Das Wohnhaus in der Rufgasse 4 liegt an der Kreuzung zweier stark ansteigender Straßen. Die Blockrandverbauung besteht aus vier Gebäudeteilen mit ebenso vielen Stiegen. Die Grundrisse der Stiegen 3 und 4 sind absolut ident. Stiege 2 ist eine an der Querachse gespiegelte Variante der Stiegen 3 und 4. Die Gebäudeecke ist aufgelöst und springt hinter die Baufluchtlinie zurück. Das Wohnhaus hat 47 Wohnungen verteilt auf Erdgeschoss und drei Obergeschosse. Es gibt 28 Küche-Zimmer Wohnungen, 15 Küche-Zimmer-Kabinett Wohnungen und vier Wohnungen mit Küche und zwei Zimmern. Die Größen entsprechen dem üblichen Kleinwohnungsstandard von 35 bis 45 m^2. Ein Hofdurchgang mit Zugang zur Stiege 1 führ in einen parkähnlich gestalteten Innenhof, von dem aus die restlichen Stiegen zugänglich sind. Aufgrund des Straßengefälles liegt das Kellergeschoss an der Kreuzung Nussgasse/Rufgasse zur Gänze über dem Gelände. An dieser Stelle befindet sich ein Geschäftslokal. Ein zweites Geschäftslokal gibt es neben dem Hauseingang in der Rufgasse.

Die Straßenansicht zur Rufgasse wird vom Rücksprung an der Gebäudeecke und dem Erker der Stiege 1, welcher auf zwei massiven Betonkonsolen ruht, bestimmt. Im Gegensatz dazu wird die Fassade zur Nussgasse nur durch die abwechselnden zwei- und dreiflügeligen Fenster rhythmisiert. An beiden Seiten gibt es keine Fenstereinfassungen. Ein Sockelgesims hebt den grob verputzten Sockel etwas ab. Trotz des großen Höhenunterschiedes entlang der Fassade geht die Oberkante des Sockels waagrecht durch. Erst im Bereich des Erkers in der Rufgasse springt die Sockellinie nach oben und zieht sich über das Schaufenster und die Hauseingangstüre.

Die Hoffassaden sind wie die Straßenfassaden schlicht gestaltet. Auch hier gibt es einen grob verputzten Sockel mit Gesims welcher im Bereich des Hofdurchgangs nach oben springt. Der Baukörper wird durch die ausragenden Stiegenhäuser aufgelockert.

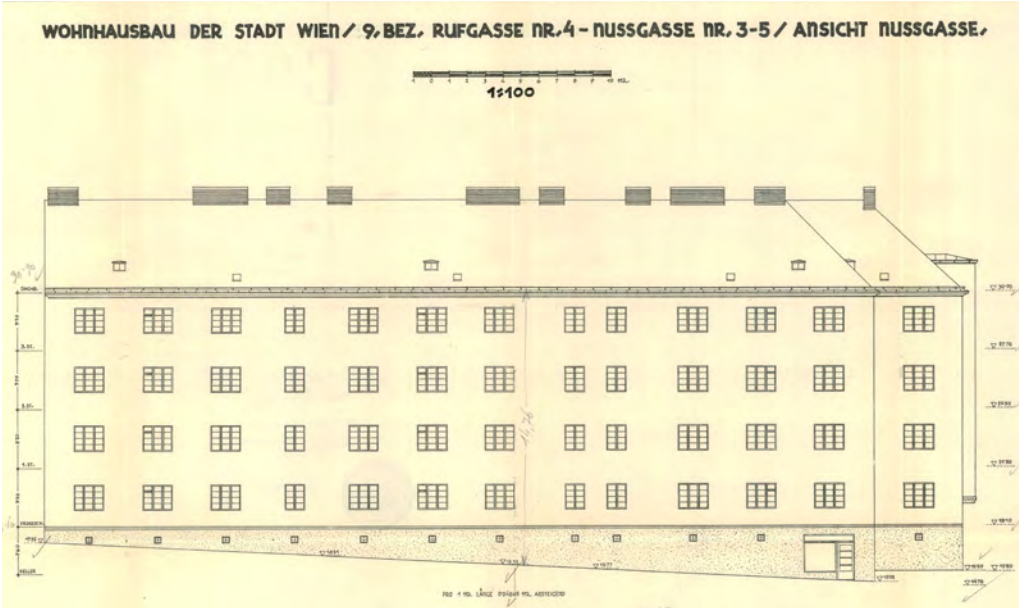


Abb. 54: Ansicht Nußgasse

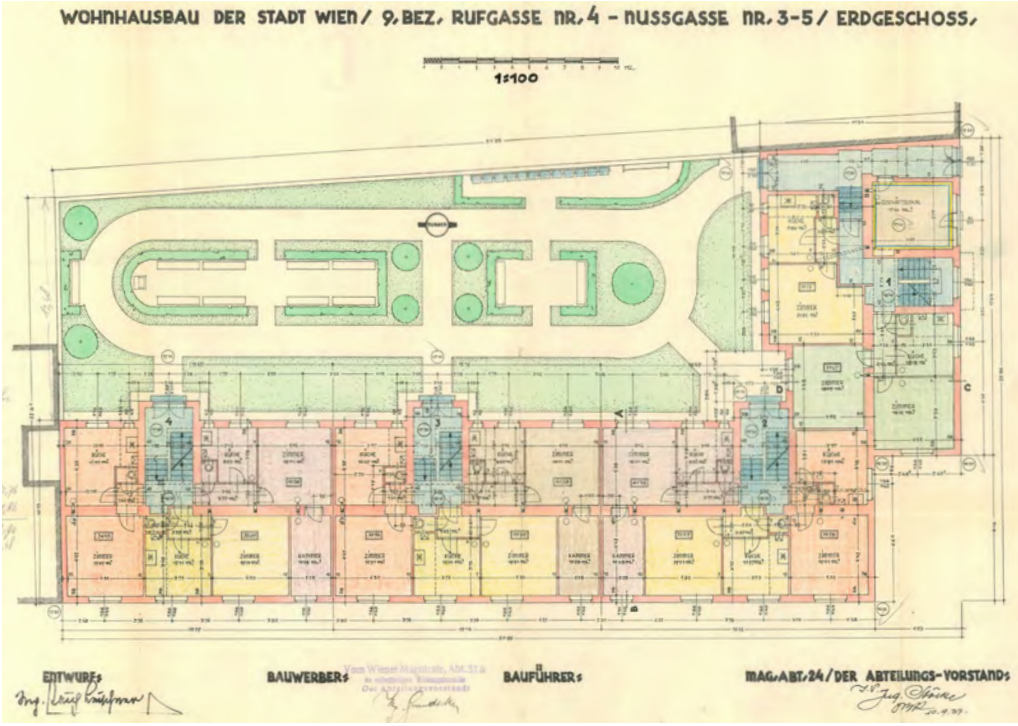


Abb. 55: Grundriss Erdgeschoss

9., Salzergasse 12

Architekt: Franz Wiesmann

Anzahl der Wohnungen: 10

Das Wohnhaus in der Salzergasse 12 ist bis auf Kleinigkeiten eine exakte Wiederholung des Gebäudes in der Marktgasse 15-17. Fassadengestaltung und genereller Aufbau (Erschließung, Stockwerksanzahl, etc.) sind vom fünf Monate früher eingereichten Projekt übernommen worden. Einzig die Anzahl der Wohnungen und deren Aufteilung weichen geringfügig ab. Durch den Verzicht auf drei Einzimmerwohnungen und deren Kompensierung durch zwei Küche-Zimmer Wohnungen sind in diesem Wohnhaus nur mehr zehn anstatt elf Wohnungen vorhanden.

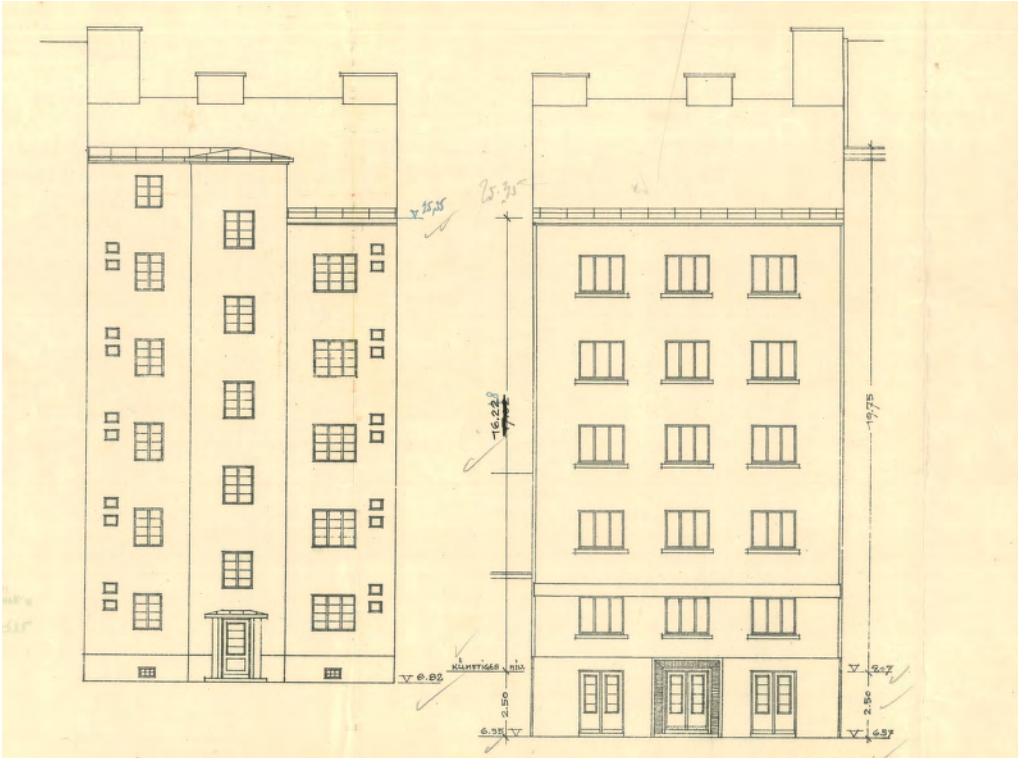


Abb. 56: Hofansicht, Ansicht Salzergasse

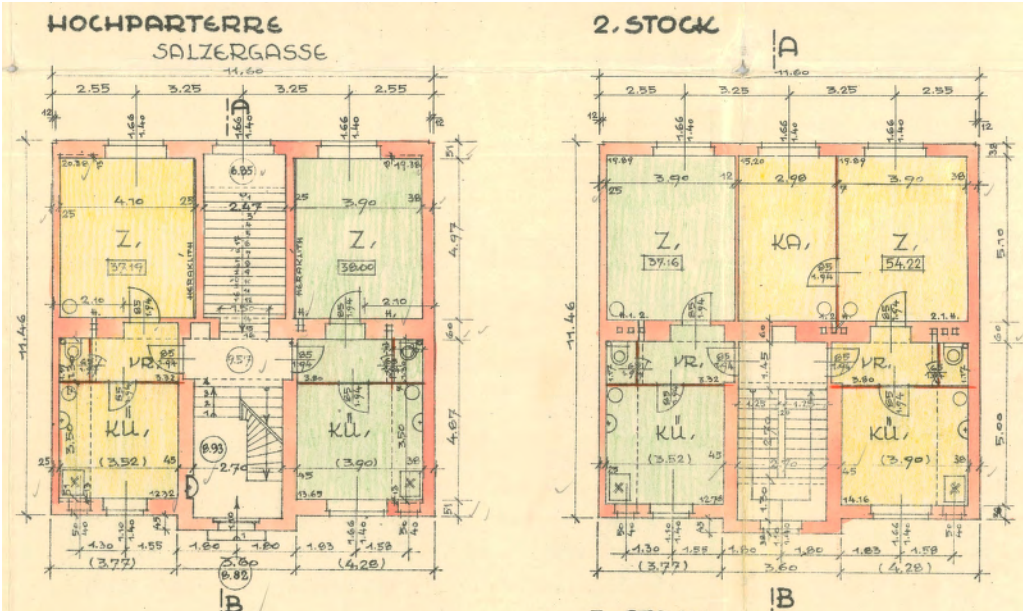


Abb. 57: Grundriss Hochparterre, 2. Obergeschoss

10., Buchengasse 25-37

Architekt: Konstantin Peller

Anzahl der Wohnungen: 189

Über einen ganzen Baublock des gründerzeitlichen Rasters erstreckt sich der größte aller Gemeindebauten der austrofaschistischen Zeit. 189 Kleinwohnungen verteilen sich über insgesamt 18 Stiegen, die allesamt vom Innenhof aus begehbar sind. Die Größe des Innenhofes ergibt sich durch die Blockrandverbauung und einer Bebauungsdichte von nur 33%. An drei Seiten ist das Grundstück geschlossen verbaut. An der Puchsbaumgasse ist der Block in dessen Mitte auf einer länge von ca. 45 m durchbrochen. Der Durchbruch ist mit einer Mauer eingefriedet und besitzt einen großen Haupteingang und zwei kleine Nebeneingänge. Die Ecken des Baublocks sind aufgelöst.

Die Wohnungen teilen sich in 131 Küche-Zimmer Wohnungen, 48 Küche-Zimmer-Kabinett Wohnungen, acht Küche-Zimmer-zwei Kabinette Wohnungen und zwei Einzimmerwohnungen auf. Hinzu kommen eine Fürsorgestelle und eine Mutterberatungsstelle. Im Keller befinden sich mehrere Brausebäder. Der Wohnblock besteht aus Erdgeschoss und vier Obergeschossen. Durch das abfallende Gelände gibt es an den beiden kürzeren Gebäudeseiten einen Höhensprung. Das Erdgeschoss ist zum Innenhof um ein Halbgeschoss nach oben versetzt. Die einzelnen Gebäudeteile sind Zwei-, Drei- oder Vierspänner-Typen.

Die Straßen- und Hoffassaden sind gleichwertig gestaltet. Glatter Verputz und glatt eingeschnittene Fenster wechseln sich mit Erkern, die sich über eine bis drei Fensterachsen erstrecken ab. Die Fenster in den Erkern haben gesimsartige Sohlbänke und Stürze. An den Gebäudeecken laufen Sturz- und Sohlbankgesims durch. Im Innenhof wird die Fassade durch die vorspringenden Stiegenhäuser rhythmisiert. Die Sockelzone ist straßenseitig profiliert und hofseitig glatt, aber springt leicht hinter die Hauptfassade zurück.

Es gibt Indizien, dass dieses Wohnhaus ursprünglich als Familienasyl (St. Johann) geplant war. Die Anzahl der Wohnungen ist im Vergleich zu den anderen Bauten enorm. Nur Familienasyle haben sonst so viele Wohnungen. Brausebad, Fürsorgestelle und Mutterberatungsstelle sind auch typische Einrichtungen eines Familienasyls. Hinzu kommt noch die Aufschrift am Gebäude selbst:

„Diese Wohnhausanlage hat die Stadt Wien im Jahre 1936 begonnen und wurde 1938 vollendet“

Bis 1936 wurden nur Familienasyle gebaut. Das Kleinwohnungsprogramm startete aber erst 1937/38. Es ist durchaus möglich, dass das Gebäude als Familienasyl begonnen wurde, aber später in ein Kleinwohnhaus umgeplant und so gebaut wurde. Die vorliegenden Pläne wurden erst im Juli 1937 eingereicht und bekräftigen diese Annahme.

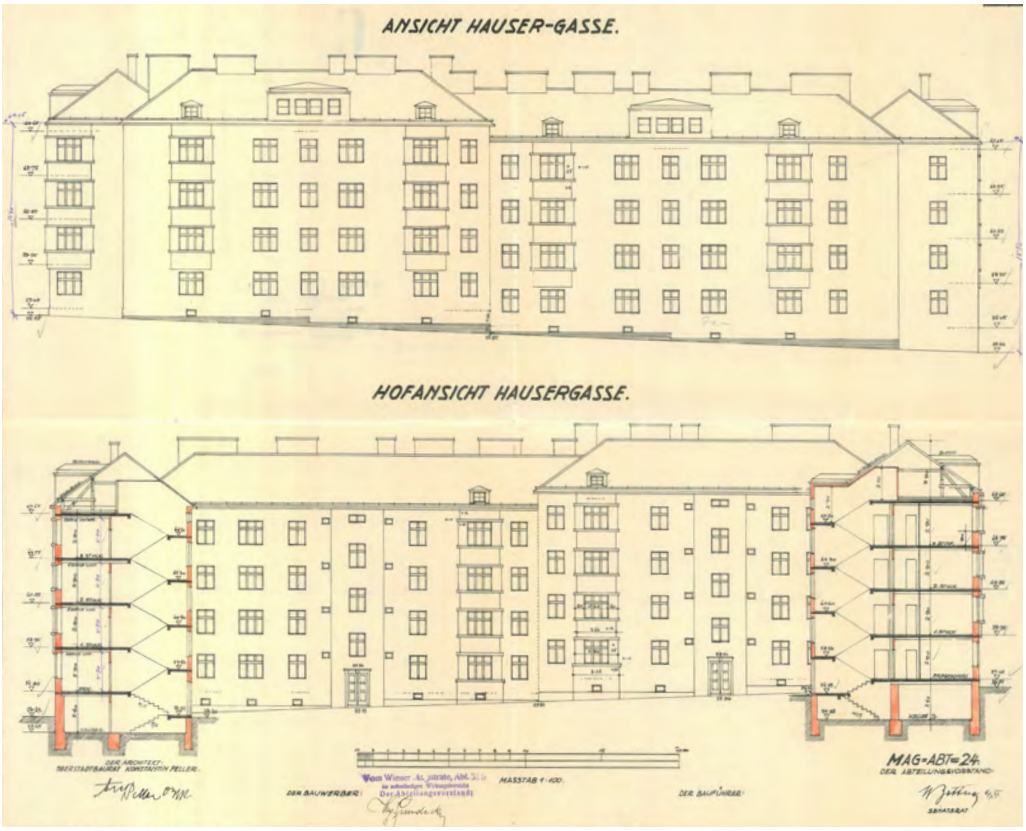


Abb. 58: Ansicht Hausergasse, Hofansicht

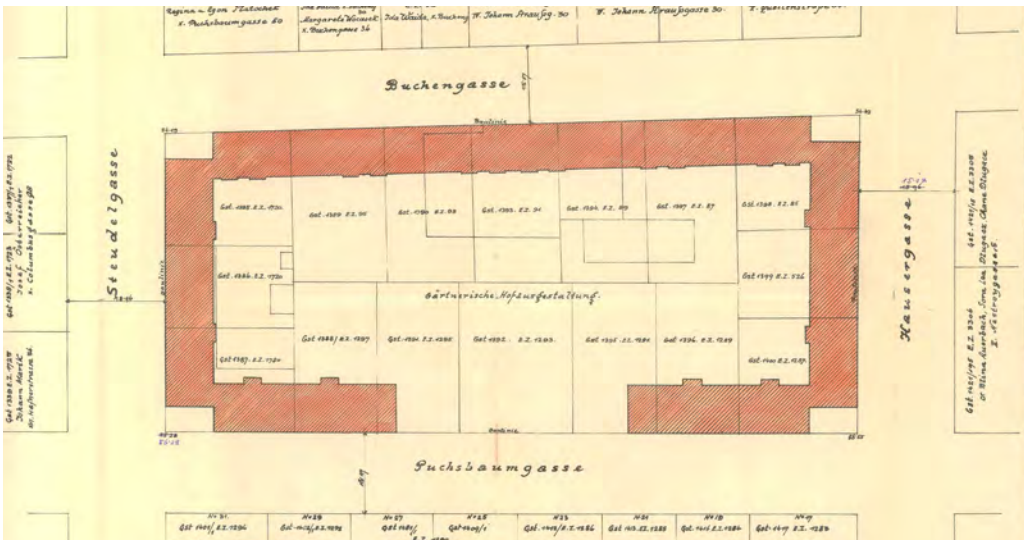


Abb. 59: Lageplan

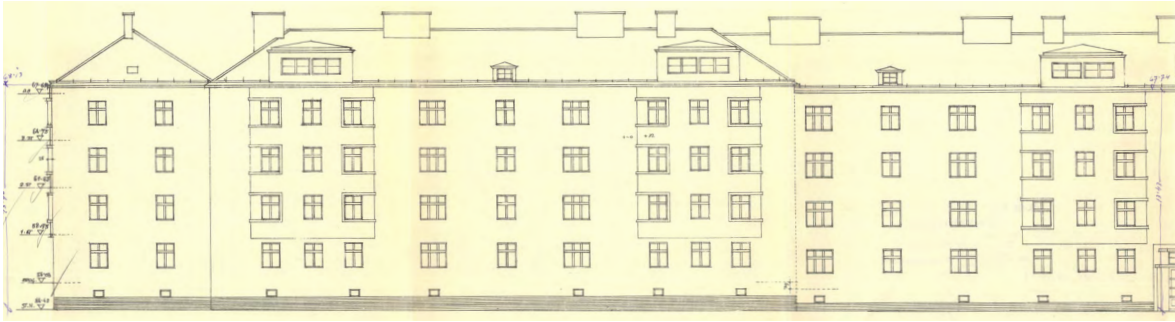


Abb. 60: Ansicht Buchengasse

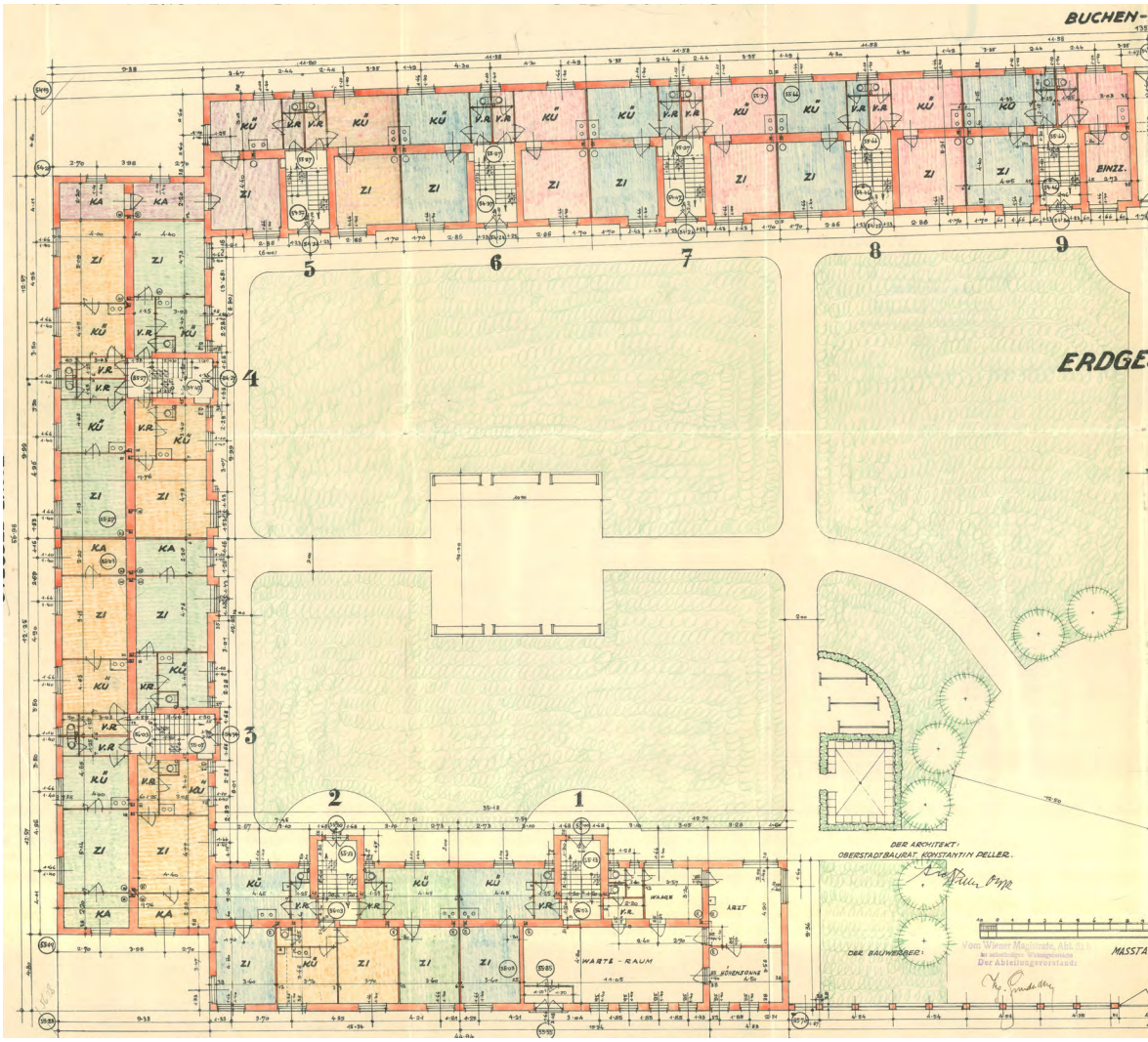
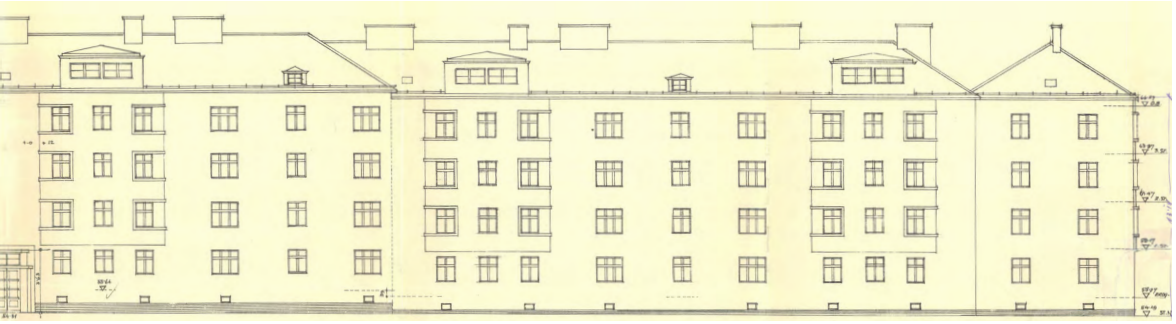
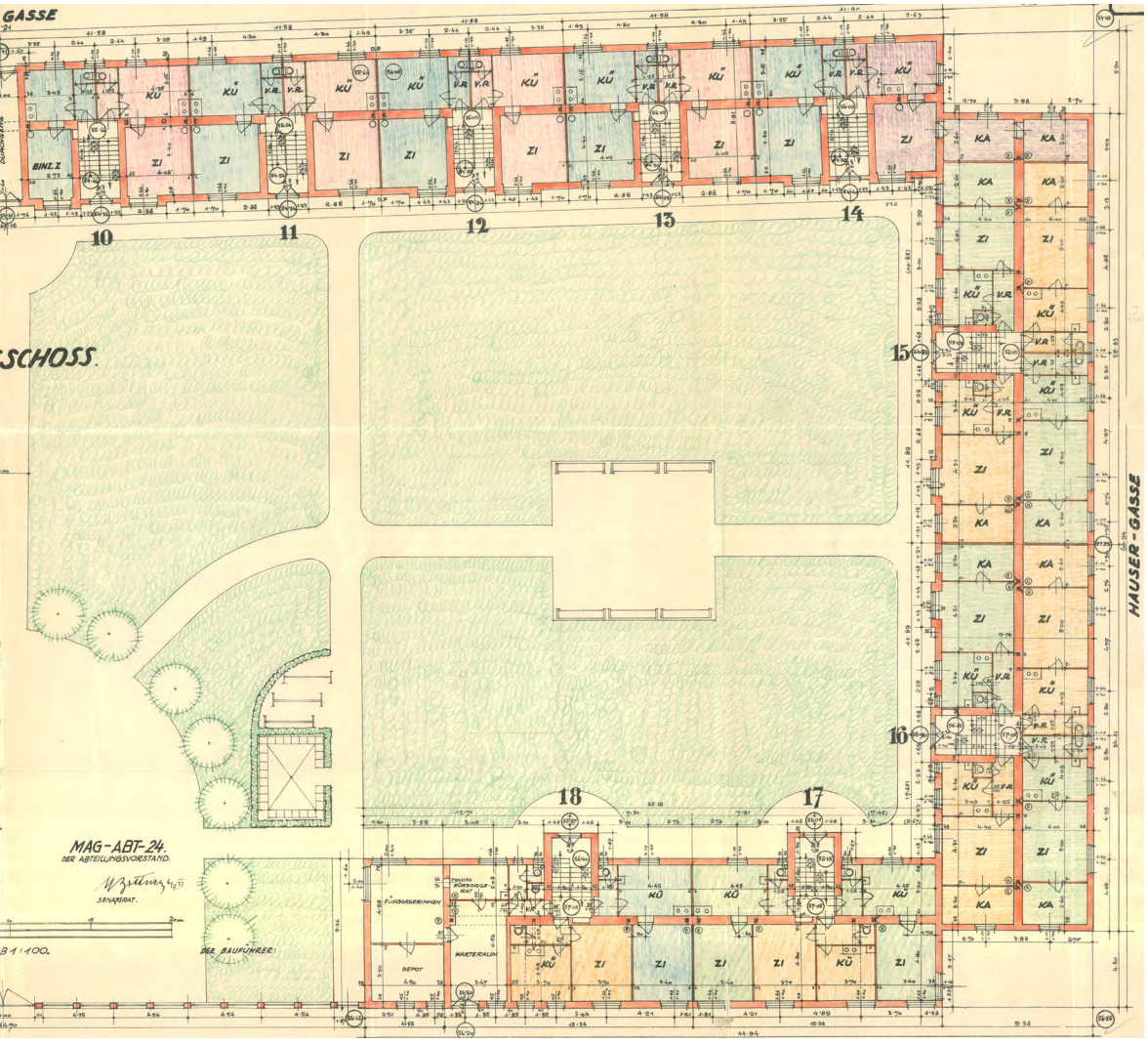


Abb. 61: Grundriss Erdgeschoss




GASSE
SCHOSS.
HAUSER-GASSE
MAG-ABT-24.
DER ABTEILUNGSVORSTAND.
SENATSRAT.
DER BAUFÜHRER:
B 1:100.
10
11
12
13
14
15
16
17
18
KÜ
ZI
KA
V.R.
BINZ.Z
FÜRSORGERINNEN
WARTERAUM
DEPOT

16., Haberlgasse 74

Architekt: Erich Leischner

Anzahl der Wohnungen: 23

Dieses Gebäude zeigt die durch den kommunalen Wohnbau schon überwunden geglaubte Entwurfsprinzipien der Gründerzeit. Lange Gänge mit Fenstern Richtung Hof und Wohnungen auf der gegenüberliegenden Seite erinnern frappant an die Bassenahäuser der Arbeiterviertel. Lichtschächte zur Belüftung und Belichtung verstärken diesen Eindruck. Aber es gibt auch große Unterschiede, die seit dem Roten Wien zum Standard gehören, wie Küchen mit direkter Belüftung oder WCs im Wohnungsverband. Auch die für ein Eckgebäude relativ geringe Bebauungsdichte von ca. 60% ist ein Fortschritt gegenüber der Gründerzeit. Die 23 Wohnungen, klassische Kleinwohnungen mit 25 bis 46 m^2, sind auf Erdgeschoss und drei Obergeschosse verteilt und durch eine großzügige Treppe mit markantem Stiegenauge erschlossen. Im Erdgeschoss befinden sich zudem noch zwei Geschäftslokale links und rechts des Hauseinganges.

An beiden Straßenfassaden gibt es im Bereich der Gebäudeecke Erker mit auffälligen Walmdächern als Abschluss. Ein Eckbalkon im ersten Stock verbindet beide Fassadenseiten. Die restliche Gestaltung ist schlicht unauffällig. Glatter Verputz und Fenster ohne Umrahmung prägen die Ansichten. Die Sockelzone ist durch ein Gesims abgetrennt. Im Bereich der Schaufenster und der Eingangstür springt das Gesims über diese und hebt den Bereich hervor. Zur zusätzlichen Betonung des Eingangs wird dieser mit einem breiten Rahmen versehen.

Im funktionell gestalteten Innenhof ragen die beiden Gebäudeenden weit aus der Fassade raus. Der polygonale Stiegenhauserker erinnert wieder stark an gründerzeitliche Wohnhäuser.

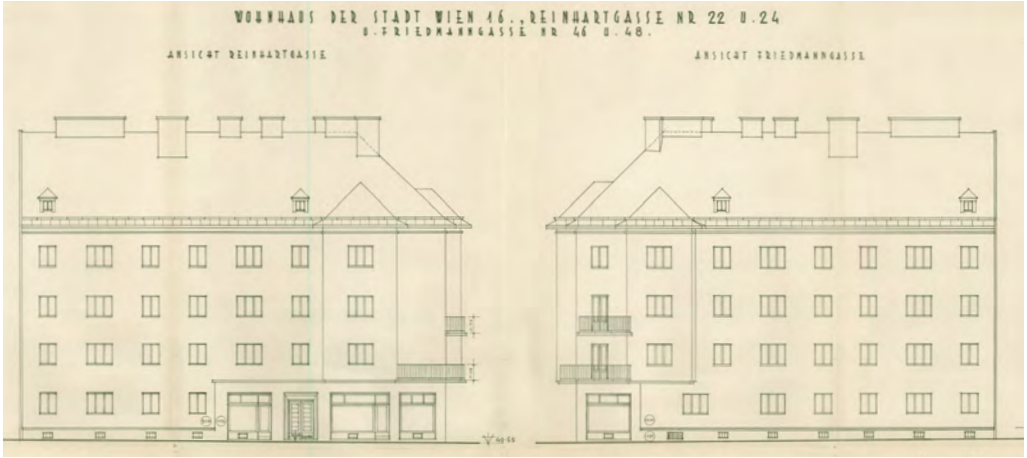


Abb. 62: Ansicht Haberlgasse (ehem. Reinhartgasse), Ansicht Friedmanngasse

Abb. 63: Grundriss 1. Obergeschoss

17., Weidmanngasse 14

Architekt: Adolf Stöckl

Anzahl der Wohnungen: 23

Das viergeschossige (Erdgeschoss + 3 Obergeschosse) Eckwohnhaus besteht aus 23 Wohnungen mit einer Größe von 20 bis 61 m². Es gibt drei Einzimmerwohnungen, neun Küche-Zimmer Wohnungen, zehn Küche-Zimmer-Kabinett Wohnungen und eine Wohnung mit Küche, Zimmer und zwei Kabinetten. Die Wohnungen entsprechen dem üblichen Wohnungstyp dieser Zeit. Die Erschließung erfolgt mittels einläufiger Treppe die im hofseitigen Gebäudeeckt situiert ist. Das Erdgeschoss liegt ca. 50 cm über dem Straßenniveau.

Die glatt verputzte Straßenfassade wird durch ein schlichtes, aber markantes Gesims über dem Erdgeschoss horizontal gegliedert. Über dem Eingang sitzt ein dreigeschossiger Erker. Der Sockel und der Bereich um den Eingang sind grob verputzt. Sämtliche Fenster sind gerahmt. Bei den Fenstern an der Gebäudeecke ist die Rahmung stärker ausgeprägt. Zusätzlich sind die Säulen zwischen diesen Fenstern grob verputzt, womit die Ecke zusätzlich betont wird. Durch umlaufende Sohlbänke entsteht eine Verbindung zwischen beiden Straßenfassaden. Den oberen Abschluss der Fassade bildet ein weit auskragendes Gesims.

Der kleine Innenhof ist nicht sonderlich gestaltet. Auch die Fassaden zum Hof sind schlicht und kahl. Im Gegensatz zu den Straßenfassaden sind hier nur zweiflügelige Fenster ohne Rahmung ausgeführt.

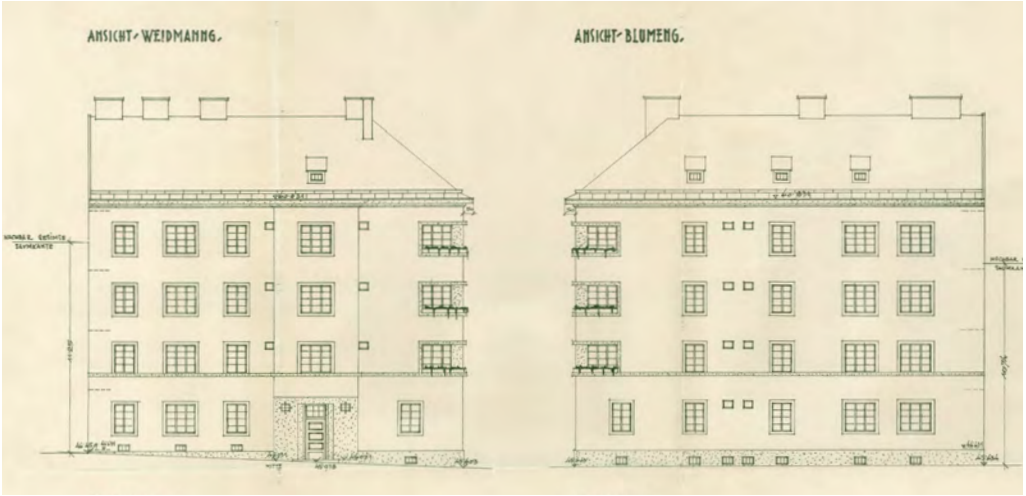


Abb. 64: Ansicht Weidmanngasse, Ansicht Blumengasse

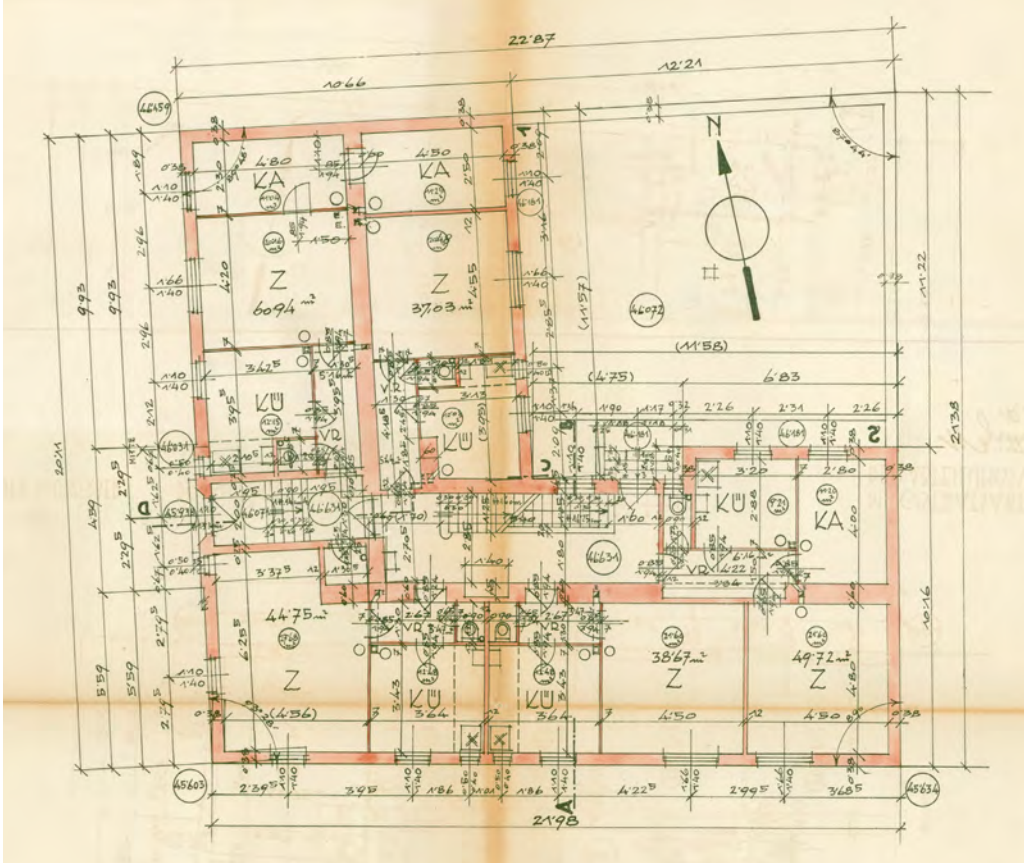


Abb. 65: Grundriss Erdgeschoss

19., Philippovichgasse 6-10

Architekt: Johann Stöhr

Anzahl der Wohnungen: 36

Eine dreiseitige Blockrandverbauung bildet die Wohnhausanlage Philippovichgasse/ Franz Klein-Gasse/Lißbauer-Gasse. Die Gebäudeecken sind nicht ausgebildet und treten hinter die Baufluchtlinien zurück. Dadurch wirkt der relativ große Block etwas aufgelockerter. Zwei Eckbauteile und ein Mittelteil beherbergen drei kompakte Stiegenanlagen mit jeweils drei Wohnungen pro Geschoss. Insgesamt befinden sich im Erdgeschoss und den drei Obergeschossen 36 Wohnungen und ein Geschäftslokal. Die geringe Wohnungsanzahl trotz der Größe des Gebäudes zeigt, dass die Wohnungen keine typischen Kleinwohnungen sind. Alle Wohnungen verfügen neben der Küche über mindestens ein Zimmer und Kabinett. Es gibt dazu noch welche mit einem zweiten Kabinett oder zweitem Zimmer. Die zwei größten Wohnungen bestehen aus Küche, Bad, zwei Zimmern und Kabinett. Auch alle anderen Wohnungen haben ein eigenes Bad mit Wanne. Eine Hausbesorgerwohnung (zugleich auch die einzige Wohnung ohne eigenem Bad) ist ebenso vorhanden und beweist, dass es sich hier um kein Kleinwohnungshaus handelt und definitiv finanziell besser gestellte Mieter angesprochen werden sollten.

Drei Balkone in der Mittelachse der Hauptfassade sowie die sechs Balkone an den Gebäudeecken vermitteln zusammen mit dem „repräsentativen“ Eingang den Eindruck eines bürgerlichen Wohnhauses. Er ist mit großformatigen Stein- oder Keramiktafeln versehen. Links und rechts der mit einem aufwendigen Rahmen versehenen Eingangstür sind zwei runde Fenster vorgesehen. Die Rundfenster sind ebenfalls mit kleineren Fliesen gerahmt. Die restliche Straßenfassade ist glatt und symmetrisch. Die Fenster sind mit schlichten Putzrahmen gefasst. Die Sockelzone ist strukturiert und folgt mit Sprüngen der Höhenentwicklung der Straße.

Die Hoffassaden sind gleich wie die Straßenfassaden gestaltet. Auch hier nimmt der Sockel das ansteigende Gelände auf. Die vorspringenden Stiegenhäuser und die beiden halbrunden Erker beleben die schlichte Fassade. Der kleine Hof zweckmäßig gestaltet.

Abb. 66: Ansicht Philippovichgasse

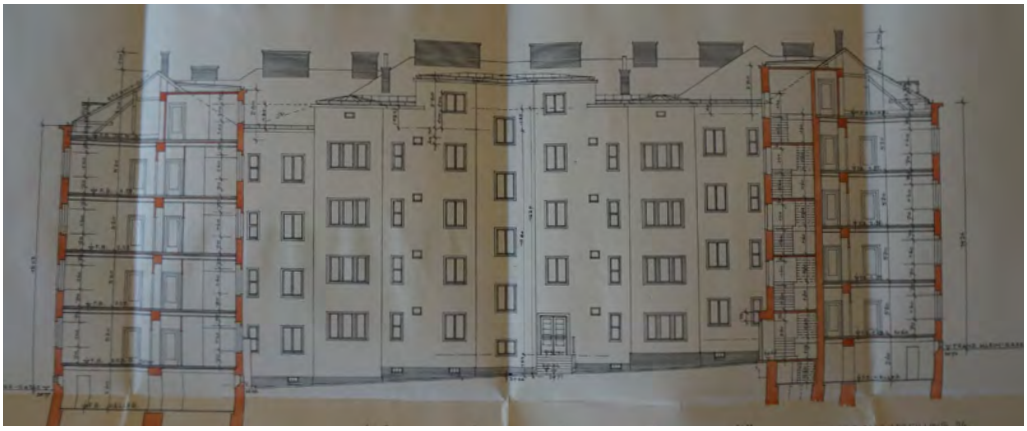


Abb. 67: Hofansicht

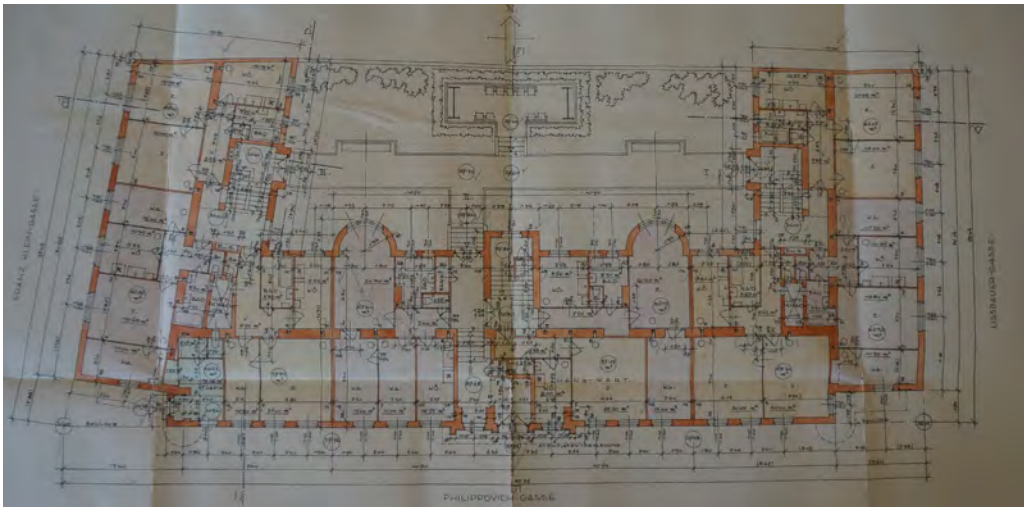


Abb. 68: Grundriss Erdgeschoss

Resümee

Resümee

Für die Beantwortung der zu Beginn gestellten Frage, inwieweit sich der politische und ideologische Wandel des Februar 1934 auf die Architektur des kommunalen Wohnbaus ausgewirkt hat, muss zwischen der äußeren Erscheinung des Gebauten und der Typologie der ausgeführten Gebäude unterschieden werden.

Aufgrund eines völlig anderen Gesellschaftsbildes und einer diametral zur Sozialdemokratie stehenden Wirtschaftspolitik war kommunaler Wohnbau an sich für die Austrofaschisten ein untergeordnetes bzw. nicht existentes Themenfeld. Schon zurzeit, als die Christlichsozialen noch in Opposition waren, wurde das sozialdemokratische Wohnbauprogramm diffamiert und bekämpft. Führte man diesen Kampf anfangs noch mit Worten und durch finanzielles Aushungern der Stadt Wien seitens der christlichsozialen Bundesregierung, so gipfelte er schlussendlich im Artilleriebeschuss der Gemeindebauten durch das Bundesheer.

Somit ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die austrofaschistische Stadtregierung unter Bürgermeister Richard Schmitz das kommunale Wohnbauprogramm einstellte und die Schaffung von Wohnraum beinahe vollständig dem freien Markt überlassen wurde. Einzig für die Unterbringung von wohnungslosen Familien in „Familienasyl" genannten Elendsquartieren und die Errichtung von Obdachlosenheimen sah sich die Gemeinde zuständig und zeigte damit zugleich ihre Geringschätzung sozial Schwacher. Da man die (Kern-)Familie als Keimzelle einer gesunden Gesellschaft sah, die am besten in bäuerlicher Idylle gedeiht, wurde auch der Siedlungsbau gefördert und zugleich das Eigentum als anzustrebendes Ideal im Gegensatz zur Miete. Die Bevorzugung der Familie spiegelte das Vorhaben einer „Rekatholisierung" der Arbeiterschaft wider. In ihrem Sinne wurden auch Kirchen in den Höfen oder in unmittelbarer Nachbarschaft großer Gemeindebauten (z.B. Sandleitenhof) neu gebaut oder Sakralräume in den Kleineren errichtet. Die Tätigkeit der Fürsorgerinnen und Aufseher in den Familienasylen diente ebenso diesem Zweck.

Erst als selbst dem Letzten klar wurde, dass durch Siedlungen und Notunterkünfte die Wohnungsnot nicht gelindert werden konnte, entschloss sich die Regierung widerwillig für den Bau von Gemeindewohnungen. Aber auch hier zeigte sich eine äußerst halbherzige Herangehensweise. Zum einen wurden in den beiden Kleinwohnungsprogrammen lediglich ca. 900 Wohnungen geplant, die noch dazu höhere Mietpreise hatten als die alten Gemeindebauten. Zum anderen war auch hier eine klare Klientelpolitik erkennbar, da drei der insgesamt 21 Häuser mit Wohnungen ausgestattet wurden, die zweifelsohne nur für Besserverdiener erschwinglich waren und somit dem Ziel „leistbare Wohnungen für die Armen" widersprachen.

In typologischer Hinsicht unterscheiden sich die austrofaschistischen Gemeindebauten insofern, dass sie wesentlich kleiner waren und somit auch viel weniger Wohnungen in den einzelnen Gebäuden hatten. Außerdem waren alle Bauvorhaben Lückenverbauungen in gut erschlossenen Stadtteilen. Man könnte die Entscheidung zugunsten kleiner Häuser ideologisch mit der Ablehnung gegenüber

einer *„…Anhäufung großer Menschenmassen in einem Gebäude…“* [167] argumentieren, doch scheint es mir logischer, dass dies vorwiegend aus finanzieller Notwendigkeit heraus geschah, da Bauten am Stadtrand auf der sprichwörtlichen „grünen Wiese“ wesentlich höhere Kosten verursacht hätten.

Wie schon im Kapitel „Architektur und Faschismus“ erörtert, wurde in den faschistischen Nachbarstaaten Österreichs trotz gleichgeschalteter Kunst- und Kulturpolitik keine neue Architektursprache entwickelt und propagiert. Abgesehen von den relativ kurzen Zeitspannen, in denen diese Regime an der Macht waren und somit auch die Zeit zur Etablierung einer ganz neuen Architektur fehlte, scheint es, als wäre dies auch überhaupt nicht das Ziel gewesen. Viel mehr bediente man sich bestehender Stile und codierte sie gemäß der eigenen Ideologie.

Auch das austrofaschistische Österreich war nicht in der Lage oder auch nicht gewillt eine eigene Semantik in der Architektur zu entwickeln. Man orientierte sich an Italien und folgte, vor allem bei Repräsentationsbauten im Ausland, deren modernen Tendenzen. Hier kommt die Idee von Österreich als führende Kulturnation voll zum Tragen, womit es hier auch logisch erscheint zu versuchen, architektonisch am Puls der Zeit zu sein. Nach innen war die Architektur darauf fokussiert historische Kontinuität zu suggerieren und somit die Herrschaft der Vaterländischen Front zu legitimieren. Der soziale Wohnbau war für das Regime niemals prestigeträchtig, wie es für die Sozialdemokratie der Fall war. Dementsprechend dürftig war auch das Ergebnis.

Die Architektur der austrofaschistischen Gemeindebauten ist vor allem durch Kontinuität geprägt. Sie knüpft im Wesentlichen dort an, wo das Rote Wien 1934 aufgehört hat. Architekten, Typologie, Gestaltung und Wohnungsgrundrisse sind mehr oder weniger übernommen worden. Wie schon bei der Größe der Bauten dürfte auch ihre äußere Gestaltung von ökonomischen Zwängen geprägt sein. Die propagandistische Verklärung der Architektur als „schlichte Moderne“ sollte über die geringen finanziellen Mittel für den gemeinnützigen Wohnbau hinwegtäuschen. Dies zeigt auch die Tatsache, dass in den vier Jahren der austrofaschistischen Regierung in Wien insgesamt durch Neubau und Umbau lediglich um die 3.500 Wohnungen geschaffen wurden. Wie gering diese Zahl ist, verdeutlicht der Vergleich mit dem Roten Wien, das selbst ab Beginn des Wohnbauprogrammes 1923 jährlich im Schnitt ca. 6.000 Wohnungen errichten konnte, obwohl die wirtschaftlichen Voraussetzungen nach dem Ersten Weltkrieg sicher nicht besser waren.

Abschließend kann man festhalten, dass sich die Ideologie weniger in der äußeren Architektur der Gebäude abzeichnet, als an der Geringschätzung der Bauaufgabe an sich durch die maßgebenden Personen der politischen Führung.

[167] Magistrat der Stadt Wien, Wien im Aufbau – Wohnungswesen, Wien 1937, S. 5.

Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

ACHLEITNER Friedrich, Wiener Architektur - Zwischen typologischem Fatalismus und semantischem Schlamassel, Wien (Böhlau) 1996

BLAU Eve, Rotes Wien - Architektur 1919-1934 - Stadt-Raum-Politik, Wien (Ambra) 2014

CZECH Hans-Jörg (Hg.), Kunst und Propaganda - im Streit der Nationen 1930 - 1945. Dresden (Sandstein-Verlag) 2007

DER BLAUE ADLER, Wir Müssen Bauen, Wien (Der Blaue Adler, Verband zur Bekämpfungder Arbeitslosigkeit) 1937

FRANK Hartmut (Hg.), Faschistische Architekturen - Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945, Hamburg (Hans Christians Verlag) 1985

MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Der Wiener Assanierungsfonds, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Drei Jahre neues Wien, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Familienasyle, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Hausreparaturfonds, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Kunstförderung, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Wohlfahrtswesen, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Wohnungswesen, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

MELINZ Gerhard/UNGAR Gerhard, Wohlfahrt und Krise - Wiener Kommunalpolitik 1929-1938, Wien (Franz Deuticke) 1996

POSCH Wilfried, Clemens Holzmeister - Architektur zwischen Kunst und Politik, Salzburg (Müry-Salzmann Verlag) 2010

SCHNEIDER Josef/ZELL, C., Der Fall der roten Festung, Wien (Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung) 1934

TABOR Jan (Hg.), Kunst und Diktatur - Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922-1956, Baden (Grasl) 1994

TÁLOS Emmerich/NEUGEBAUER Wolfgang (Hg.), Austrofaschismus - Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938 (7. Ausg.), Wien (LIT) 2014

TRINKAUS Matthias, Wohnbaupolitik in Wien 1934-1938, ungedruckte geisteswissenschaftliche Diplomarbeit, Wien 2013

WEIHSMANN Helmut, Das Rote Wien - Sozialdemokratische Architektur und Politik 1919-1934 (2 Ausg.), Wien (Promedia) 2002

Zeitschriften

DIE BAUGENOSSENSCHAFT, monatliche Bauzeitschrift, Wien 1934- 1937

ÖSTERREICHISCHE KUNST, monatliche Kunstzeitschrift, Wien 1936

PROFIL, monatliche Architekturzeitschrift, Wien Jänner 1935 - Juni 1935

Datenbanken

ARCHITEKTURZENTRUM WIEN, Architektenlexikon Wien 1770-1945, online
Url: http://www.architektenlexikon.at/de/idx_A.htm

ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, ALEX - Historische Rechts- und Gesetzestexte Online
Url: http://alex.onb.ac.at/

ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, ANNO - Historische österreichische Zeitungen und Zeitschriften Online
Url: http://anno.onb.ac.at/

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ÖSTERREICHS - LANDESORGANISATION WIEN, Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, online
Url: http://www.dasrotewien.at/weblexikon.html

STADT WIEN - WIENER WOHNEN, Gemeindebaubeschreibungen, online
Url: http://www.wienerwohnen.at/wiener-gemeindebau/gemeindebaubeschreibungen.html

Archiv

MAGISTRATSABTEILUNG 37- Baupolizei Wien, Planarchive

Gebietsgruppe Ost:: EZ 74
EZ 500
EZ 654
EZ 809
EZ 1077
EZ 1078
EZ 2677

Gebietsgruppe Süd: EZ 677
EZ 762
EZ 791
EZ 959
EZ 1402
EZ 1532
EZ 1557
EZ 1720
EZ 2530
EZ 2531

Gebietsgruppe West: EZ 787
EZ 899
EZ 1725

Abbildungsverzeichnis

Abb. 01, 06, 08, 09, 18:
KOS Wolfgang (Hg.), Kampf um die Stadt - Politik, Kunst und Alltag um 1930, Wien (Czernin) 2010

Abb. 02:
https://donaufeld.files.wordpress.com/2013/04/schlingerhof1934ansichtskarte.jpg
abgerufen am 29. 11. 2014

Abb. 03, 17:
ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, Bildarchiv Austria
http://www.bildarchivaustria.at/

Abb. 04:
ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, ALEX - Historische Rechts- und Gesetzestexte Online
http://alex.onb.ac.at/

Abb. 05:
TÁLOS Emmerich/NEUGEBAUER Wolfgang (Hg.), Austrofaschismus - Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938 (7. Ausg.), Wien (LIT) 2014

Abb. 07:
MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Kunstförderung, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

Abb. 10, 11, 12, 13:
BLAU Eve, Rotes Wien - Architektur 1919-1934 - Stadt-Raum-Politik, Wien (Ambra) 2014

Abb. 14:
FRANK Hartmut (Hg.), Faschistische Architekturen - Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945, Hamburg (Hans Christians Verlag) 1985

Abb. 15:
http://www.plataformaarquitectura.cl/cl/02-223907/clasicos-de-arquitectura-casa-del-fascio-giuseppe-terragni/50eb5babb3fc4b25d50000f3
abgerufen am 9. 12. 2014

Abb: 16:
TABOR Jan (Hg.), Kunst und Diktatur - Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922-1956, Baden (Grasl) 1994

Abb. 19:
MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Der Wiener Assanierungsfonds, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

Abb. 20, 21:
MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Familienasyle, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

Abb. 22, 40, 41:
MAGISTRAT DER STADT WIEN, Wien im Aufbau - Wohnungswesen, Wien (Magistrat der Stadt Wien) 1937

Abb. 23 - 39, 42 - 68:
MAGISTRATSABTEILUNG 37- Baupolizei Wien, Planarchive